

SPD – GRÜNE
Koalitionsvereinbarung
2009 bis 2014

Zukunft
durch nachhaltige Politik
für Köln

Auf der Basis der erfolgreichen Arbeit als
Kernbündnis von 2006 bis 2009
und im Wissen um die schwierige Lage der Stadt
vereinbaren KölnSPD und GRÜNE Köln als
politisch führende Kräfte in der Stadt Köln
eine Koalition für die Ratsperiode
2009 bis 2014.

Weiter verantwortlich für Köln handeln!

SPD und GRÜNE haben im März 2006 als Kernbündnis uneingeschränkt Verantwortung für diese Stadt übernommen.

Sie sind mit ihrer verlässlichen, nachhaltigen und zukunftsorientierten Politik inzwischen unstreitig die politisch führende Kraft in Köln.

Die in der Kommunalwahl 2009 erreichte konstruktive Mehrheit und die erfolgreiche Wahl des gemeinsamen Kandidaten Jürgen Roters zum Oberbürgermeister wollen beide Parteien zu einer gemeinsamen, konstruktiven und zukunftsorientierten Stadtpolitik für die Wahlperiode 2009 bis 2014 nutzen.

Die intensive Einbeziehung der Stadtgesellschaft in ihrer breiten Vielfalt ist eine der wesentlichen Voraussetzung erfolgreicher Stadtpolitik. SPD und GRÜNE lehnen nachdrücklich perspektivlose und klientelorientierte Politik ab. Transparenz im politischen Handeln ist oberstes Gebot.

Angesichts der Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise auf die städtischen Finanzen ist die Aufrechterhaltung der finanzpolitischen Handlungsfähigkeit der Stadt Köln die Kernaufgabe gemeinsamer Politik für diese Wahlperiode. Entscheidend für Kölns Zukunft ist die nachhaltige Haushaltskonsolidierung, um politische Gestaltungsmöglichkeiten zu erhalten.

Köln ist eine attraktive und lebenswerte Großstadt. Im Gegensatz zu anderen Großstädten zieht Köln viele Menschen an, die hier leben und arbeiten möchten. Köln hat Perspektive und Potenzial, das SPD und GRÜNE nutzen wollen.

Städte sind Schrittmacher der gesellschaftlichen Entwicklung. Sie müssen sich mit globalen Trends und schärfer werdendem Wettbewerb in Europa auseinandersetzen, die einerseits Handlungsräume verengen, aber auch neue Chancen eröffnen. Städte konkurrieren nicht mehr allein um Investitionen, sondern zunehmend um das kreative Potenzial von Menschen und Unternehmen. Kölns „harte Standortfaktoren“ können sich sehen lassen: Forschungs- und Hochschullandschaft, verkehrsgünstige Lage in Europa, moderner Industriestandort, Handelszentrum, zukunftsträchtige Wirtschaftsbranchen von Finanzdienstleistern bis zur Medien- und Kulturwirtschaft. Jedoch wächst die Bedeutung „weicher Standortfaktoren“. Weltoffenheit, Lebensqualität und innovatives Potenzial sind die Faktoren, die urbane und kreative Großstädte auszeichnen. Rot-grüne Stadtpolitik legt auch darauf einen Schwerpunkt.

Köln schöpft aus seiner langen Geschichte, Tradition, Kultur und aus seiner interkulturellen Vielfalt. Aufgabe rot-grüner Stadtpolitik ist es, ein kulturell inspirierendes Umfeld zu fördern. Reiz und Vorzug des Stadtlebens ist ihr emanzipatorisches Potenzial. Soziale Integration und Gerechtigkeit, die Herstellung gleicher Lebensbedingungen, Bildung, Kultur, Freizeit- und Sportangebote, nachhaltige Stadtentwicklung, wirtschaftliche Innovation und Stadtökologie unter den Bedingungen von Klimaschutz und Ressourcenschonung sind die großen Herausforderungen Kölns.

Die europäische Integration macht es erforderlich, dass Stadtpolitik auch Europapolitik ist. Dabei kommt dem Aufbau einer handlungsfähigen regionalen Kooperation im Rheinland eine Schlüsselstellung zu.

Allen Menschen Möglichkeiten der Entfaltung und urbane Identität zu geben, dafür steht die rot-grüne Politik des sozial-ökologischen Wandels. Das gelingt nur mit breiter Bürgerbeteiligung. Zukunftsgestaltung braucht Gemeinsinn. Köln – das sind wir alle: Alteingesessene, Einwanderinnen und Einwanderer, Arme und Reiche, Menschen unterschiedlichen Alters, verschiedener Religionen, Herkunft und Lebensstile.

Kreative Ideen und vorausschauende Stadtpolitik müssen auch von einer stringent und verlässlich handelnden Stadtspitze umgesetzt werden. Wer im europäischen und globalen Wettbewerb bestehen will, braucht Kompetenz, Weitblick und Weltläufigkeit. Mit dem neu gewählten Oberbürgermeister Jürgen Roters haben diese Zielsetzungen nun Perspektive.

Die vorliegende Koalitionsvereinbarung beschreibt die Felder und Zielsetzungen gemeinsamen politischen Handelns. Die Vereinbarung ist politische Absichtserklärung und Arbeitsplan für die gesamte Wahlperiode. Angesichts der dramatischen Haushaltslage stehen allerdings alle vereinbarten politischen Initiativen und Vorhaben unter Finanzierungsvorbehalt.

Inhalt

1. Nachhaltige und gerechte Haushaltspolitik
2. Stadtbeteiligte Gesellschaften
3. Stadtentwicklung
4. Regionale Kooperation
5. Wissenschaftsstandort
6. Nachhaltige Flächenpolitik und Liegenschaften
7. Wirtschaft
8. Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsförderung
9. Wirtschaftsverkehr und Logistik
10. Verkehr
11. Umwelt/Grün/Abfallwirtschaft
12. Energie
13. Bauen und Wohnen
14. Jugend- und Schulpolitik
15. Soziales
16. Einwanderung und Integration (Migration)
17. Gesundheit
18. Kultur
19. Sport
20. Vielfalt
21. Stadtverwaltung
22. Sicherheit und Ordnung, Bürgerbeteiligung, Vergaben, Internationales
23. Selbstverständnis und Arbeitsweise

1. Nachhaltige und gerechte Haushaltspolitik

Die Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise haben die öffentlichen Haushalte hart getroffen. Der erhebliche Einbruch der Steuereinnahmen – vor allem bei der Gewerbesteuer als wichtigste Steuer – trifft die Städte besonders hart. Köln macht da keine Ausnahme. Diese Situation wird durch die Steuersenkungspolitik der Bundesregierung verschärft. Zugleich hat die Krise einen Anstieg der Sozialausgaben zur Folge.

Für handlungsfähige Städte

Die Krise verschärft das Grundproblem des kommunalen Finanzsystems, nämlich das strukturelle Auseinanderdriften von Ausgaben und Einnahmen. Es wurde durch ein „Zwischenhoch“ der Gewerbesteuer von 2006 bis 2008, das die Landesregierung zu einer erneuten erheblichen Belastung der Kommunen genutzt hat, nur übertüncht. Im Kern geht es um eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen. Auch der Bund verlagert Aufgaben in nicht hinnehmbarer Art und Weise auf die Kommunen. Die jetzt geplante Absenkung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft für Arbeitslosengeld-II-Bezieher auf 23 Prozent ist kontraproduktiv. Deshalb sind wirksame Regelungen auf Landes- und Bundesebene für die Einhaltung des Konnexitätsprinzips („Wer bestellt, bezahlt!“) überfällig. Die finanzielle Basis der kommunalen Selbstverwaltung erodiert zusehends.

Eine Gemeindefinanzreform und eine Änderung der Steuergesetzgebung mit dem Ziel der Stärkung kommunaler Steuerkraft stehen vorrangig auf der Agenda. Dies umfasst die Sicherung des steuerlichen Querverbands, die Novellierung des kommunalen Finanzausgleichs in NRW mit dem Ziel einer bedarfsgerechten Finanzausstattung der Kommunen sowie eine Beendigung der Beteiligung der Kommunen an den einheitsbedingten Lasten. Zuvorderst sind die zuviel gezahlten Anteile der Kommunen an den Solidarpakt-Lasten (2006 bis 2009) vom Land NRW zurückzuzahlen. Da die mit dem Solidarpakt Ost verbundenen Aufgaben inzwischen erfüllt sind, ist Infrastrukturförderung über ein Solidarpaktinstrument nicht an Himmelsrichtungen, sondern an Bedürftigkeit auszurichten.

SPD und GRÜNE betrachten es als eine vorrangige Aufgabe, dass die Stadt Köln mit aller Kraft Initiativen zur Reform der Kommunal Finanzen unterstützt und dafür das Bündnis der Städte und die Arbeit in kommunalen Spitzenverbänden verstärkt.

Haushaltskrise und -sanierung

Die Kölner Haushaltslage ist vor dem dargestellten Hintergrund dramatischer als 2003, als der Rat ein Haushaltssicherungskonzept (HSK) beschließen musste. Der vorzeitige erfolgreiche Abschluss des HSK war im Wesentlichen nur infolge temporär wachsender Steuereinnahmen möglich. Die strukturelle Unterfinanzierung und Tendenzen der Mangelverwaltung bleiben.

SPD und GRÜNE sind sich darin einig, dass, angesichts der noch über Jahre wirkenden Krisenfolgen, die Aufrechterhaltung der finanzpolitischen Handlungsfähigkeit der Stadt Köln die politische Kernaufgabe in dieser Wahlperiode ist. Sie richten ihre Haushaltspolitik daran aus, Gestaltungsmöglichkeiten und Zukunftschancen für Köln zu erhalten. Daher hat ein ausgeglichener Haushalt oberste Priorität, um das eigenständige Handeln von Rat und Verwaltung zu sichern.

Infolge des erheblichen Fehlbedarfs im Haushalt sind Maßnahmen zur Haushaltssicherung unvermeidlich. Sofern es nicht gelingt, den jahresbezogenen Ausgleich für 2010 und die Folgejahre unter Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage darzustellen, ist ein HSK aufzustellen. Unabdingbares Ziel muss es sein, ein Abgleiten der Stadt in das Nothaushaltsrecht zu vermeiden. Die Stadt steht somit vor harten Haushaltsjahren. SPD und GRÜNE sind sich einig, dass daher alle von ihr zu treffenden Entscheidungen und Initiativen unter dem Vorbehalt der finanziellen Umsetzbarkeit stehen. Die Konsolidierungserfordernisse zwingen dazu, politische Prioritäten zu setzen. Nicht alles, was wünschenswert wäre, ist machbar. Daher stehen alle vereinbarten Ziele und Vorhaben unter Finanzierungsvorbehalt.

Prioritäten

Angesichts der Erfordernisse an die Haushaltssanierung sind Einsparungen, Leistungsreduzierungen und mitunter auch der Verzicht auf Maßnahmen unvermeidlich. Flächendeckende drastische Kürzungen nach dem „Rasenmäherprinzip“ sind kontraproduktiv. Sie erhöhen die Gefahr, dass Leistungsstrukturen auf breiter Front unwiederbringlich zerstört werden. Konsolidierung bedeutet aber auch, Effizienz und Synergien zu erhöhen und die Leistungserbringung zu optimieren. Mithilfe von Personalentwicklungskonzepten ist der Personalbedarf transparent und differenzierter zu steuern. Interne Umschichtung von Personalressourcen – auch über Dezernatsgrenzen hinweg – von reduzierten zu priorisierten Bereichen sind dabei nicht auszuschließen.

Daher müssen Prioritäten gesetzt werden. Pflichtige und freiwillige Aufgaben werden in allen Produktbereichen auf den Prüfstand gestellt. SPD und GRÜNE erwarten, dass die Verwaltung dies zügig durchführt und die Ergebnisse transparent darstellt. Dabei sind im Sinne der Nachhaltigkeit Folgewirkungen sorgfältig abzuwägen. Jede Sparmaßnahme ist auch daraufhin zu überprüfen, ob sie langfristig nachhaltig ist.

SPD und GRÜNE setzen in ihrer gemeinsamen Haushaltspolitik folgende Prioritäten:

- Erhalt wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell attraktiver Rahmenbedingungen
- Bekämpfung der Erwerbslosigkeit
- Betreuungs- und Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche
- sozialraumorientierte Ansätze, die Armut bekämpfen und Chancen ermöglichen
- Sicherung des kommunalen sozialen Netzes und relevanter Integrationsmaßnahmen
- unverzichtbare Stadtgestaltungs- und Umweltmaßnahmen
- Sanierungen zum Substanzerhalt vorrangig bei Bildung und Infrastruktur

Unbedingt notwendig ist auch die Gestaltung der Einnahmenseite.

Realsteuern

Der Gewerbesteuerhebesatz (450 Prozent) soll stabil bleiben, um die Wettbewerbsfähigkeit Kölns zu erhalten. Vorrangig ist eine verstärkte Bestandspflege und Unternehmensansiedlung, um mehr Steuereinnahmen zu erzielen.

Aufwandsteuern

SPD und GRÜNE werden sorgfältig prüfen, inwieweit die Stadt Köln von ihrem grundgesetzlich festgelegten Steuerfindungsrecht Gebrauch machen kann. Eine erste Maßnahme ist die Einführung einer „Kulturförderabgabe“ für das Beherbergungsgewerbe, das seitens der schwarz-gelben Bundesregierung durch eine Umsatzsteuersenkung ein Steuergeschenk zulasten der Kommunen enthält. Wenn Bund und Land die Städte im Stich lassen, ist es legitim, wirkungsvolle Steuereinnahmequellen zu erschließen, sofern dadurch das soziale Gefüge und die Basis privatwirtschaftlichen Handelns in einer Stadt nicht beeinträchtigt werden.

Die Zweitwohnungssteuer hat den eigentlichen Zweck, diejenigen, die in Köln leben und die kommunale Infrastruktur nutzen, zur Anmeldung des Erstwohnsitzes zu bewegen, damit die Stadt so höhere Schlüsselzuweisungen des Landes generiert. SPD und GRÜNE werden prüfen, ob dieses Ziel auch durch andere Maßnahmen nachhaltig zu erreichen ist.

Gebühren

SPD und GRÜNE wirken darauf hin, Abwasser-, Straßenreinigungs- und Müllgebühren stabil zu halten. Eine Voraussetzung hierfür ist, dass die Entsorgungsunternehmen eine effiziente Wirtschaftsführung betreiben. Es gilt der Grundsatz der Kostendeckung, eine Subventionierung aus dem Haushalt scheidet aus.

Die Gebühren für städtische Leistungen bzw. Angebote städtischer Einrichtungen werden auf ihre Angemessenheit ebenso überprüft wie der Ressourceneinsatz und der Standard der jeweiligen Leistungserbringung.

Die Betriebskostenzuschüsse an städtische Einrichtungen sind ebenfalls dahingehend zu überprüfen, ob eine Reduzierung durch Effizienzsteigerungen und eine verantwortbare Erhöhung der Entgelte (Eintrittspreise) möglich ist.

Aufgabenwahrnehmung

Die Ausgliederung von Aufgaben aus der Verwaltung bzw. eine Vergabe an private Dritte ist nur dann sinnvoll, wenn die Leistung bei gleichen Qualitätsstandards wirtschaftlicher erbracht oder bei gleichem Mitteleinsatz eine höhere Qualität erzielt werden kann und wichtige Steuerungsfunktionen der Stadt nicht verloren gehen. Dies muss in jedem einzelnen Fall geprüft werden.

Vermögenspolitik

Die Haushaltslage erfordert eine gezielte, aber auch restriktive Investitionspolitik. Für SPD und GRÜNE haben Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen Priorität. Jeder Investitionsentscheidung muss eine nachvollziehbare Folgekostenberechnung zugrunde liegen. Maßnahmen können nur umgesetzt werden, wenn diese

Folgekosten im Rahmen eines ausgeglichenen Ergebnisplans finanziert werden können.

Die Stadt Köln hat kein bedrohliches Verschuldungsproblem. 2,7 Mrd. Euro Verbindlichkeiten stehen bilanziell bei einer Gesamtbilanzsumme von 16 Mrd. Euro allein über 9 Mrd. Euro Sachanlage- und 6 Mrd. Euro Finanzlagevermögen gegenüber. Der „Gesamtkonzern Stadt“ ist in solider Verfassung. Ziel muss allerdings eine Netto-Neuverschuldung „Null“ bzw. der Schuldenabbau sein.

Städtische Unternehmen sollen in ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gestärkt werden, um ihre Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der Daseinsvorsorge effizient wahrzunehmen und durch Ausschüttungen den Stadthaushalt zu stärken. Das gilt insbesondere für den Stadtwerke-Konzern Köln (SWK). Dabei ist wichtig, dass die wirtschaftliche Solidität und Handlungsfähigkeit der SWK-Gesellschaften nicht gefährdet werden.

Defizitausgleich durch Veräußerung städtischer Beteiligungsgesellschaften, die strategische bzw. infrastrukturell bedeutsame Aufgaben für die Stadt erfüllen bzw. signifikante Erträge für den Haushalt abwerfen, wäre der falsche Weg.

Immenser Vermögensverzehr ist keine nachhaltige Finanzpolitik.

Haushaltstransparenz

SPD und GRÜNE werden Initiativen ergreifen, den inzwischen auf Grundlage des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) beruhenden Stadthaushalt transparenter und aussagefähiger und somit auch politisch steuerbarer zu gestalten. Dies umfasst sowohl eine umfassendere Beschreibung der Transfer- und sonstigen Aufwendungen in den Ergebnisplänen als auch die Produkt- und Leistungsbeschreibungen. Entsprechend den NKF-Zielen eines wirkungsorientierten Haushalts sollen schrittweise konkrete Ziel- und Produktbeschreibungen, Kennzahlen und Benchmarks und ein unterjähriges Berichtswesen unter Einbeziehung der Kosten- und Leistungsrechnung etabliert werden. Ziel muss die output-orientierte Steuerung des Haushalts sein.

Die städtische Haushaltswirtschaft (Ergebnisplan, Finanzplan, Bilanz, Produktbereiche, Produkte, relevante Kennziffern) soll im städtischen Internetauftritt übersichtlich und nachvollziehbar für die Bürgerinnen und Bürger dargestellt werden.

Stärkung der Bezirksvertretungen

Die Bezirksvertretungen sollen in ihren Haushaltskompetenzen für bestimmte bezirksbezogene Vorhaben gestärkt werden, indem sie über Mittelverwendung, Umschichtungen und Einsparungen beraten und Empfehlungen aussprechen können. Innerhalb der Produktbereiche sind rein bezirksbezogene Aufwendungen konkret abzugrenzen. Kompetenz und Zuständigkeit des Rates (§ 41 GO NRW) bleiben davon unberührt.

Bürgerhaushalt

Das von SPD und GRÜNE erfolgreich eingeführte Beteiligungsverfahren „Bürgerhaushalt“ wird fortgesetzt und auf Basis der bisherigen Erfahrungen weiterentwickelt. Vor dem Hintergrund der notwendigen Haushaltssanierung gewinnt

eine Bürgerbeteiligung auf Basis einer transparenten Darstellung der städtischen Finanzstruktur große Bedeutung, um in der Bevölkerung Akzeptanz und Unterstützung für eine nachhaltige Sanierungspolitik zu erreichen. Deshalb ist der „Bürgerhaushalt“ kein Instrument zum bloßen „Geldverteilen“, sondern eine Teilhabe an der Haushaltsrealität, die auch Bürgervoten für Einsparungen, Prioritäten und Schwerpunktsetzungen enthalten soll.

2. Stadtbeteiligte Gesellschaften für eine leistungsfähige Stadt

Die städtischen Beteiligungsunternehmen nehmen überwiegend Aufgaben der Daseinsvorsorge in der Ver- und Entsorgung, dem öffentlichen Nahverkehr, in der Logistik sowie bei Wohnungsbau und -versorgung wahr. Darüber hinaus haben sie Aufgaben der Wirtschafts- und Strukturförderung. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Aufrechterhaltung und zum Ausbau kommunaler Infrastruktur, gewährleisten ein großstädtisches Angebot und sichern Arbeitsplätze. Sie erbringen Dienstleistungen im allgemeinen Interesse oder ergänzen Angebote der Privatwirtschaft. Sie sind wichtiger Partner des Mittelstands und des Handwerks.

Sie sind somit eine tragende Säule für den Wirtschaftsstandort Köln. Die Unternehmen im Stadtwerke-Konzern leisten zudem eine unverzichtbare relevante Ausschüttung an den städtischen Haushalt.

Daseinsvorsorge und Wettbewerb

SPD und GRÜNE sind sich darin einig, dass stadtbeteiligte Unternehmen, deren strategische Ziele der Stadtrat vorgibt, das wirtschaftliche und finanzpolitische Rückgrat der kommunalen Selbstverwaltung bilden. Sie sind für ein funktionierendes Gemeinwesen unverzichtbar.

SPD und GRÜNE bekennen sich eindeutig zum Erhalt kommunaler Unternehmen als Garant kostengünstiger und qualitativ hochwertiger Daseinsvorsorge.

Negative Erfahrungen aus anderen Ländern, die bei der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben konsequent auf Privatisierung gesetzt haben, belegen eindrucksvoll, dass Bau, Unterhaltung und Betrieb der öffentlichen Infrastruktur nicht dem freien Spiel der Kräfte unterworfen werden dürfen. Ideologisch motivierte Pauschalaussagen wie „Privat vor Staat“ erteilen SPD und GRÜNE daher eine klare Absage.

Seit der in der Europäischen Union eingeführten Liberalisierung der Energie-, Verkehrs-, Ver- und Entsorgungsmärkte kämpfen die Städte für ihre Unternehmen um gleiche Rechte und Wettbewerbschancen gegenüber privaten und oft kartellbildenden Unternehmen. Auch wenn das europäische Parlament inzwischen die Notwendigkeit der Daseinsvorsorge anerkennt, werden SPD und GRÜNE wachsam sein. SPD und GRÜNE treten für einen fairen Wettbewerb ein. Wettbewerbsverzerrungen, wie durch die Änderung des §107 der Gemeindeordnung durch die CDU/FDP-Landesregierung bedingt, müssen revidiert werden.

Die Betrauung der städtischen Unternehmen mit der Wahrnehmung kommunaler Aufgaben der Daseinsvorsorge hat sich bewährt und wird fortgesetzt.

Leistungsfähigkeit stärken

SPD und GRÜNE wollen die städtischen Unternehmen in ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit stärken, damit sie Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der Daseinsvorsorge effizient wahrnehmen und durch Ausschüttungen einen Beitrag für den Stadthaushalt leisten. SPD und GRÜNE wollen den notwendigen Einfluss der Stadt auf die städtischen Unternehmen sicherstellen, den Stadtwerke-Konzern durch eine weitere Bündelung von Aufgaben der Daseinsvorsorge stärken und dadurch den städtischen Haushalt entlasten. SPD und GRÜNE werden keine Veräußerung städtischer Unternehmensbeteiligungen, die strategische bzw. infrastrukturell bedeutsame Aufgaben für die Stadt erfüllen, vornehmen, um so das Haushaltsdefizit auszugleichen. Auch Ausschüttungen aus der Substanz wären kontraproduktiv. Eine solche Politik beraubt die Stadt ihrer Gestaltungsmöglichkeiten und löst keine Finanzprobleme.

SPD und GRÜNE wollen eine angemessene Kapitalausstattung der städtischen Unternehmen sicherstellen, damit diese auch in Zukunft handlungsfähig bleiben und neuen Herausforderungen begegnen können. Die Entwicklung städtischer Unternehmen zu leistungsstarken regionalen Anbietern fördert die Wettbewerbsfähigkeit und garantiert dauerhaft den städtischen Einfluss auf die Aufgabenerfüllung.

SPD und GRÜNE lehnen eine Veräußerung der städtischen Beteiligung am Wohnungsunternehmen GAG Immobilien AG ab. GAG und die Tochtergesellschaft Grubo halten preiswerten Wohnungsbestand vor und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur sozialen Vielfalt der Stadtteile. Überdies hält der mittelbare städtische Einfluss über den Mietspiegel das Mietpreisniveau in der Großstadt Köln insgesamt in einem erträglichen Gesamtrahmen.

SPD und GRÜNE schließen weder die Möglichkeit stärkerer Beteiligungen noch in Einzelfällen die Beteiligung privater Dritter an städtischen Unternehmen aus. Entscheidend ist immer, dass die Stadt die Steuerung und Kontrolle sicherstellt, die von den Aufsichtsräten ausgeübt werden, in die der Rat die Vertreterinnen und Vertreter seines Vertrauens entsendet.

Transparenz

SPD und GRÜNE sind sich der besonderen gesellschaftlichen Verantwortung stadtnaher Unternehmen bewusst und setzen sich für Transparenz des Geschäftsgebarens und eine ausreichende Kontrolle der Unternehmensführungen ein. Richtschnur sind die Empfehlungen des „Public-Corporate-Governance-Kodex“ des Bundes, der Standards für gute Unternehmensführung festlegt und teilweise strikter fasst als die der Privatwirtschaft. Grundsätzlich werden SPD und GRÜNE darauf hinwirken, dass zu besetzende Positionen für Vorstände und Geschäftsführungen ausgeschrieben und geeignete Bewerberinnen und Bewerber mithilfe von Personalberatungsunternehmen gesucht werden. Eine Ausnahme können Personalvorstände mitbestimmter Gesellschaften sein.

Wir fordern eine transparente Aufarbeitung der Vergabeproblematik bei den Messehallen. Politik und Öffentlichkeit sollen über die Konsequenzen zeitnah informiert werden.

Sparkasse

Kommunale Sparkassen, wie die Sparkasse KölnBonn, tragen wegen ihrer Dezentralität und Kundennähe erheblich zur Stabilisierung des Bankensystems bei. Gerade in Zeiten der Finanzmarktkrise sichern sie die Kreditversorgung der regionalen Wirtschaft und breiter Schichten der Bevölkerung.

SPD und GRÜNE erteilen daher einer Veräußerung der Sparkasse eine klare Absage. Für die Stadt als öffentlich-rechtlicher Träger hat der Schutz der Sparkasse Vorrang vor der Bestandssicherung der Landesbanken.

Wir setzen uns für eine intensivere regionale Kooperation ein und wirken darauf hin, das Geschäftsmodell auf die Kernaufgaben einer großstädtischen Sparkasse auszurichten. Das bedeutet, dass alle gesellschaftlichen Gruppen unabhängig von der Höhe des Einkommens oder Vermögens sowie der wirtschaftliche Mittelstand mit modernen finanzwirtschaftlichen Leistungen versorgt sind. Sparkassen sind gemeinwohlorientiert.

Projekte zur Stadtentwicklung sind nur dann zu verantworten, wenn sie für die Sparkasse nachhaltig rentierbar sind. Von Aufgaben und Geschäften, die diesem Geschäftsmodell nicht dienen bzw. die Sparkasse wirtschaftlich belasten, soll sie sich zu marktgerechten Konditionen trennen.

3. Stadtentwicklung

Nachdem der Masterplan, konkretisiert durch den Ratsbeschluss vom 05.05.2009, und das Höhenkonzept für die Innenstadt vorliegen und in den nächsten Jahren als Grundlage der innerstädtischen Planung dienen, wollen SPD und GRÜNE weiter konzeptionell an der Entwicklung der Gesamtstadt arbeiten.

Dabei legen sie großen Wert darauf, dass die vereinbarten Ziele als integrierte Handlungs- und Planungskonzepte erarbeitet werden und für die Gesamtstadt gelten.

Als Planungsgrundlagen für eine transparente und nachhaltige Stadtentwicklung sollen die folgenden Konzepte entwickelt werden:

- ein Hochhauskonzept
- teilräumliche Konzepte für Gebiete, die einem strukturellen Wandel unterworfen sind, wie:
 - Mülheim-Süd, ehemaliges KHD-Gelände, Euroforum Nord/West
 - Güterbahnhof Mülheim

- Güterbahnhof Ehrenfeld
- Güterbahnhof Kalk
- Innerer südlicher Grüngürtel
- FH-Gelände Deutz
- Kalk-Süd
- Heliosgelände
- Deutzer Hafen
- Rheinufer/Rheinboulevard

Über die benannten Gebiete hinaus soll ein stadtweites System permanenter kleinräumiger Beobachtung als Frühwarnsystem eingerichtet werden, um problematische Entwicklungen in den Stadtvierteln frühzeitig zu identifizieren und ihnen entgegenzuwirken.

Weiterhin sollen die folgenden Konzepte erarbeitet und umgesetzt werden:

- Stadtteilkonzepte zur Stärkung der Identität und der Bezirkszentrenstruktur, z. B. Lindweiler, Heimersdorf, Sürth
- Fortführung der Aufwertung einiger 60er/70er-Jahre-Siedlungen, z. B. Bocklemünd-Mengenich, Finkenbergl, Meschenich und Chorweiler

Dabei soll die Planungskultur weiter verbessert werden durch:

- intensive und frühzeitige Bürgerbeteiligung
- die Unterstützung von innovativem bürgerschaftlichem Engagement, welches sich für die Attraktivierung der Stadtteile einsetzt
- einen Kriterienkatalog für Qualifizierungs- und Beteiligungsverfahren
- transparente Verfahren zur Einladung zu Wettbewerben
- ein verbessertes Internetangebot der Stadt bei Bauleitplänen und Offenlagen (Alle Planungsprozesse, -grundlagen, -daten und Verfahrensstände sollen im Internet für alle Bürgerinnen und Bürger verfügbar sein.)
- Sozialraumorientierung bei Planungsprozessen (Beteiligung von Bewohnern aus belasteten Stadtteilen soll gefördert werden)
- Förderung des öffentlichen Diskurses über Stadtentwicklung (Veranstaltungen im Haus der Architektur oder der Plan-Woche sollen mit städtischen Ausstellungen am Stadtmodell oder im Museum für Angewandte Kunst vernetzt werden.)
-

Die Urbanität der Stadt soll gefördert werden durch:

- Nutzungsmischung von Wohnen und Arbeiten
- soziale Mischung, um Segregation zu vermeiden
- Ausweisung von Mischgebietsflächen statt Kerngebieten
- Stärkung der polyzentrischen Struktur der Stadt
- Stärkung der Stadtteilzentren mit ihren fußläufigen Einkaufsmöglichkeiten
- architektonische Einfügung des Einzelhandels ins Stadtbild
- Stärkung von Märkten, Schaffung eines Innenstadmarktes, Anpassung der Verkaufszeiten an die Nachfrage (nachmittags)
- Initiativen an den Gesetzgeber zur Reform nicht mehr zeitgemäßer Regelungen, wie z. B. der Abstandsklassen, des Bundesimmissionsschutzes und der Spielplatzsatzung nach Landesbauordnung NRW
- Erschließung neuer Baugebiete durch die Stadt und kleinparzellierte Vergabe

Köln soll durch die folgenden Maßnahmen attraktiver für Naherholung, Freizeit und Sport werden:

- Aufwertung der Rheinufer (z. B. durch Gelegenheiten für Gastronomie, Beleuchtung der Fußgänger- und Joggingwege etc.)
- Aufwertung der Rheinpromenade zwischen Bahnhof und Zoo, Öffnung der Bastei für die Allgemeinheit incl. Außengastronomie
- Schaffung der Durchgängigkeit des inneren Grüngürtels für Fußgänger und Radfahrer
- Bestandspflege bestehender Parks unter Einbeziehung bürgerschaftlichen Engagements
- kinderfreundliche Bauleitplanung, bei Flächenknappheit durch Qualitätssteigerung bestehender Angebote (Aufwertung benachbarter Einrichtungen)
- Angebote für größere Kinder (Bolzplätze, Streetbasketball etc., auch im Indoorbereich, z. B. durch Mehrzweckhallen)

Die Innenstadt Kölns soll attraktiver werden, deshalb werden die Vertragspartner die folgenden Maßnahmen zur Umsetzung bringen:

- Aufwertung Domumgebung
- Aufwertung Umfeld der romanischen Kirchen
- ebenerdige Umgestaltung des Ebertplatzes im Sinne des Masterplans

- sukzessive Umgestaltung der Ringe im Sinne des Masterplans
- Aufnahme der Planungen zur stadtverträglichen Führung der Ost-West-Achse

Zum Wohlfühleffekt in den Vierteln gehört ein ansprechend gestalteter und von allen nutzbarer öffentlicher Raum. Die Gestaltungsrichtlinien des Masterplans sollen auf das gesamte Stadtgebiet übertragen werden. Das heißt:

- Abbau von Angsträumen
- Entrümpelung der öffentlichen Räume
- restriktive Werbung im öffentlichen Raum
- klare Anordnung der Stadtmöblierung
- obligatorische Einbindung der Stadtraummanagerin
- Aktivierung des Programms „Auf die Plätze“

Um dem Klimawandel entgegenzuwirken und der zunehmenden Erwärmung planerisch präventiv zu begegnen, muss Köln grüner werden. Dies soll geschehen durch:

- die verbesserte Pflege bestehender Parks und Grünflächen
- die Sicherung von Ventilationsschneisen
- Festsetzungen in Bebauungsplänen, z. B. Dach-/Fassadenbegrünungen, Begrünung von Plätzen, Straßen und Höfen, Baumpflanzungen auf versiegelten Flächen (Parkplätze)
- Anlage von Alleen
- Entsiegelungsprogramme
- Entwicklung neuer Grünzüge (z. B. Schlachthof-Blücherpark und Güterbahnhof Mülheim)

4. Regionale Zusammenarbeit

Die vielfältigen u. a. durch die Regionale 2010 initiierten Impulse sollen genutzt werden, um die regionale Zusammenarbeit zu intensivieren. Dazu ist es notwendig, bereits vorhandene Instrumente und Organisationsformen ebenso wie neue Ansätze offen auf ihre Zukunftsfähigkeit und Nachhaltigkeit zu überprüfen. Auf Grundlage der Bewertungsergebnisse ist eine stärkere Institutionalisierung der regionalen Zusammenarbeit anzustreben. Das Planungsinstrument der integrierten Raumanalyse ist stadtgrenzenübergreifend weiterzuentwickeln.

Ob für Strukturförderung, Stadtentwicklung, Umwelt, Verkehr, Kultur oder Kreativwirtschaft, es bestehen zahlreiche Möglichkeiten und Chancen, für Köln und die rheinische Region Fördermittel bei Land, Bund und EU einzuwerben und gezielt einzusetzen.

Hier geschah in den letzten Jahren einfach zu wenig. Chancen wurden vertan. Dies wollen SPD und GRÜNE gemeinsam mit dem Oberbürgermeister durch ein systematisches Fördermonitoring und eine intensive Lobbyarbeit ändern. Dafür möchten sie die Nachbarkommunen und -kreise als Partner und Verbündete gewinnen. SPD und GRÜNE setzen auf eine intensivere Zusammenarbeit in der rheinischen Metropolregion. Der Verein „Regio Köln/Bonn und Nachbarn“ ist eine wichtige Plattform, um die regionale Kooperation zu befördern, die bislang zu wenig genutzt wurde. Dies setzt aber eine stärkere Beteiligung der Stadträte und Kreistage voraus.

Darüber hinaus muss Köln – im eigenen und auch regionalen Interesse – wieder als eine starke Stimme auf Landes- und Bundesebene, beim Städtetag und in der europäischen Verbandspolitik wahrgenommen werden. Daran soll das Verwaltungshandeln ausgerichtet werden. Alle demokratischen Akteure, Verbände und Gewerkschaften sind projektbezogen zu kontinuierlichen Kooperationsvorhaben eingeladen.

5. Wissenschaftsstandort

Köln ist mit seinen derzeit 13 Hochschulen und fünf öffentlichen Forschungszentren ein bedeutender Standort für Lehre und Forschung. Hinzu kommen zahlreiche Forschungseinrichtungen von Unternehmen und Technologiezentren. Zählt man die Region dazu, nimmt unsere Wissenschafts- und Forschungslandschaft eine europäische Spitzenposition ein.

Diese Potenziale werden immer noch zu wenig genutzt. Wissenschaft und Forschung sind zu wenig in der Stadtgesellschaft verankert. In der öffentlichen Aufmerksamkeit finden die Kölner Hochschulen und Forschungseinrichtungen nicht die erforderliche Wertschätzung. Der Transfer von Forschungsergebnissen in Entwicklungsprozesse ist zu wenig strukturiert und organisiert. Handlungsbedarf besteht insbesondere auf folgenden Feldern:

- Information über Forschungsschwerpunkte und -ergebnisse
- Übergangsmanagement von Schule zur Hochschule
- strukturiertes Zusammenwirken von Wissenschaft und Wirtschaft
- Transfer von Forschungsergebnisse in zukunftsfähige Produkte
- gemeinsames Marketing
- Entwicklung der Marke „Wissenschaftsstandort Köln“
- Berücksichtigung studentischer Interessen in der Stadtpolitik

Die Verbindung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft soll verstärkt werden, auch um Investoren, die vom wissenschaftlichen Output profitieren können, an Köln zu binden bzw. für Köln zu gewinnen.

Wir unterstützen die Gründungsinitiative des Oberbürgermeisters für ein „Haus der Innovationen“ als Kontaktstelle und Plattform zur Präsentation von Forschungsideen und -ergebnissen, für Unternehmenskooperationen und Unternehmergründungen sowie eine städtische Servicestelle für studentische Anliegen (Wohnraum etc.).

Jährlich verlassen Tausende gut ausgebildet die Hochschulen, aber zum Teil leider auch die Stadt. Der Aufbau eines Netzwerks mit der Universität, der Fachhochschule, der Musikhochschule und der Kunsthochschule für Medien soll darauf hinwirken, dass hoch qualifizierte Hochschulabsolventen in Köln eine berufliche Zukunft finden; dies schließt Existenzgründungsinitiativen mit ein.

Im Hinblick auf die Durchführung von mehr wissenschaftlichen Kongressen soll die Stadt stärker mit den Hochschulen kooperieren.

Wir setzen uns für einen regionalen Wissenschafts- und Forschungsentwicklungsplan der „ABCD-Städte“ (Aachen, Bonn, Cologne, Düsseldorf) ein. Bestandteil dieses Plans sollen neben den Schwerpunkten der Hochschul- und Forschungsaktivitäten auch mögliche Kooperationsfelder, Netzwerkbildung, Technologietransfer und Nachwuchsförderung sein.

Moderne Fachhochschule für Köln

SPD und GRÜNE begrüßen die Absicht des Landes NRW, die Fachhochschule am Standort Köln durch Neubauinvestitionen zu stärken. Mit dem Ziel, die Investition des Landes NRW in Köln zu sichern, wird die Stadt Köln rechtzeitig nach der Entscheidung des Landes NRW ihre notwendigen Beschlüsse fassen. SPD und GRÜNE wirken darauf hin, in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftsministerium NRW und dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW zu für beiden Seiten vorteilhaften Lösungen zu kommen.

Ob das Ingenieurwissenschaftliche Zentrum (IWZ) der FH zukünftig im Umfeld des bisherigen Standorts in Deutz verbleibt oder in der Nähe des FH-Standorts in der Südstadt konzentriert wird, soll ergebnisoffen geprüft werden.

Dabei sollen die jeweiligen Vor- und Nachteile für den Wissenschaftsbetrieb (Synergien zwischen Fachhochschule und Universität), die Wirtschaftlichkeit, aber auch die verkehrspolitischen Aspekte sowie soziale und städtebauliche Auswirkungen auf die jeweiligen Quartiere analysiert und abgewogen werden.

Ob für die Verlagerung des IWZ auch geeignete städtische Grundstücke in Deutz infrage kommen, soll geprüft werden. Für die Südstadt/Bayenthal ist dabei die Fortführung des inneren Grüngürtels gemäß dem städtebaulichen Masterplan zu berücksichtigen.

SPD und GRÜNE werden die Verwaltung beauftragen, Standortuntersuchungen und Machbarkeitsstudien in Bürgerversammlungen an den jeweiligen Orten öffentlich zur Diskussion zu stellen und so eine erweiterte Bürgerbeteiligung zu gewährleisten.

Sofern eine Entscheidung für eine Konzentration der FH Köln im Kölner Süden fällt, sollen zugleich mit dem Land NRW verbindliche Vereinbarungen zur Revitalisierung des bisherigen FH-Deutz-Areals getroffen werden, die dem rechtsrheinischen Stadtteilen Deutz und Kalk realistische Chancen eröffnen, in absehbarer Zeit den positiven Strukturwandel zu unterstützen.

6. Nachhaltige Flächenpolitik und Liegenschaften

Flächen im städtischen Bereich sind ein knappes Gut und nicht beliebig vermehrbar. Das gilt für Gewerbe- und Industrie- wie für Siedlungs- Frei- und Grünflächen. SPD und GRÜNE lassen sich für ihr kommunalpolitisches Handeln bei der Stadtplanung und Liegenschaftspolitik von folgenden Grundsätzen leiten:

- In der weiteren Stadtplanung wird einer Nutzungsmischung von Wohnen und Arbeiten sowie einer sozialen Mischung zur Vermeidung von weiterer Segregation der Vorzug gegeben.
- Die Inanspruchnahme unbebauter Freiflächen für Neubauprojekte ist auf das absolute Mindestmaß zu beschränken. Stattdessen sind vor allem Brachen, Konversionsflächen und Baulücken zu mobilisieren.
- Seltene Böden und landwirtschaftlich wertvolle Böden sind zu schützen.
- Die Eingriffs-/Ausgleichregelung soll transparent sein, wobei ein 100-prozentiger Ausgleich angestrebt wird.
- Die zukünftige Flächenpolitik – insbesondere für Gewerbe und Industrie – ist im regionalen Maßstab zu betreiben.

Für eine nachhaltige städtische Flächenpolitik sowie Kooperationen mit den kommunalen Nachbarn müssen die geeigneten Flächenmanagementinstrumente fortentwickelt bzw. geschaffen werden.

Zur Vorbereitung eines transparenten Eingriffs-/Ausgleichsverfahrens für Flächen soll ein Fachsymposium von der Verwaltung unter Einbeziehung der Fachausschüsse Stadtentwicklung, Liegenschaften sowie Umwelt/Grünflächen durchgeführt werden.

Der von SPD und GRÜNEN initiierte Aufbau eines Altstandortkatasters ist voranzutreiben. Nur durch verstärkte Bemühungen für ein umfassendes Flächenrecycling in Verbindung mit einem effektiven Flächenmanagement für Altstandorte und Brachflächen ist eine nachhaltig Ressourcen schonende Flächenpolitik in Köln umsetzbar.

Für eine effiziente Bestandspflege und Ansiedlungspolitik ist ein aktives und nachhaltiges Flächenmanagement unabdingbar. Dieses soll auch die rheinische Region im Blick haben, da ggf. große Industrieansiedlungen eher im Rahmen regionaler Kooperation (interkommunale Zusammenarbeit) realisiert werden können. Auf rot-grüne Initiative erfolgten erste Schritte für ein strategisches Flächenmanagement. Ein Ratsbeschluss vom 18.12.2008 sieht die Verwendung von

Erlösen aus Siedlungserweiterungen in Freiflächen für einen Grundstücksetat zum Erwerb für Grünverbindungen vor.

Der weitere Aufbau eines Flächenmanagements soll unter folgenden Maßgaben vorangetrieben werden:

- kurzfristige Erstellung eines Gesamtkonzepts zur zeitnahen Inwertsetzung der im Gutachten „Gewerbeflächen in Köln“ aufgeführten Reserveflächen, Aufstellung eines verbindlichen Zeitplans für die Flächenbereitstellung
- Konzept zur Bodenbevorratung durch Vorratserwerb und Tausch, Revitalisierung von Brachen und Konversionsflächen, Ermittlung von „Fehlnutzungen“, Umnutzungsreserven privater Gewerbeflächen, betriebsgebundene Reserveflächen – unterstützt durch ein regelmäßiges Monitoring, einschließlich des Freiflächenverbrauchs in Köln
- periodisches Flächencontrolling auf Basis eines integrierten Flächeninformationssystems (Industrie-, Gewerbe-, Wohn-, Freiraumnutzungen), in dem die bisherigen Darstellungen der Gewerbeflächenbereitstellung einfließen
- bessere Ausnutzung von Gewerbe- und Industriegrundstücken durch verdichtete Bebauung, z. B. mehrgeschossige Gebäude und Nutzung mindergenutzter Grundstücke
- Sicherstellung der Vermarktbarkeit bestehender Flächen (Erschließungs- und Flächenzustand) auf Basis des geltenden Planungsrechts sowie einer gleichberechtigten Behandlung der Interessen von Industrie und Gewerbe bei Planungsabläufen
- Auf- bzw. Ausbau von Kooperationsstrukturen mit privaten Flächeneigentümern und -entwicklern (Verlässliche, langfristige Flächenplanung muss private Spekulation auf Umwidmung von GI/GE verhindern und sicherstellen, dass auch die in privatem Eigentum befindlichen GI/GE-Flächen für Industrie- und Gewerbeprojekte zur Verfügung stehen.)
- klare Abstimmung von Wohnungs- und Gewerbeflächenplanung unter Berücksichtigung von Umwandlungen leerstehender unattraktiver Büroflächen in Wohnungen oder wohnverträgliches Gewerbe (z. B. Ateliers)
- Aufbau revolvierender Grundstücksfonds zwecks Entwicklung einer dynamischen, strategischen Bodenreserve und effizienter Projektentwicklung

Das in München praktizierte Modell der „sozialgerechten Bodennutzung“ soll auch in Köln umgesetzt werden. Es ist ein Instrument zur zeitnahen Realisierung einer bedarfsgerechten Flächen- und qualitativ anspruchsvollen Stadtplanung. Ziele der sozialgerechten Bodennutzung sind:

- Schaffung eines hohen Maßes an Transparenz bei Bauleitverfahren durch die Einführung von allgemein gültigen Verfahrensgrundsätze

- Gleichbehandlung aller am Verfahren Teilnehmenden und die damit verbundene Kalkulierbarkeit von Kosten zulasten der Vorhabenträger
- Verkürzung der Verfahrensdauer bei Bauleitplanungen durch klare Verfahrensabläufe
- Mobilisierung neuer Flächen für die Bebauung trotz knapper Kassen
- zügige Umsetzung von Bauvorhaben durch Baugebote
- Steuerung des Wohnungsmarktes durch anteilige Festsetzung von öffentlich gefördertem Wohnungsbau bei Planvorhaben

In 2007 erfolgte eine rot-grüne Initiative „Energetisches Bauen in Köln: Vorrang für Energiesparhäuser“, wonach städtische Wohnungsbaugrundstücke nur mit der Auflage des Energiesparhausstandards veräußert werden. Zukünftig sollen in Bebauungsplänen, städtebaulichen Verträgen und Grundstücksverkaufsverträgen Festlegungen für hohe energiebezogene Standards (KfW-Effizienzhausstandard) vereinbart werden.

7. Wirtschaft

„Köln braucht Impulse für die Wirtschaft“ war die Leitidee der Vereinbarungen des rot-grünen Kernbündnisses 2006 bis 2009, die zum großen Teil erfolgreich umgesetzt wurden. Daran wollen wir anknüpfen.

Wir wissen: Die Stadt der Zukunft ist eine Stadt, in der neue Ideen und Innovationen in besonderer Weise gefördert werden. Im Wettbewerb der Metropolen werden die Städte und Regionen vorn liegen, die sich nicht auf Bewährtem ausruhen, sondern neue Wege gehen.

Rot-grüne Wirtschaftspolitik möchte auch einen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt leisten. Wir brauchen erfolgreiche Unternehmerinnen und Unternehmer sowie qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Arbeitsplätze sichern und schaffen, wir brauchen eine offensive Ansiedlungspolitik, um den Strukturwandel erfolgreich mitzugestalten, und wir wollen ein Klima schaffen, das Existenzgründungen erleichtert und Köln attraktiv macht für kreative und bestens ausgebildete Frauen und Männer.

Deswegen wollen wir wirtschaftliche Stärken durch eine aktive Bestandspflege und eine offensive Ansiedlungspolitik weiterentwickeln und die Entwicklungspotenziale Kölns in den innovativen Zukunfts- und Industriebranchen besser nutzen. Hierbei ist insbesondere die Zusammenarbeit mit den Hochschulen in Köln und der Region zur Stärkung der Ansiedlung von Unternehmen zu nennen.

Für das Standortmarketing Kölns in Zusammenarbeit mit der Region sehen SPD und GRÜNE Korrekturbedarf. Getragen vom Regionalgedanken bzw. der Metropolfunktion Kölns ist eine neue Qualitätsstufe zu erreichen, die die derzeitige Zersplitterung der Kräfte ablöst. Unter Hinzuziehung von Best-practice-Beispielen anderer Metropolen soll eine wirkungsvolle Konzentration der Kräfte aller Akteure

erzielt werden. Wir streben zukünftig eine verbindlichere regionale Zusammenarbeit an. Es wird geprüft, welche institutionelle Form hierfür am besten geeignet ist. Voraussetzung für ein erfolgreiches Agieren auf regionaler Ebene ist, dass zunächst die Kölner Akteure ihre Aktivitäten bündeln und konsensual gemeinsam ausrichten.

Industrie

Die Industrie ist eine tragende Säule der Wirtschaftskraft Kölns. Die Industrieunternehmen stehen für Hochtechnologie und weltweit nachgefragte Produkte, sind ein wichtiger Arbeitgeber und sichern den Wirtschaftsstandort Köln mit hohen Investitionen und einer überdurchschnittlichen Ausbildungsleistung.

Ein Perspektivkonzept für die Kölner Industrie ist zu erarbeiten, indem die Möglichkeiten zum Ausbau und zur Sicherung des Industriestandortes festgeschrieben werden. Es hat sich an drei Perspektiven zu orientieren:

- Sicherung der Entwicklung der ansässigen Industrieunternehmen und -branchen hinsichtlich der wesentlichen Parameter der Flächen sowie der materiellen, informationellen und sozialen Infrastruktur
- gezielte Weiterentwicklung der bestehenden Cluster und Branchen durch Unterstützung von Outsourcingprojekten sowie Ansiedlungen komplementärer Produktionen wie industrieller Dienstleistungsunternehmen (Dabei ist auch zu beachten, dass Industrieproduktion in Netzwerken stattfindet, die eng mit produktionsbezogenen und ausgelagerten Dienstleistungen verflochten sind.)
- gezielte Anwerbung von Unternehmen, die für Zukunftstechnologien der chemischen, der motortechnologischen sowie der energietechnischen Entwicklung stehen und die ggf. Unternehmen ersetzen, die am Ende technologischer Entwicklungslinien stehen

Deswegen wollen wir prüfen, ob neben dem bereits vorhandenen „Branchenforum Industrie“ ein Forum „Infrastruktur Köln“ zielführend ist. Dieses soll Unternehmen und Arbeitnehmer vernetzen, die für die Sicherung und den Ausbau der materiellen wie informellen Infrastruktur der Kölner Wirtschaft entscheidend sind.

Das „Branchenforum Industrie“ hat sich bewährt. Von ihm gehen wichtige Impulse aus, z. B. durch den Entwurf eines „Businessplan Industrie“ für Köln. Deswegen wollen SPD und GRÜNE an diesem wichtigen Instrument als Kommunikationsplattform zwischen Unternehmen, Kammern, Gewerkschaften, Fachverwaltung und kommunalpolitischen Akteuren festhalten. Damit verbinden wir das Ziel, für konkrete Vorhaben Kompromisse und Vereinbarungen zu ermöglichen.

Wir werden ein verbindliches Konzept für die Industrie- und Infrastrukturpolitik der Stadt Köln als Baustein weiterentwickeln. Dies dient gleichermaßen der Orientierung für die folgenden Entwicklungen:

- Entwicklung des Industrie- und Wirtschaftsstandortes Köln
- Entwicklung des Flächenmanagements
- Entwicklung der Verkehrsträger

Hierzu fließen die Empfehlungen des vom „Branchenforum Industrie“ fortentwickelten „Businessplan Industrie“ in die Beratungen ein.

Die Kölner Unternehmen der ITK-Branche (Informations- und Telekommunikationstechnologie) nehmen in NRW und bundesweit einen der führenden Plätze ein. Die ITK als Schnittstellenbranche dient mit ihren Produkten und Dienstleistungen der Wettbewerbsfähigkeit und -stärkung aller Unternehmen. Die Kölner ITK-Branche ist deshalb in den nächsten Jahren nachhaltig zu vermarkten. Köln ist mit Unterstützung aller Kräfte zum ITK-Standort Nummer eins national und europaweit weiterzuentwickeln. Die Ideen aus dem Strategiepapier „Internet-Stadt Köln“ sind hierin aufzunehmen.

Hochgeschwindigkeitsnetze sind Treiber und wichtige Impulsgeber für die Kölner Wissenschaft und auch für die Kölner Wirtschaft. Im nationalen Vergleich liegt Köln, nicht zuletzt dank der Investitionen des GEW-Tochterunternehmens NetCologne, mit seiner Glasfaserinfrastruktur weit vorn. Diesen Standortvorteil gilt es weiterzuentwickeln und national sowie vor allem aber auch international zu kommunizieren.

Kleine und mittelständische Unternehmen/Handwerk

Ein Schwerpunkt liegt nach wie vor auf der Förderung der kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) sowie des Handwerks, die hohe Standortbindung aufweisen und einen erheblichen Beitrag zur Sicherung und Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen leisten.

Um diesen Unternehmen bessere Wettbewerbschancen einzuräumen, sollen die städtischen Vergabegrundsätze und die Vergabep Praxis überprüft werden, wobei notwendige Antikorruptionsverfahren davon unberührt bleiben. Dabei soll insbesondere überprüft werden, inwieweit sachgerechte Vergaben in Teillosen stärker Berücksichtigung finden können als Generalunternehmer-Vergaben und inwieweit eine Veränderung der Schwellenwerte im gesetzlichen Handlungsrahmen sinnvoll ist. Dazu soll in 2010 ein Symposium der Stadt Köln durchgeführt werden.

Das Sonderstandortprogramm zur Bereitstellung von städtischen Grundstücken für KMU wird evaluiert, um es verbessert fortsetzen zu können.

Selbstständigkeit als eine der Alternativen zur Existenz sichernden Erwerbsarbeit muss weiter gefördert werden. Das im Wirtschaftsdezernat bestehende Gründungsbüro mit seinen umfassenden Beratungs- und Serviceleistungen zur Unterstützung von nachhaltigen Gründungen ist auszubauen, um dem hohen bestehenden Nachfragebedarf nachzukommen. Die Beratung von kleinen und mittleren Unternehmen zur Abwendung von wirtschaftlichen Schieflagen und damit zur Abwendung von Arbeitsplatzabbau soll im Wirtschaftsdezernat ausgebaut werden.

Die Förderung von Existenzgründungen wird in Zusammenarbeit mit den Kammern intensiviert. Dazu gehört ein Gründernetzwerk für regenerative Energien.

Gleiches gilt auch für Freiberufler: Hier soll die bewährte Zielgruppenteilung beibehalten werden und um das neue Kompetenznetzwerk der Kreativwirtschaft ergänzt werden.

Mit der Förderung von Ökoprofitprojekten für KMU sollen sie bei der Reduzierung ihres Ressourcenverbrauchs und der Erzielung positiver Umweltbilanzen unterstützt werden.

Medien- und Kulturwirtschaft

Die Medien- und Kulturwirtschaft einschließlich der Games-Branche müssen unsere Markenzeichen bleiben. Kölns herausragende Stellung im Städtewettbewerb muss durch intensive Bestandspflege und neue Impulse beständig gesichert und ausgebaut werden. Der Deutsche Fernsehpreis und das TV-Festival „Cologne Conference“ sind deshalb wichtige Aktivitäten, die zur Medienmetropole Köln gehören. Das gilt ebenfalls für das „medienforum.nrw“. Zusätzlich muss Köln vor allem seine Anziehungskraft für kreative Szenen stärken.

Die Fortentwicklung und Pflege der polyzentrischen Standortstruktur der Medien- und Kulturwirtschaft (Belgisches Viertel, Mediapark, Medienzentrum Mülheim, Rheinauhafen, Ossendorf) wird vorangetrieben. Das AV-Gründerzentrum wird weiter unterstützt. Darüber hinaus bedarf es eines Ergänzungsangebots für „kreative Räume“. Diese sollen in teilräumlichen Entwicklungskonzepten – insbesondere für die Gebiete Mülheim-Süd, Güterbahnhof Mülheim, Mülheimer Hafen, Güterbahnhof Ehrenfeld, Heliosgelände, Clouth, FH Deutz, Deutzer Hafen – berücksichtigt werden.

Ein spannender Förderimpuls besteht in der Nutzung der Rheinparkhallen (Staatenhaus) für die Kreativwirtschaft.

Zu den Bereichen der Kreativwirtschaft, die mit Unterstützung der städtischen Wirtschaftspolitik stärker profiliert werden sollen – ohne die Bereiche Filmwirtschaft/AV-Medien zu vernachlässigen –, gehören die Games-Branche, die Musikwirtschaft, der Designbereich und der Kunstmarkt. Hier werden wir Initiativen starten, damit die Verwaltung in Kooperation mit den jeweiligen Branchenakteuren tragfähige Handlungskonzepte entwickelt.

Ein besonderer Schwerpunkt soll auf der Weiterentwicklung der Games- und Internet-Branche liegen. Köln hat dafür gute Ausgangsvoraussetzungen. Die „GamesCom“-Messe hat hier einen starken Impuls gesetzt, mit „E.A.“ und „Turtle Entertainment“ haben wir zwei internationale Player. Wir wollen weitere Anstrengungen unternehmen, dieses Zukunftsfeld für Köln auszubauen. Dazu gehören auch das „Cologne Game Lab“ und die „International eSports Conference“.

Medienkompetenzprojekte sind für die Medienstadt Köln unverzichtbar. Erfolgreiche Beispiele sind die „medienwerk-stadt.nrw“ und das „medienfest.nrw“ ebenso wie die Aktivitäten von „n!faculty“.

Die erfolgte Ansiedlung der „Stabsstelle Medien“ beim Wirtschaftsdezernat war ein notwendiger Schritt, dem weitere folgen müssen. Die Dynamik der Branche erfordert deshalb eine Neuausrichtung, die alle Aspekte der Kreativwirtschaft umfasst und eine enge Vernetzung der relevanten Akteure vorsieht. Das für Mülheim geplante Kompetenznetzwerk für die Kreativwirtschaft (KNK) wollen wir als zentrales Beratungs- und Informationstool unterstützen.

Die bislang erfolgreiche Arbeit des 2001 gegründeten „Medien- und IT-Rates“ soll als Branchenforum, das alle Facetten der Kreativwirtschaft ansprechen soll, fortgeführt werden.

Einzelhandel

Das von SPD und GRÜNEN initiierte Einzelhandelskonzept wird umgesetzt. Es dient als Handlungsleitfaden, um die Entwicklung des Einzelhandels und seiner Ansiedlungen zu steuern.

Die „Konsensrunde zur Regelung von Sonderöffnungszeiten nach Ladenschlussgesetz“ hat sich in der Praxis im Wesentlichen bewährt und soll fortgeführt werden. Am Prinzip der „freiwilligen Selbstbeschränkung“ unter Berücksichtigung und angemessener Abwägung von Arbeitnehmer- und Einzelhandelsinteressen wird festgehalten. Ein wichtiges Ziel für die Bildung der Konsensrunde bestand aus Sicht des Rates darin, die Attraktivität der Vororte und Stadtbezirkzentren gegenüber den Interessen des City-Einzelhandels zu stärken und einen Interessenausgleich zu erzielen. Von einer generellen Einführung einer vierten Sonntagsöffnung wird abgesehen.

In den Geschäftszentren werden die Weiterentwicklung bestehender Immobilienstandort-Gemeinschaften (sog. Business Improvement Districts) sowie Neugründungen unterstützt, um die Bezirksgeschäftszentren besser stabilisieren zu können.

Wichtige Kriterien sind:

- keine Ausweisung von Sondergebieten für den Einzelhandel; Einzelhandel ist nur in integrierten Lagen anzusiedeln, die weitere Verkaufsflächenexpansion ist zu vermeiden
- Anwendung des planungsrechtlichen Instrumentariums zur Vermeidung von großflächigem Einzelhandel

Großmarkt

Die Verlagerung des Großmarkts und der Aufbau eines Frischeloggistikzentrums im Gewerbegebiet Marsdorf werden zügig vorangetrieben. SPD und GRÜNE werden die zukünftige Betriebsform für den Großmarkt prüfen. Dies beinhaltet auch die Prüfung einer Beteiligung der Großmarktakteure. Dabei werden außerdem die Erfahrungen von Betriebsgesellschaften anderer Städte vergleichend betrachtet.

Tourismus

Köln ist ein Touristenmagnet mit besten Voraussetzungen für Gastro-, Gesundheits- und Kulturtourismus, für Shopping und Kongresse. Köln hat einen bekannten Namen und Köln hat mit dem Dom ein weltbekanntes Markenzeichen, um das uns viele Städte beneiden. Wir werden diese Stärke im internationalen Wettbewerb um einprägsame Profilbildung weiter ausbauen.

Infolge der Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise sollen die Anstrengungen im Tourismussektor verstärkt werden. Marketing und Werbung durch KölnTourismus sollen mit lokalen und regionalen Partnern erfolgen – insbesondere an den maßgeblichen Quellflughäfen. Dabei wollen wir die Akteure der Tourismuswirtschaft an einen Tisch holen, um ein Frühwarnsystem zu installieren. Die Profilierung Kölns als international bedeutsame Tagungs- und Kongress-Stadt steht dabei im Vordergrund. Wesentlicher Partner hierbei ist das bei KölnTourismus angesiedelte „Cologne Convention Bureau“ und die dort gebündelten Partner.

Die Ansiedlung eines Musicals im Rechtsrheinischen wird weiterhin unterstützt, da davon ein wichtiger Impuls für den Städtetourismus ausgehen kann.

Hinsichtlich der Veranstaltung von Großevents im öffentlichen Raum ist Köln in jüngster Zeit gut damit gefahren, deutlich auf Qualität und nicht auf Beliebigkeit und Quantität zu setzen. Dies soll auch Richtschnur für zukünftige Entscheidungen sein.

Kongress- und Messestadt

Köln ist ein attraktiver Kongress- und Messestandort. Nicht zuletzt die Umsetzung des Messe-Masterplans mit der Etablierung neuer Messehallen und der Start des „Cologne Convention Bureau“ haben dazu beigetragen.

Die Koelnmesse steht im verschärften Wettbewerb. Verdrängungsdruck bestimmt den in- und ausländischen Messemarkt. Die Koelnmesse wird dabei unterstützt, zusätzliche messeähnliche Nutzungen für ihre Facilitäten zu akquirieren. Des Weiteren soll geprüft werden, inwieweit privatwirtschaftliches Know-how bei der Führung des Messebetriebs notwendig ist und eingebunden werden sollte.

Die Überlegungen für ein bedarfsgerechtes und wettbewerbsfähiges Kongresszentrum im unmittelbaren Umfeld der Koelnmesse werden weiterverfolgt. Ein solches Vorhaben ist aber nur durch privatwirtschaftliches Engagement realistisch. Sofern sich absehbar kein Investor – bevorzugt für ein Kongresszentrum auf dem Messe-City-Deutz-Areal – findet, ist parallel intensiv zu prüfen, das Kongresszentrum Ost der Koelnmesse (Betreiber KölnKongress GmbH) den heutigen Erfordernissen entsprechend zu modernisieren.

Engagierte Bürger und Unternehmen

Zusammenhalt der Stadtgesellschaft sowie kreative Bedingungen und Impulse für wirtschaftliche Prosperität sind beständige Herausforderungen, die Kommunalpolitik und -verwaltung alleine nicht meistern können. Eine aktive Bürgergesellschaft, das bürgerschaftliche Engagement Einzelner und nicht zuletzt ein solches Engagement von kleinen, mittleren und großen Unternehmen tragen das ihre zu einer guten Stadt- und Standortentwicklung bei. Wir wollen die Voraussetzungen verbessern, damit sich Unternehmensengagement für die Stärkung „weicher Standortfaktoren“ entfalten kann und die städtische Wirtschaftsförderung ermutigen, Initiativen aktiv zu begleiten bzw. selbst anzustoßen.

8. Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsförderung

Die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit sind vorrangige Ziele kommunaler Politik. Teilhabe an der Gesellschaft definiert sich heute in erster Linie über Bildung und Erwerbsarbeit. Grundgedanken der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik müssen sein:

- alle dazu fähigen Menschen in eine Arbeit zu bringen, die für sie beruflich befriedigend ist und ihren Lebensunterhalt sichert
- Diskriminierungen und Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt auszugleichen
- durch präventive Ansätze bei Qualifizierung und Beratung, die individuellen Perspektiven erwerbsfähiger Menschen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern

Das verlangt:

- Unterstützung und respektvolle Behandlung von arbeitslosen Menschen
- Bestärkung zu einer eigenständigen Lebensführung
- ausgeglichenes Fördern und Fordern
- Motivieren vor Sanktionieren

Die Chancen junger Menschen auf dem Arbeitsmarkt wollen wir durch präventive Maßnahmen, insbesondere durch gezielte Stützangebote im Arbeitsfeld „Übergang Schule-Beruf“, verbessern.

Entsprechend des Beschlusses von November 2006 „Beschäftigungsoffensive für Köln“ sind alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um dauerhafte, geförderte Arbeitsplätze zu schaffen – vorrangig im allgemeinen Arbeitsmarkt. Notwendig ist öffentlich gestützte Beschäftigung auch dort, wo Menschen aufgrund von Bildungsdefiziten, aufgrund von körperlichen oder seelischen Einschränkungen und aufgrund von alters- oder bildungsbedingten Beeinträchtigungen absehbar nicht oder nicht zeitnah in den ungeforderten Arbeitsmarkt integriert werden können.

Das bedeutet:

- Die Möglichkeiten der städtischen Wirtschaftsförderung sollen genutzt werden, um die Beschäftigungschancen für geringer qualifizierte oder lange Zeit arbeitslose Menschen zu erhöhen.
- Die geförderten Plätze im Ersten Arbeitsmarkt sollen ausgebaut und gestützt werden, z. B. durch Programme nach § 16 e, Stärkung der Ratsinitiativen „Wir im Quartier“ und „Win-Win für Köln“. Die zielgerichtete Nutzung von Fördermitteln der Agentur für Arbeit und der ARGE unter Einbeziehung städtischer Mittel für Beschäftigung sind unabdingbar. Wohnortnahe, veeedelsbezogene Vor-Ort-Projekte sollen fortgeführt, ausgebaut und noch stärker auf die Verbesserung nachbarschaftlicher Strukturen, z. B. auf Spiel-, Sport- und Erholungsanlagen, ausgerichtet werden.

- Eine besondere Rolle in der Beschäftigungsförderung kommt den städtischen oder stadtnahen Gesellschaften zu, z. B. durch die Entwicklung weiterer Aufgabenschwerpunkte wie das Schaffnerkonzept bei der KVB, Ausweitung von Sicherheits- und Betreuungsdiensten in öffentlichen Anlagen und Parks, Projekte wie Hausmeisterhelfer bei der GAG, Begleitdienste oder haushaltsnahe Dienstleistungen. Ein integriertes städtisches Beschäftigungsprogramm, in dem etwa das Stadtverschönerungsprogramm für junge Arbeitslose seinen Platz hätte, kann diese Vorhaben wirkungsvoll ergänzen.
- Wir wollen die Entwicklung und Verstärkung eines einheitlichen kommunalen Beschäftigungsprogramms über das jährliche Integrationsprogramm der ARGE hinaus. Alle Einzelmaßnahmen der Stadt, mehr Beschäftigung vor allem für Langzeitarbeitslose zu schaffen, müssen dort aufgeführt und beschrieben werden. Dabei muss es eine abgestimmte gemeinsame Steuerung durch das Sozial- und das Wirtschaftsdezernat geben.
- Erforderlich ist die koordinierte Abstimmung der Dezernate III, V und der ARGE. Alle Beteiligten müssen dafür Sorge tragen, dass die kommunalen Ziele und Programme nicht durch eine überregional gesteuerte Ausschreibungs- und Vergabepaxis der ARGE ignoriert oder behindert werden. Die Ausschüsse Soziales und Wirtschaft sind generell einzubinden in alle Belange der Beschäftigungsförderung.
- Beschäftigungsträger und Integrationsfirmen müssen in ihrem Bemühen um berufliche und soziale Integration langzeitarbeitsloser oder gesundheitlich beeinträchtigter Menschen durch städtische Auftragsvergaben gestärkt werden. Dabei ist durch eine Novellierung der Richtlinien im Vergaberecht und eine auf Förderung ausgerichtete Vergabepaxis sozialen und ökologischen Kriterien stärkeres Gewicht einzuräumen.
- Das Jobbörsenprogramm incl. Zielgruppenangebote und Pro-Veedel-Jobbörsen soll erhalten bzw. bedarfsgerecht in Sozialräumen, Wohnorten und bezogen auf besondere Zielgruppen und kommunale sozialpolitische Ziele ausgebaut werden.
- Wir wollen den Ausbau der Angebote zur Integration gesundheitlich beeinträchtigter Menschen. Die in den letzten Jahren aufgebauten Fördernetze „JobPromote“ und „JobPerspektive“, „Fachberatung für Arbeit und Gesundheit“ und „Ferry4You“, die insbesondere die soziale und die Arbeitsmarktintegration physisch oder psychisch beeinträchtigter Menschen stärken, sollen inhaltlich weiterentwickelt und in ihrer Angebotsvielfalt ausgeweitet werden.
- Unser Ziel ist die Förderung von Integrationsfirmen u. a. auch durch Verstärkung der Kooperation mit städtischen oder stadtnahen Betrieben. Damit leisten wir auch einen Beitrag zur Schaffung besserer Übergänge von den Werkstätten für Behinderte in den Ersten Arbeitsmarkt.
- Wir brauchen die Förderung der Chancen von Menschen im SGB-XII-Bezug, wieder oder erstmalig Zugang zum Arbeitsmarkt zu erlangen.

- Die flankierenden Maßnahmen (Sucht- und Schuldnerberatung, psychosoziale Beratung) müssen wir sichern und bedarfsgerecht anpassen.
- Wir planen eine Neuausrichtung des Bündnisses für Arbeit. Aus den Sitzungen des Bündnisses müssen unmittelbare Handlungsoptionen und konkrete Projekte zur Verbesserung von Qualifizierungsangeboten, zum Erhalt und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze folgen.
- Wir legen Wert auf den Erhalt und die gesicherte Finanzierung eines integrierten Netzes der unabhängigen Beratung durch Arbeitslosenzentren und -beratungsstellen für die Arbeitslosen und sozial Benachteiligten.
- Die Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung (KGAB) hat ihren Platz in der Trägerlandschaft gefunden, eine gesicherte Perspektive aber nur, wenn die Existenz ohne dauerhafte städtische Förderung gewährleistet ist. Der erreichte Status soll gefestigt werden.
- Wir setzen uns ein für Zielgruppen mit besonders schwerwiegenden Integrationshemmnissen. Um ihnen ein adäquates Angebot machen zu können, sollen innovative Träger in ihrer Existenz gesichert werden, bspw. der SSM als Projekt des 1. Arbeitsmarktes im „Mülheim-Programm“.
- Wichtig ist eine frühzeitige Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit: Schnittstellen zwischen den Trägern, der ARGE und der Jugendhilfe müssen dringend verbessert und die Anstrengungen, den Auswirkungen des demografischen Wandels zu begegnen, verstärkt werden. Dies umfasst insbesondere die Erwerbsbeteiligungsmöglichkeiten und die Integration von jungen Menschen mit Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt. Wir benötigen Maßnahmen zur Erleichterung der Übergänge Schule-Ausbildung sowie Ausbildung-Beruf und die Verstärkung der nachhaltigen Förderung und Integration von jungen Menschen mit gesundheitlichen, insbesondere psychischen Beeinträchtigungen.
- Die U-25-Konferenz soll gestärkt und das Modellprojekt „Jugendbüro in Chorweiler“ ausgewertet, fortgeführt und auf andere Sozialräume ausgeweitet werden. Dabei soll bei der Weiterentwicklung von Angeboten besondere Aufmerksamkeit auf die Erkenntnisse der U-25-Konferenz über den dramatischen Anstieg psychischer Erkrankungen von Kindern und Jugendlichen gelenkt werden.

Organisation der ARGE

- Innerhalb der ARGE ist die Dienstleistungsorientierung zu verbessern, vor allem, indem das System mit persönlichen Ansprechpartnern und Fallmanagern u. a. durch intensive Aus- und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter optimiert wird.
- Der ARGE-Beirat als wichtiges Gremium zu erhalten und zu stärken.
- Zur Berücksichtigung und Schlichtung in problematischen Konfliktfällen soll eine Ombudsperson für alle Arbeitslosen beim Beirat der ARGE angesiedelt werden.

- Das von der Bundesregierung beabsichtigte Konzept der getrennten Aufgabenwahrnehmung für die Betreuung der Langzeitarbeitslosen durch Bundesagentur und Kommune darf nicht dazu führen, dass der oder die Hilfesuchende in Zukunft Leistungen von zwei Entscheidungsträgern erhält, die unabhängig und in eigener Verantwortung agieren. Die Stadt Köln wird alle rechtlichen und politischen Möglichkeiten nutzen, das bewährte Verfahren der Leistungsgewährung aus einer Hand durch eine vertragliche Regelung mit der Bundesagentur zu sichern: Der Einfluss der Kommune auf Ziele und Struktur der Hilfe- und Integrationsprogramme kann nur durch die gleichberechtigte Teilhabe an der Geschäftsführung einer zukünftigen Organisation und an den mit Strategiebildung und Beratung befassten Gremien sichergestellt werden.
- Die Möglichkeiten als Optionskommune mit entsprechender finanzieller Ausstattung für Köln müssen ernsthaft geprüft werden, sofern sich der angestrebte Status nicht realisieren lässt.

9. Wirtschaftsverkehr und Logistik

Durch seine verkehrsgünstige, zentrale Lage in Europa ist Köln ein bedeutender Logistikstandort. Köln als Industrie-, Handels- und Logistikzentrum zu erhalten, erfordert Sicherung, Modernisierung und komplexe Vernetzung der vier Verkehrswege Luft, Wasser, Straße und Schiene.

Luftverkehr/Flughafen

Die wirtschaftliche Bedeutung des Flughafens Köln/Bonn für die Region ist unbestritten.

Die vom Kölner Stadtrat beschlossene Zielsetzung, den Flughafen Köln/Bonn als Bestandteil öffentlicher Verkehrsinfrastruktur mehrheitlich in kommunalem Eigentum zu führen, wird mit Nachdruck weiter verfolgt. Nur durch Sicherung der kommunalen Einflussnahme als Eigentümer kann die strategische Ausrichtung der zukünftigen Geschäftspolitik bestimmt und eine eigenständige Entwicklung gesichert werden.

SPD und GRÜNE sind sich bewusst, dass moderne Flughafenpolitik einen tragfähigen Interessenausgleich zwischen der Entwicklung des Flughafens einerseits und den Gesundheits- und Umweltbedürfnissen der Bevölkerung andererseits sicherstellen muss.

Stadt, Wirtschaft und Flughafen setzen sich gemeinsam dafür ein, dass es durch den Einsatz lärmärmerer Flugzeuge vor allem in der Nacht und durch die Einhaltung der Flugrouten zu einer Lärminderung kommt. Der Flughafen setzt weiterhin das Lärmschutzprogramm um. Durch differenzierte Landegebühren wirkt der Flughafen auf den Einsatz lärmärmerer Flugzeuge hin. In Verbindung mit der Deutschen Flugsicherung (DFS) wird das Landeanflugverfahren auf kontinuierlichen und damit leiseren Sinkflug umgestellt.

Stadt und Flughafen setzen sich gemeinsam für einen Schienenanschluss zum Luftfrachtzentrum ein – mit dem Ziel, dass dieser bis 2017 fertig gestellt ist.

Gestützt auf die einstimmige EntschlieÙung des Landtags NRW vom 24.08.2007 wird die Einführung einer nächtlichen Kernruhezeit zwischen 0 und 5 Uhr im Passagierflugbetrieb am Flughafen Köln/Bonn unterstützt. Wir werden Initiativen auf EU-Ebene für ein europaweit geltendes Nachtflugverbot für Passagierflüge befürworten.

SPD und GRÜNE unterstützen Bestrebungen für eine verbindliche und wirksame Lärminderungsplanung beim Luftverkehr, die auf Basis der EU-Umgebungslärmrichtlinie erfolgen soll. Lärmobergrenzen in der Zeit von 22 bis 6 Uhr in Form von Lärm- und Bewegungskontingentierungen sollen geprüft werden.

Schieneverkehr

Die Stadt setzt sich für die Beseitigung der Engpässe im Schienenpersonenverkehr ein. Insbesondere setzt sie sich für den Ausbau des Bahnknotens Köln ein und für eine Direktverbindung mit einem Regionalexpress oder einer S-Bahn aus dem Raum Aachen zum Flughafen. Ziel ist es, den Ausbau des Bahnknotens spätestens 2015 zu beginnen.

Engpässe, insbesondere jener an der Steinstraße, müssen beseitigt werden. Zur Verbesserung der Kapazitäten und der Entlastung der Südbrücke muss die Südausfahrt Eifeltor geschaffen werden (vorgesehen im Programm Arbeit und Beschäftigung des Bundesverkehrsministers).

Das Güterverkehrszentrumspotenzial muss an das steigende Containeraufkommen angepasst werden (**KombinierteLadeverkehrTerminal**s).

Die Südbrücke als „Schlagader“ muss für den Schienengüterverkehr saniert werden.

Für den Rhein Ruhr Express (RRX) ist zwingend ein Systemhalt in Köln-Mülheim vorzusehen.

Häfen

Der Weiterentwicklung der Logistikinfrastruktur – insbesondere auch für den Verkehrsträger Binnenschiff – messen SPD und GRÜNE große Bedeutung zu.

SPD und GRÜNE werden die Verwaltung beauftragen, gemeinsam mit der HGK ein regionales Logistikkonzept voranzutreiben, das den Verkehrsträger Binnenschiff und den Schienengüterverkehr sowie den kombinierten Ladeverkehr berücksichtigt. In diesem Konzept werden alle relevanten Daten und Untersuchungen ernsthaft gegeneinander abgewogen. Das Konzept soll alle für Köln nutzbaren Hafenressourcen in der Region sowie die Kooperation mit kommunalen Partnern und privatwirtschaftlich agierenden Logistikakteuren in der Region in die Betrachtung einbeziehen.

Gleichzeitig sind die beiden Kooperationspartner frei, jede sich im Verlauf der gerichtlichen Auseinandersetzung um den Godorfer Hafenausbau ergebende Entscheidung zu treffen. SPD und GRÜNE vereinbaren, sich nach einer weiteren Gerichtsentscheidung zum in erster Instanz erwirkten Baustopp für den Hafenausbau zu konsultieren.

Laut des von SPD und GRÜNEN getragenen Ratsbeschlusses (30.06.2009) wird der Deutzer Hafen sukzessive zu einem neuen Stadtquartier umgewandelt. Wohnen und Arbeiten sollen integriert werden. Die Verlagerung von produzierenden Betrieben wird dabei dann für sinnvoll gehalten, wenn sie nicht auf wasserseitigen Güterumschlag angewiesen sind. Die Möglichkeit des Hafensbetriebs in eingeschränkter Form soll geprüft werden.

10. Verkehr

Die Ziele des bereits in der vergangenen Wahlperiode beschlossenen Gesamtverkehrskonzeptes werden weiter verfolgt und alle geeigneten Maßnahmen unter dem Blickwinkel der Barrierefreiheit, der sicheren Mobilität und der Gleichbehandlung aller Verkehrsteilnehmer umgesetzt. Es soll eine Steigerung des Fußverkehrs- und des Radverkehrsanteils erreicht werden. Ebenso wird eine Stärkung des ÖPNV durch den Ausbau der Infrastruktur sowie durch die Steigerung der Leistungsfähigkeit angestrebt – bei gleichzeitig verbesserter Umsteigequalität vom motorisierten Individualverkehr.

Diese Maßnahmen sollen zu einer kontinuierlichen Verringerung der verkehrsbedingten Immissionen wie Lärm und Luftschadstoffe beitragen.

Wir wollen eine integrierte Stadt- und Verkehrsplanung mit der Implementierung von Mobilitätsmanagement in der Verwaltung. Der „Umweltverbund“ aus Zufußgehen, Radfahren und ÖPNV soll auf allen Ebenen gestärkt und besser vernetzt werden.

Durch den Rückbau von überdimensionierten Straßen wollen wir den Kölnerinnen und Kölnern ein Stück Stadt wiedergeben.

Das Lkw-Führungskonzept wird mit dem Ziel überarbeitet, Schwerlastverkehr auf den Haupttrouten zu bündeln und aus den Wohngebieten und dem Innenstadtbereich herauszuhalten.

Öffentlicher Personen Nahverkehr

Wir wollen den öffentlichen Nahverkehr ausbauen und optimieren. Ein Schwerpunkt wird dabei das Angebot in den Abend- und Nachtstunden sein, das wir auch unter der Woche schrittweise ausbauen wollen. Hierzu werden wir vor allem auf Nachtbahnen und Nachtbusse setzen. Wir wollen die bereits beschlossenen Stadtbahnmaßnahmen wie die dritte Baustufe der Nord-Süd-Stadtbahn, die Verlängerung der Linie 3 in das Zentrum von Mengenich und die Verlängerung der Linie 5 bis zum Butzweilerhof zügig umsetzen. Für eine Reihe von weiteren Stadtbahnmaßnahmen, die zum Teil schon lange in der Planung sind, wollen wir eine Priorisierung aufgrund einer Kosten-Nutzen-Analyse, um im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten weitere Stadtbahnprojekte zu realisieren (z. B. Verlängerung Linie 7 bis Langel, Verlängerung der Linie 13 bis Bayenthal, rechtsrheinische Ringbahn, Anbindung von Widdersdorf, Braunsfeld, Esch, Pesch, Rondorf, Meschenich, Neubrück).

Die vorhandenen Stadtbahnstrecken sollen hinsichtlich Kapazität, Pünktlichkeit und Sicherheit optimiert werden. Dazu gehört u. a. die stärkere Präsenz von Personal

(„Schaffner“) in den Bahnen, die für bessere Information und stärkeres Sicherheitsgefühl der Fahrgäste sorgen sollen. Die weitgehende Barrierefreiheit der Fahrzeuge und Haltestellen durch den Bau entsprechender Bahnsteige, Aufzüge und Buskaps soll so schnell wie möglich hergestellt werden.

Beim Umbau von Haltestellen im oberirdischen Bereich soll grundsätzlich berücksichtigt werden, dass sie ebenerdig zugänglich und barrierefrei querbar sind. Außerdem soll die Kapazität an die jeweiligen Gegebenheiten angepasst werden, z. B. am Zülpicher Platz und der Haltestelle Ostheim.

Wir wollen die Verknüpfung der unterschiedlichen Verkehrsträger verbessern durch den Ausbau von Park&Ride-Systemen am Stadtrand und den Bau von Bike&Ride-Anlagen incl. Fahrradboxen an den Haltestellen. Außerdem sollen an den DB-Bahnhöfen im Stadtgebiet neue Fahrradstationen entstehen. Auf Verbundebene setzen wir uns gemeinsam für ein einheitliches Fahrradticket und eine Mitnahmeregelung in den Bahnen ein.

Die Infrastrukturanlagen der KVB sollen sich besser in das Stadtbild einfügen und ebenerdige Querungen für den Fuß- und Radverkehr insbesondere an den Haltestellen und im Innenstadtbereich ermöglichen. Dazu gehört auch der weitgehende Ersatz von Schotterbetten durch Rasen- oder Pflastergleise.

Zur Erhöhung der Fahrplantreue und der Verbesserung der Anschlusssicherheit soll es zu einer mit den übrigen Verkehrsträgern abgestimmten flächendeckenden Vorrangschaltung für Busse und Bahnen im Stadtgebiet kommen. Wo dies mit den Sicherheitsanforderungen vereinbar ist, ist zu gewährleisten, dass an Kreuzungen und Überwegen der Rad- und Fußverkehr gradlinig und unbehindert die Schienentrassen queren kann.

Die Teilnetzplanungen für den Busverkehr sollen wieder aufgenommen werden mit dem Ziel, Stadtviertel ohne Schienenanschluss besser zu erschließen und attraktive ÖPNV-Verbindungen herzustellen (z. B. die Anbindung des Rheinauhafens an den HBF, die Anbindung des neuen Müngersdorfer Bads, des Stadtwaldviertels, der Vorgebirgsstraße, die Anbindung von Meschenich an den Bahnhof Kalscheuren etc.).

Schienenpersonennahverkehr

Wir setzen uns auf allen Ebenen für den Bau des S-Bahn-Weststrings ein, um eine leistungsfähige Verbindung vom Hauptbahnhof zum Universitätsviertel und in den Kölner Süden zu schaffen. Perspektivisch wird eine Weiterführung über die Südbrücke mit Anbindung an das rechtsrheinische S-Bahn-Netz und damit ein vollständiger S-Bahn-Ring angestrebt. Im Hauptbahnhof soll die Planung zur Realisierung von zwei weiteren Gleisen zügig vorgebracht werden. Der Knotenpunkt Steinstraße soll zügig ausgebaut werden; der Bahnhof Deutz ausgebaut und barrierefrei gestaltet werden.

Zufußgehen

Die Kölner Wohn- und Geschäftsviertel profitieren erheblich, wenn sich die Aufenthaltsqualität für Fußgängerinnen und Fußgänger verbessert. Deshalb wollen wir mehr Flächen für den Fußverkehr durch breitere Bürgersteige und attraktive

fußläufige Verbindungen schaffen. Die positiven Planungen zur Gestaltung der Umgebung von St. Kolumba soll auch auf andere Stadtgebiete übertragen werden.

Die Behinderungen im öffentlichen Straßenraum für Fußgängerinnen und Fußgänger sollen abgebaut werden. Dazu gehören insbesondere kürzere Umlaufzeiten an Ampeln und der grundsätzliche Abschied von der Anforderungsampel, es sei denn, die Zufußgehenden bekommen unmittelbar Grün. Die Querung von mehrspurigen Straßen soll in einer durchgängigen Grünphase möglich sein.

Der bereits beschlossene Modellversuch zur gleichrangigen Nutzung von Straßenflächen („Shared Space“) soll so bald wie möglich beginnen und weitere Straßen nach Maßgabe von BV-Beschlüssen entsprechend eingerichtet werden.

Wir wollen die Parks, Kinderspielplätze und Fußwege barrierefrei zugänglich machen, um mit Rollstühlen, Kinderwagen und Fahrrädern ohne Probleme passieren zu können.

Radverkehr

Wir wollen den Radverkehr in Köln fördern und ausbauen. Dazu sollen das Veloroutenprogramm fortentwickelt, die Lücken im Radwegenetz geschlossen und das Fahrradabstellanlagenprogramm verstärkt werden. Insbesondere ist endlich auch die Durchlässigkeit des Inneren Grüngürtels (Querung Aachener Straße) für den Radverkehr herzustellen.

Besonders an den ÖPNV-Verknüpfungspunkten, an Schulen, öffentlichen Gebäuden und Wohnanlagen sollen bedarfsgerecht neue Fahrradabstellanlagen gebaut werden. An den DB-Bahnhöfen sollen neue Radstationen entstehen, für die aktiv nach Trägern und Räumen gesucht wird. An den Endhaltestellen der KVB und an den S-Bahn-Stationen sollen abschließbare Fahrradgaragen bzw. -boxen angeboten werden.

Neue Radwege sollen auf der Straßenfläche als Rad- oder Schutzstreifen markiert werden, dies gilt auch für Hauptverkehrsachsen, wie z. B. die Riehler Straße. Das in den letzten Jahren beschlossene Fahrradwegsaniierungsprogramm soll weitergeführt werden, wobei das Ziel ist, auch hier nach Möglichkeit bauliche Radwege durch Rad- oder Schutzstreifen zu ersetzen und den gewonnenen Raum den Fußgängern zurückzugeben.

Weitere Einbahnstraßen im Stadtgebiet sollen für den Zweirichtungsradverkehr geöffnet und mehr Fahrradstraßen eingerichtet werden.

Autoverkehr

Der Autoverkehr soll im Stadtgebiet verträglicher gestaltet werden. Dazu gehört die Ausweisung von weiteren Tempo-30-Zonen und -straßen in Wohngebieten, die Verhinderung von LKW- und PKW-Durchgangsverkehren und der bereits beschlossene Umbau von Stauknotenpunkten, z. B. an den Kreuzungen Militärring/Luxemburger Straße und Militärring/Dürener Straße. Die bereits beschlossenen Entlastungs- und Umgehungsstraßen in Meschenich, Fühligen und Zündorf sollen zur Baureife gebracht werden. Auf den Hauptverkehrsstraßen in der Innenstadt soll maximal Tempo 50 gelten.

Das Programm zur Fahrbahnsanierung soll konsequent weitergeführt werden und das Baustellenmanagement verbessert werden.

Das Parkraummanagement in der Innenstadt und in den Ortszentren soll auch auf weitere Stadtteile zum Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner ausgedehnt werden mit dem Ziel, eine umfassende Bewirtschaftung der Dauer- und Kurzzeitparkplätze zu erreichen. Die Stellplätze im öffentlichen Straßenraum der City sollen verringert werden, um einerseits mehr Flächen für den Fußverkehr zu schaffen und andererseits unerwünschten Parksuchverkehr zu unterbinden. Das bestehende Parkleitsystem soll in ein gesamtstädtisches Verkehrsleitsystem auch in Zusammenarbeit mit dem Umland überführt werden, um Staus, Durchgangsverkehr und lange Schlangen vor den Parkhäusern zu vermeiden.

In Kooperation mit privaten Partnern sollen Quartiersgaragen in besonders von Parkdruck belasteten Stadtvierteln entstehen.

Es sollen Flächen für Carsharing-Plätze im öffentlichen Straßenland ausgewiesen werden, um die PKW-Dichte zu reduzieren und damit den Parkdruck zu vermindern. Außerdem soll das Konzept der Mobilpunkte, z. B. an den DB-Bahnhöfen, umgesetzt werden.

Wir wollen in den nächsten Jahren mindestens zwei Mittelalleen (Kempener Straße und Vorgebirgsstraße) entsiegeln und freistellen.

Der ruhende Verkehr soll verstärkt überwacht werden, um das Parken in zweiter Reihe, auf Radwegen und Bürgersteigen sowie auf Ladeflächen in enger Abstimmung mit der Polizei zu unterbinden.

Es sollen Maßnahmen gegen die Rücksichtslosigkeit und Aggression im Straßenverkehr eingeleitet werden, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Um die Einhaltung von Geschwindigkeitsbegrenzungen zu erleichtern, sollen Standorte für visuelle Tempo-Informationen für Autofahrer geprüft werden.

Das Programm zur Umwandlung von Lichtsignalanlagen in Kreisverkehre und gesicherte Überwege soll weitergeführt und ausgebaut werden. In diesem Rahmen soll auch der Schilderwald konsequent durchforstet und „abgeholzt“ werden.

Der im Rat beschlossene und zum Teil umgesetzte „Autofreie Tag“ soll angemessen weiterentwickelt werden.

Niehler Gürtel

Es werden neue Planungen in Auftrag gegeben mit dem Ziel, den Ehrenfeldgürtel bis zur Mülheimer Brücke fortzuführen. Diese Fortführung in Form des Ehrenfeldgürtels ist so zu planen, dass ein stadtverträglicher Raum entsteht, der Durchgangsverkehr begrenzt wird und die umliegenden Viertel vom Verkehr entlastet werden. Das derzeit bei der Bezirksregierung eingereichte Planfeststellungsverfahren zum Ausbau des Gürtels wird eingestellt.

Dazu ist – im Zusammenhang mit der notwendigen Betonsanierung der Hochbahn – zu prüfen, wo und wie die Hochbahn in ebenerdige Mittellage gebracht werden kann.

Für die Zeit bis zum Baubeginn sind Maßnahmen zur Attraktivierung und Nutzung der Flächen entlang der Hochbahn, wie von der BV Nippes beschlossen, umzusetzen.

Rheinuferstraße

Da die Nord-Süd-Bahn nicht vor 2014 die Rheinuferstraße queren wird, soll die gewonnene Zeit genutzt werden, um Maßnahmen zur Verkehrsreduzierung umzusetzen und auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen. Dazu gehören u. a.:

- Führung der Buslinie 106 zum Hauptbahnhof/Breslauer Platz
- Wasserbuslinie auf dem Rhein zur Verknüpfung der Stadtteile Porz, Rodenkirchen, Innenstadt, Deutz und Mülheim
- Instrumente zur Unterbindung des LKW-Durchgangsverkehrs

Parallel dazu werden Verhandlungen mit den Fördergebern aufgenommen mit dem Ziel, die geplante BÜSTRA-Anlage („Bahn überquert Straße“) zu verhindern und eine Querung analog Ubierring und Heinrich-Lübke-Ufer durchzusetzen. Die Option, die Stadtbahn unter der Rheinuferstraße zum Rheinufer zu führen, wird weiter geprüft und dann realisiert, wenn eine maximale Förderzusage verbindlich vorliegt.

Sollten diese Maßnahmen nicht die gewünschte Wirkung zeigen und die Verhandlungen mit den Fördergebern scheitern, vereinbaren SPD und GRÜNE, erneut über diesen Punkt zu verhandeln und nach einer Lösung zu suchen.

11. Umwelt/Grün/Abfallwirtschaft

Grünanlagen und Gärten

- Die Aufenthaltsqualität in Grünanlagen ist sukzessive zu steigern. Dazu gehört, dass die durch den Bürgerhaushalt begonnenen Maßnahmen fortgesetzt werden (u. a. Pflege von Wegenetzen und Grünanlagen, Aufstellen von Bänken und Papierkörben).
- Der Botanische Garten/Flora soll dauerhaft erhalten bleiben und für die Öffentlichkeit frei zugänglich sein. In einem Konzept sollen die verschiedenen Möglichkeiten einer inhaltlichen Ausrichtung (Erholungsnutzung und wissenschaftliche Funktion) des Gartens dargestellt werden.
- Der innere wie auch der äußere Grüngürtel sind grundsätzlich tabu für alle Bebauungen. Der innere Grüngürtel soll im Sinne des Masterplans vervollständigt werden.
- Es sollen vermehrt wohnortnahe Gartenanlagen und Grabeland geschaffen werden. Dabei sollen auch innovative Konzepte wie internationale Gärten, Gemeinschafts- und Nachbarschaftsgärten realisiert werden.

Baumschutz

- Die Baumschutzsatzung ist zu erhalten und konsequent anzuwenden.
- Alle Baumfehlstellen im öffentlichen Straßenraum sollen innerhalb der nächsten fünf Jahre durch neue Bäume bepflanzt werden.
- Die Kontrolle des Vollzugs von Festsetzungen in Bebauungsplänen (Erhalt oder Neupflanzung von Bäumen) wie auch von Ersatzpflanzungen nach Baumschutzsatzung muss ausgebaut werden, um möglichst effizient zu sein. Um mögliche Mehrkosten zu finanzieren, soll eine Erhöhung der entsprechenden Gebühren und Bußgelder geprüft werden.
- Zur Verbesserung des Stadtklimas ist der Baumbestand auszuweiten.

Naturschutz

- Planerische Eingriffe in Naturschutz- und ähnlich hochwertige Gebiete sind grundsätzlich zu vermeiden.
- Die Betreuung der Naturschutzgebiete soll verbessert und weiterentwickelt werden. Dazu soll die bestehende ehrenamtliche Betreuung durch die anerkannten Naturschutzverbände ausgebaut und qualifiziert unterstützt werden.
- Es ist anzustreben, weitere Flächen als Naturschutzgebiete oder Geschützte Landschaftsbestandteile unter Schutz zu stellen. Bereits ausgewiesene Flächen sind dauerhaft fachgerecht zu pflegen.
- Die Uferstrukturen des Rheins sollen im Rahmen des Rheinprogramms 2020 und der EG-Wasserrahmenrichtlinie durch konkrete Maßnahmen an geeigneten Uferabschnitten in Köln verbessert werden. Naturnahe Rheinufer im städtischen Raum tragen maßgeblich zur Aufwertung der Grünachse Rhein in Köln bei und erhöhen die Erholungsqualität. Das Rheinufer soll frei zugänglich sein.

Luftreinhaltung

- Im gesamten Stadtgebiet wird bis 2014 eine Reduzierung der Schadstoffbelastung mit NO_x um 25 Prozent (ausgehend von 2009) angestrebt. Maßnahmen hierzu müssen insbesondere im Bereich Verkehr ergriffen werden.
- Die Schadstoffbelastung der Luft ist trotz der Umweltzone bisher nicht wesentlich gesunken. Die Bezirksregierung wird aufgefordert, ihre Verantwortung für die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger in Köln wahrzunehmen und kurzfristig weitere Maßnahmen zur Verschärfung der Regelungen der Umweltzone – mit dem Ziel einer nachhaltigen Verbesserung der Luftqualität – umzusetzen, z. B. durch ein Einfahrverbot für Fahrzeuge mit roter Plakette und eine Einschränkung des Ausnahmekatalogs. An stark befahrenen Straßen sollen weitere Messstellen eingerichtet werden. Bei der geplanten Fortschreibung des Kölner Luftreinhalteplans müssen die dort

bereits genannten Maßnahmen (z. B. Landstromversorgung der am Rheinufer liegenden Schiffe) kurzfristig umgesetzt werden.

- Wo die Messwerte für Feinstaub und Stickoxide die zulässigen Grenzwerte überschreiten, setzen wir uns für wirkungsvolle Maßnahmen zur Reduzierung des motorisierten Verkehrs ein (z. B. LKW-Durchfahrverbot). Isolierte teure Maßnahmen an Einzelpunkten, wie eine verbesserte Ampel-Steuerung, lehnen wir ab, weil diese allein nicht zu einer nachhaltigen Verbesserung der Luftqualität beitragen.
- Zur Reduzierung von Feinstaubemissionen unterstützen wir die Nutzung alternativer Antriebsformen. Die Stadt Köln und ihre Beteiligungsgesellschaften nehmen in diesem Sinne eine Vorbildfunktion ein.

Lärm

Lärmreduzierung ist eine Schwerpunktaufgabe der kommende Ratsperiode. Nach Durchführung der Lärmaktionsplanung und Fortschreibung der Lärmkartierung werden die erforderlichen Ressourcen bereitgestellt, um zu einer signifikanten Lärminderung in dieser Ratsperiode zu kommen – vor allem in besonders mit Lärm belasteten Stadtteilen. Auf Geräuscharmheit (z. B. durch eingeschränkten Laubbläserinsatz) ist auch bei städtischen und stadteigenen Betrieben zu achten, sie haben eine Vorbildfunktion.

Gentechnikfreie Landwirtschaft

Bei der Verpachtung stadteigener landwirtschaftlicher Flächen werden der kommerzielle Anbau und die Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen in den Pachtverträgen ausgeschlossen. Bestehende Verträge sollen entsprechend angepasst werden. Gegenüber städtischen Beteiligungsgesellschaften wird darauf hingewirkt, analog zu verfahren.

Verbraucherschutz

- Das Beratungsangebot der Verbraucherzentrale wird gestärkt.
- Die amtliche Lebensmittelüberwachung wird insbesondere durch eine vermehrte Ausbildung der Stadt Köln in diesem Bereich gestärkt.
- Die in amtlichen Kontrollen festgestellte Qualität und Hygiene in Kölner Betrieben ist gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern transparent zu machen.

Beschaffung

- Der Einkauf und die Auftragsvergabe der Stadt Köln und der städtischen Gesellschaften muss sich neben sozialen auch an ökologischen Kriterien orientieren: Die Stadt Köln kauft jedes Jahr in großem Umfang Güter wie Papier, Büromöbel, Büromaterial, Reinigungsmittel, Lebensmittel, Computer, Drucker, Dienstwagen etc. ein. Mit Beschaffungsrichtlinien, die konkrete Umweltvorgaben für die einzelnen Produktgruppen verpflichtend machen, kann maßgeblich zum Umweltschutz beigetragen werden.

- In den Einrichtungen der Stadt Köln sollen saisonale Zutaten aus regionaler und ökologischer Produktion eingesetzt werden. Dies gilt insbesondere im Zuge der Ausweitung der Verpflegung an offenen Ganztagschulen und Kindertagesstätten. Die Verwendung von kennzeichnungspflichtigen gentechnisch veränderten Lebensmitteln wird in städtischen Einrichtungen ausgeschlossen. Diese Vorgaben sind auch den Verträgen mit Lieferanten sowie den Pächtern der Verpflegungsbetriebe zugrunde zu legen.

Sauberkeit/Abfall

- Wir wollen, dass Köln sauberer wird. Das geht nur mit der Unterstützung der Kölner Bürgerinnen und Bürger. Deshalb werden wir die Aufklärungsarbeit (z. B. in Kindergärten) verstärken, aber auch alle Möglichkeiten des Ordnungsrechts (z. B. bei Verschmutzung von Grünanlagen) nutzen.
- Wir streben eine Vervollständigung der Reinigung aus einer Hand (der AWB) an und werden die Versorgung mit geeigneten Abfallbehältern weiter ausbauen. Ergänzt werden diese Maßnahmen durch die Förderung bürgerschaftlichen Engagements, z. B. durch Patenschaften für Spielplätze, Baumscheiben und Grünflächen.
- Organisatorisch wird der Bereich Sauberkeit wieder vollständig bei der Koordinierungsstelle Abfallwirtschaft (Umweltdezernat) angesiedelt. Die Rationalisierungsspielräume, welche durch die Umsetzung des Konzeptes AWB 2018 entstehen, werden zur Steigerung von Qualität und Service bzw. zur Abfederung von Gebührensteigerungen verwandt. Wir streben eine maßvolle Gebührenentwicklung sowie Gebührengerechtigkeit an, denn das bedeutet eine angemessene Beteiligung aller Nutzer an den hohen Fixkosten des Entsorgungssystems.
- Bei der Müllentsorgung ist es unser Ziel, die Müllmenge weiter zu senken. Dazu werden wir für Abfallvermeidung werben und die Möglichkeiten zum Recycling ausbauen, z. B. durch weitere Erhöhung der Zahl der braunen und blauen Tonnen sowie der verstärkten Einbeziehung von Organisationen aus dem Zweiten Arbeitsmarkt zur Verwertung von Sperrmüll.

Umweltbildung

Um nachhaltige Verhaltensänderungen zu erreichen, ist es erforderlich, umweltgerechtes Verhalten durch Maßnahmen der Umweltbildung zu unterstützen und zu fördern.

12. Energie

Als Mitglied im „Klimabündnis der europäischen Städte“ hat sich Köln verpflichtet, die CO₂-Emissionen alle fünf Jahre um 10 Prozent zu senken. Um dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen, brauchen wir ein Bündel wirksamer Maßnahmen:

- Aufbauend auf der CO₂-Bilanz (wird zurzeit erstellt) und dem CO₂-Minderungskonzept soll in erster Linie der Energiebedarf gesenkt und dazu

ein Programm zur energetischen Sanierung des Kölner Altbaubestandes aufgelegt werden. Hierbei sind alle Akteure mit einzubeziehen und zu vernetzen.

- Für die städtischen Gebäude streben wir eine Senkung des Energieverbrauchs um 5 Prozent jährlich an. Dazu werden u. a. die städtischen Energieleitlinien weiter verschärft und die Gebäudewirtschaft personell und finanziell so ausgestattet, dass die energetische Sanierung städtischer Gebäude beschleunigt werden kann.
- In Bebauungsplänen und städtebaulichen Verträgen werden wir die Möglichkeiten zur Festlegung hoher energiebezogener Standards nutzen.
- Das Kölner Fernwärmenetz wird forciert ausgebaut (z. B. durch Anschluss des Clouth-Geländes, des ehemaligen KHD-Geländes in Deutz sowie der Neubaugebiete in der Südstadt/Bayenthal). Wo Fernwärme nicht möglich ist, sollen Nahwärmeinseln mit Kraft-Wärme-Kopplung (Blockheizkraftwerke) erschlossen werden.
- Bei den erneuerbaren Energien wollen wir das Ziel der Bundesregierung (30 Prozent der Stromerzeugung aus regenerativen Quellen bis 2020) deutlich übertreffen. Hier werden wir uns dafür einsetzen, dass vor allem die RheinEnergie ihre eingeleitete Neuausrichtung hin zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Quellen beschleunigt vorantreibt.
- Es soll geprüft werden, inwieweit auf Kölner Stadtgebiet sinnvoll ein für Windturbinen attraktives Gebiet als Konzentrationszone ausgewiesen werden kann.
- Die geeigneten städtischen Gebäude sollen mit Solaranlagen bestückt werden. Wir befürworten Projekte, wie „solare Bürgerkraftwerke“.
- Die bereits beschlossenen Projekte wie Ökoproofit und Energiesparberatung vor allem für finanziell schwache Bürger werden fortgeführt und ausgeweitet.

13. Bauen und Wohnen

Bereits 2005 haben SPD und GRÜNE das Thema „Wohnen in Köln“ mit einem umfassenden Ratsantrag wieder auf die Tagesordnung gebracht. Wir setzen uns nachdrücklich für die Versorgung der Kölner Bevölkerung mit einem ausreichenden Wohnungsangebot ein. Dabei sollen insbesondere die individuellen Bedarfe von unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen berücksichtigt werden. Alle Aktivitäten der Stadt und ihrer Gesellschaften, sowohl in der Steuerung der Wohnungspolitik als auch als Akteur auf dem Wohnungsmarkt, müssen dazu dienen, der Segregation entgegenzuwirken. Köln soll stärker als bisher eine Stadt für alle sein mit Stadtteilen, die dies widerspiegeln.

SPD und GRÜNE stehen für eine Stärkung der kommunalen Wohnungsunternehmen. Die GAG bleibt städtisch. Wir stehen ein für eine Weiterführung des bisherigen Kurses der GAG, d. h. für mehr preiswerten

Wohnraum, Bestandsmodernisierung und Verbesserung des Wohnumfeldes sowie des sozialen Engagements. Eine solide Finanzplanung ist hierfür Voraussetzung.

- SPD und GRÜNE unterstützen die konsequente Umsetzung des Wohnungsgesamtplanes 2003 und der ergänzenden Beschlüsse des Rates vom 15.12.2005.
- Es müssen mindestens 1.000 sozial geförderte Wohnungen pro Jahr geschaffen werden, davon ein hoher Anteil barrierefreier Wohnraum. Der Anteil öffentlich geförderten Wohnungsbaus auf allen städtischen Flächen soll mindestens 30 Prozent betragen. Die sozialen Gefüge der jeweiligen Stadtteile sollen dabei einbezogen werden, um einseitige Strukturen zu vermeiden. Die städtische Liegenschaftspolitik muss sich von der vorrangig fiskalischen Orientierung hin zu einer wohnungspolitischen verändern, die durch offensive Bereitstellung preislich rabattierter Grundstücke dem öffentlich geförderten Wohnungsbau in Köln neuen Schwung verleiht. Auch eine schwächere Rabattierung für preiswerten Wohnraum außerhalb der sozialen Förderung zu genau definierten Bedingungen soll geprüft werden.
- Bei neuen Wohngebieten muss auf die gleichzeitige Schaffung von Infrastruktur, u. a. in Form von sozialen und kulturellen Treffpunkten und Bildungsangeboten geachtet werden. Die Kosten für Sozialraummanagement und die Schaffung sozialer Infrastruktur durch die Wohnungsgesellschaften sollen durch das Land förderfähig werden.
- Ferner muss durch einen Mix von frei finanzierten und geförderten Wohnungen oder durch die Form der Belegung auf eine sozialverträgliche, mit dem Vermieter abgestimmte Durchmischung geachtet werden. Die Mischung öffentlich geförderten und frei finanzierten Wohnraums soll auch innerhalb eines Hauses möglich sein und umgesetzt werden.
- Öffentlich geförderter Wohnungsbau soll weiterhin hochwertig und ansprechend erfolgen. Er ist besser als bisher auf alle Kölner Stadtteile zu verteilen. Wirksame Maßnahmen mit der Wohnungswirtschaft gegen Segregation von Wohnquartieren, wie z. B. Eigentumsmaßnahmen, unterstützen wir.
- Für Bereiche mit verdichteter Hochhausbebauung, in denen bisher alle Bemühungen um Reduzierung der Probleme und Stabilisierung vergeblich waren, sind neue Konzepte zu entwickeln, die auch die Option von Entkernung, Teilabriss oder Abriss einzelner Bereiche enthalten können.
- Entwicklung eines attraktiven Wohnraumangebotes als Alternative zum freistehenden Einfamilienhaus im Umland, damit junge Familien in der Stadt bleiben. Mehr familiengerechte Wohnungen können durch staatliche Zuschüsse (Wohngelderhöhung) oder staatliche Förderung von Miethäusern für Familien mit zwei bis drei Kindern geschaffen werden. Wir brauchen besondere Anreize für zukunftsweisende Modelle bei der Ausweisung von neuem Geschosswohnungsbau und neuer Formen von Wohnungseigentum insbesondere für Familien mit Kindern.
- Förderung neuer Wohnformen und bedarfsgerechter Wohnungen mit flexiblen Grundrissen für verschiedene Lebensphasen und Lebensformen unter

Beteiligung der künftigen Bewohner, z. B. altersgemischtes Wohnen, Wohngemeinschaften, Wohnformen, die Arbeiten und Wohnen verbinden, studentisches Wohnen, autoarmes Wohnen, Wohnprojekte für schwule und lesbische Lebensformen.

- Durch gezielte Programme muss die Schaffung barrierefreien Wohnraums und Wohnraums für bestimmte besonders unterversorgte Zielgruppen, z. B. psychisch Kranke, vorangebracht werden.
- Einrichtung einer Koordinierungsstelle für öffentlich geförderten Wohnungsbau, sog. „One-stop-agency“, für beteiligte Stellen und (potenzielle) Investoren und Imagekampagnen.
- Um die Wohnungspolitik zu stärken und negativen Entwicklungen in Stadtteilen früh und wirkungsvoll zu begegnen, müssen alle beteiligten Ämter bei Wohnungsbelegungen und der Entwicklung von Wohngebieten eng zusammenarbeiten.
- Die Versorgung von Notfällen und Problemgruppen mit adäquatem, modernen Anforderungen entsprechendem Wohnraum muss verbessert und auf Dauer gesichert werden.
- Das begonnene Umbauprogramm der Sozialhäuser muss konsequent weitergeführt werden.
- Die Wohnform „Bauwagen“ wird als Modell für Einzelfälle geprüft.
- SPD und GRÜNE werden prüfen, ob durch ein kommunales Anreizsystem die Energiekosten bei den Unterkunftskosten der SGB II-Bezieher gesenkt werden können.
- Genossenschaftsgründungen werden begrüßt.
- Kleinteilige Grundstücksvergabe an Bauherrengemeinschaften, wie sie z. B. in Tübingen praktiziert wird, soll mit entsprechender Moderation eingeführt werden.

14. Jugend- und Schulpolitik

Jugend

KiWi

KIWI (aufsuchende Sozialarbeit für Eltern Neugeborener) ist ein erfolgreiches Modell, das flächendeckend zum Einsatz kommen sollte. Probleme des Datenschutzes müssen über eine Änderung der Landesgesetzgebung ausgeräumt werden. Das Projekt soll einer Auswertung (Evaluation) unterzogen werden.

Kinderarmut

Die Bekämpfung der Kinderarmut ist eine Querschnittsaufgabe. Der Fokus liegt auf Frühförderung und gesundheitlicher Erziehung. Die kommunalen Anstrengungen zur

Abfederung der Kinderarmut müssen intensiviert werden. Die Aufgabe muss auch sozialräumlich betrachtet werden.

Spielplätze

- Erhalt vorhandener Spielanlagen
- Einrichtung von Mehrgenerationenspielplätzen
- kein Bau ohne Beteiligung von Kinder und Jugendlichen
- Koordination aus einer Hand im Jugendamt

Partizipation

- aktive Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen bei ausgesuchten Projekten (z. B. Verkehrsprojekten) in den Bereichen Stadtplanung/-entwicklung
- Ausbau und Stärkung niedrigschwelliger Angebote
- Entwicklung von Konzepten zur Förderung innovativer Angebote in der Kinder- und Jugendpartizipation

Jugendarbeit

- Förderung offener Jugendarbeit, Weiterentwicklung nach Bedarfskriterien, Überprüfung der vorhandenen Strukturen nach der Ermittlung von Kennzahlen (Bestandsaufnahme, Evaluation)
- Ziel ist ein Entwicklungsplan für Jugendzentren

Kitas

- Förderung von Initiativen zur Einrichtung/zum Ausbau bilingualer Kitas
- bedarfsgerechte Öffnungszeiten auch in Ferien- und sog. Randzeiten
- Förderung einer größeren Selbstständigkeit von Kitas, Modell „Selbstständige Kitas“ (analog Schulmodell), Regelungen und Grenzen des KiBiz müssen überprüft werden
- Das Land muss endlich die Beitragsfreiheit für Kitas als Bildungseinrichtungen sicherstellen und kostenloses Mittagessen bei Kitas und Ganztagschulen ermöglichen

U-3-Betreuung

- bedarfsgerechter Ausbau (40 bis 50 Prozent Betreuungsquote)
- mehr Plätze für Kinder mit erhöhtem Förderbedarf
- Einsatz der Tagespflege als ergänzende Unterstützung, solange U-3-Plätze nicht bedarfsdeckend sind

Kulturelle Jugendarbeit

- Stärkung der kulturellen Jugendarbeit

Gender

- Stärkung der geschlechtsspezifischen Jugendarbeit
- Fortschreibung des Kinder- und Jugendplans mit einem eigenständigen Schwerpunkt Jungen- und Mädchenarbeit
- Benennung eines Verwaltungsmitarbeiters für Jungenarbeit (Aufgabenfeld definieren)
- Stärkung der interkulturellen Mädchenarbeit (z. B. Mädchentreff „Lobby“ in Mülheim), Ziel: Einrichtung weiterer Treffs
- Förderung von Projekten gegen Homophobie

Jugendkriminalität

- Fortführung des erfolgreichen Konzepts und Weiterentwicklung der Präventionsangebote („Kölner Weg“)
- Aufrechterhaltung von präventiven Angeboten (Mitternachtssport, Streetworker)
- Fortsetzung des Stufenkonzepts zu Amaro Kher

Sozialraumförderung

Die Sozialraumförderung muss zur Querschnittsaufgabe in der Verwaltung werden (Fortbildungskonzept).

Schule

Selbstentfaltung und Selbstverwirklichung, Selbstständigkeit und Verantwortung in gesellschaftlicher, ökonomischer und ökologischer Hinsicht sollten das Ziel aller schulischen Bildung sein. Um die Erreichung dieser Ziele zu ermöglichen, müssen innere und äußere Schulangelegenheiten im Blick auf Chancengleichheit und Organisation verbessert werden. Die Umsetzung von Chancengleichheit ist nur durch eine generelle quantitative und qualitative Stärkung des Ganztagsangebots und einen großzügigen Ausbau der individuellen Förderung möglich. Das Ziel der Stärkung gesellschaftlicher Verantwortung ist einerseits nur erreichbar in einem Konzept des langen gemeinsamen Lernens und Lebens aller an einem Ort und andererseits durch eine lebendige Vernetzung mit sozialen, ökonomischen und kulturellen Partnern und Partnerinnen im Umfeld.

Die Schule muss als Raum für den Erwerb von Selbstständigkeit und Verantwortung in organisatorischer Hinsicht diesem Ziel entsprechen und alle Möglichkeiten nutzen, ein eigenständiges Profil in pädagogischer, personeller und finanzieller Hinsicht zu entwickeln.

Auf der Ebene der definierten Sozialräume und der im Rahmen des Projektes „Selbstständige Schule“ gebildeten Unterregionen sollen die Anforderungsprofile sowie die Leistungs- und Förderangebote aller Kölner Schulen zur Erhöhung der Effizienz zusammengestellt und miteinander abgestimmt werden.

Wir verpflichten uns zu der Umsetzung des im Rat der Stadt Köln beschlossenen Gesamtkonzeptes „Strategische Planung der Regionalen Schullandschaft Köln“. Das bedeutet:

- Der Prozentsatz der Schülerinnen und Schüler, die ohne Abschluss die Schule verlassen, wird entscheidend gesenkt.
- Der Schulträger unterstützt die Schulen dabei, ihre Lern- und Unterrichtskonzepte auszutauschen und abzugleichen, damit gewährleistet werden kann, dass die methodischen Kompetenzen bei den Kölner Kindern und Jugendlichen vergleichbar gefördert werden.

Die Ergebnisse der mittelfristig in allen Kölner Schulen durchgeführten Qualitätsanalyse liefern hier wichtige Erkenntnisse und können im Sinne eines Wirksamkeitsdialogs herangezogen werden.

Um die bestmögliche individuelle Entwicklung der Schülerinnen und Schüler sicherzustellen und Bildungsbenachteiligungen abzubauen, halten wir langes gemeinsames Lernen für eine grundlegende Bedingung. Das soll folgendermaßen umgesetzt werden:

- in Abstimmung mit allen Beteiligten Bildungslandschaften ausbauen
- Gemeinschaftsschulen als „Schule für Alle“ stärken und die Einrichtung mindestens einer solchen Schule in jedem Stadtbezirk unterstützen
- weiterführende Schulen durch ein Anreizsystem für gemeinsamen Unterricht gewinnen
- die Lernmittelfreiheit für bedürftige Schülerinnen und Schüler erhalten
- die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund in allen Schulformen durch Ausbau der Mehrsprachigkeit, Ausbau des „Rucksackprojektes“, individuelle Sprachförderung und Integrationslehrerstellen fördern
- beteiligungsorientierte Lern- und Erfahrungsräume ab dem Grundschulalter stärken
- innovative Bildungskonzepte unterstützen

Die Abstimmung der Zuständigkeiten für Schulen, Jugend, Soziales, Gesundheit in der Stadt Köln muss verbessert werden. Die Leistungs- und Förderangebote der außerschulischen Bildungsträger müssen mit den Erwartungen und Anforderungen der Schulen koordiniert werden. Hier leistet das Bildungsportal einen unverzichtbaren Service.

Über das Regionale Bildungsbüro soll allen Kölner Schulen ein bedarfsgerechtes Unterstützungssystem zur Verfügung gestellt werden.

Wichtig ist für uns die Einbeziehung von Schule in das Sozialraumkonzept. Im Sozialraum sind Bildungsinhalte von Schule und Jugendhilfe durch kommunale Bildungsplanung zu verzahnen. Wir wollen:

- den Einsatz von Schulsozialarbeit an Schulen u. a. in sozialen Brennpunkten auf dem bisherigen Status quo erhalten und sichern
- die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit von Schule, Schulpsychologie und Familienberatung unterstützen
- das vorhandene Angebot der Ganztagsbetreuung in Schule und Jugendhilfe (OGTS) zu einem System zusammenführen (Hierzu sind Qualitätsstandards zu definieren. Zur Finanzierung sind die Mittel von Stadt und Land für die Hortgruppen zu verwenden.)
- das Angebot des gebundenen Ganztags durch Schaffung der baulichen und ausstattungsmäßigen Voraussetzungen ausweiten
- die Qualitätsstandards in den offenen Ganztagschulen steigern
- den Ganztags in der Sekundarstufe I bedarfsgerecht ausbauen und Qualitätsstandards festlegen (Bei der Schulraumplanung muss die beschlossene Schulbaurichtlinie zügig umgesetzt werden.)

Schulische Gremien müssen bei der Umsetzung einbezogen werden, dies gilt nicht nur bei Neubauten, sondern auch bei Sanierungen oder z. B. dem Ausbau von Schulbibliotheken.

Die Betreuung, Instandhaltung, Reinigung sowie die Energieeffizienz der Schulen müssen sowohl in organisatorischer, fachlicher als auch in ökologischer Hinsicht optimiert werden. Dazu dient auch die Fortführung des „KLASSE“-Projektes, das auf den Abfallbereich übertragen werden soll,

Das Sanierungskonzept „Schultoiletten“ muss zügig umgesetzt werden; damit verbunden ist die Verpflichtung der Schulen zur Erstellung eines Konzeptes zum Erhalt eines hygienischen Zustandes.

Ein Primarstufenticket und ein Juniorticket bis zum 25. Lebensjahr sind einzuführen.

Lernen ist ein lebenslanger Prozess. Mehr denn je ist die Bereitschaft zur Weiterqualifizierung ein entscheidender Schlüssel, um den beruflichen Herausforderungen besser gerecht zu werden. Daher wollen wir:

- die Schulen der zweiten Chance erhalten und womöglich optimieren, um die Möglichkeit eines späteren Schulabschlusses zu eröffnen
- die Volkshochschule Köln (VHS) weiterhin als Bildungsträger in der Angebotsstruktur verankern und unterstützen
- die Arbeit der Rheinischen Musikschule durch eine Verbesserung der räumlichen Bedingungen unterstützen und ihre dezentralen Strukturen erhalten

- durch Schaffung weiterer Ausbildungsplätze bei der Stadt und stadtnaher Unternehmen die Verantwortung der Kommune im Bereich Ausbildung verdeutlichen

Köln ist ein wichtiger Hochschulstandort. Wir fordern eine gemeinsame Initiative der städtischen Gesellschaften und der Baugenossenschaften für eine Verbesserung des studentischen Wohnens. Das Programm „Wohnen für Hilfe“ soll dabei auch von der Kommune unterstützt werden.

Die Förderung der politischen Bildung ist uns ein wichtiges Anliegen. Wir werden:

- die Einrichtung eines Jugendparlaments prüfen
- die Jugendforen unterstützen
- den Tag der Jugend ausbauen
- und die SV-Arbeit unterstützen

Bildungslandschaft Altstadt-Nord

SPD und GRÜNE wollen die „Bildungslandschaft Altstadt/Nord“ realisieren. Das Mensagebäude mit Bibliothek und Gemeinschaftsräumen soll auf einer Teilfläche des Grundstücks Vogteistraße/Gereonswall angrenzend an die Freizeitanlage Klingelpütz errichtet und der übrige Teil als Grünfläche aufgewertet werden. Eingriffe in den Klingelpützpark sind nicht vorgesehen.

Michaelischule

Das städtische Grundstück Vorgebirgswall 4–8 in der Neustadt-Süd soll für die Errichtung eines Schulgebäudes dem Verein „Integrative Waldorfpädagogik“, der die öffentlich geförderte Ersatzschule „Michaelischule“ betreibt, auf Basis eines Erbbaurechtsvertrages langfristig zur Verfügung gestellt werden. Zugleich wird der Wunsch des Vereins auf Erwerb des Grundstücks auf Basis des vom Gutachterausschuss festgestellten Grundstückspreises kurzfristig geprüft. Ziel ist es, den Schulbetrieb am neuen Standort mit Beginn des Schuljahres 2012/13 aufnehmen zu können.

15. Soziales

Unser sozialpolitisches Wirken ist von dem Ziel geleitet, den sozialen Zusammenhalt der Stadtgesellschaft zu stärken, Chancengleichheit aktiv zu betreiben, Teilhabe zu ermöglichen, und Selbsthilfe zu befördern. Verschiedene Generationen, Kulturen, Lebensentwürfe und Lebenslagen stehen dabei im Mittelpunkt unseres Handelns.

Sozialpolitik ist für uns explizite Fach- aber insbesondere Querschnittspolitik, um die Lebenswelten breiter Bevölkerungsschichten im Blick zu haben. Durch eine bürgernahe Stadtentwicklungs-, Wohnungsbau-, Beschäftigungs-, Sozial- und Quartiers-(Veedels-)politik verhindern wir eine Spaltung innerhalb der Stadtteile/Stadtbezirke, sorgen für soziale Balance und wollen bereits benachteiligte Quartiere wieder attraktiv für breite Bevölkerungsschichten machen.

Deshalb richten wir unser sozialpolitisches Handeln sowohl gesamtstädtisch als auch sozialräumlich aus. Bildungs-, Beratungs-, Betreuungs-, und Unterstützungsangebote werden stadtweit aber auch verstärkt sozialraumorientiert organisiert, in Inhalten abgestimmt und vernetzt gestaltet. Alle sozialen Dienstleister, ob kommunal oder freigemeinnützig, müssen die Grundsätze von Partizipation, Stärkung von Selbsthilfepotenzialen der Menschen und insbesondere auch der Unterstützung von bürgerschaftlichem Engagement befördern.

SPD und GRÜNE stehen für eine Sozialpolitik, die diese Entwicklungen konkret unterstützt, erprobt und optimiert. Im Einzelnen erreichen wir dies in den nächsten fünf Jahren durch die im Folgenden beschriebenen Maßnahmen und Instrumente.

Bürgerschaftliches Engagement und Beteiligung

- Bürgerengagement soll in allen Politikfeldern stärker verankert werden. Bürgerbeteiligung wird gestärkt durch weitgehende Umsetzung des Konzeptes der Verwaltung für mehr Partizipation. Das Angebot von verschiedenen Formen von Beteiligung, z. B. bei Planungen im öffentlichen Raum, in Bürgerversammlungen oder bei Workshops, soll ausgeweitet werden.
- Ehrenamtliche Arbeit muss als „Eigenmittel“ auch bei der städtischen Förderung berücksichtigt werden.
- Das Netzwerk „Bürgerschaftliches Engagement“ und die Infrastruktur der Beratungsagenturen müssen strukturell gesichert und intensiviert werden. Die Finanzierung soll leistungsorientiert erfolgen.
- Die Bürgerinnen und Bürger müssen stärker an der Haushaltsplanung (Bürgerhaushalt) beteiligt werden. Besonders in sozial schwächeren Stadtteilen und für Bürger und Bürgerinnen mit unzureichendem Zugang zu Kommunikationsmedien, wie z. B. Seniorinnen und Senioren, bedarf es größerer und gezielter Unterstützung. Akteure vor Ort sollen über Bürgerzentren, Interkulturellen Zentren, SeniorenNetzwerke eingebunden werden.

Bürgerzentren und -häuser

- Bürgerzentren, Bürgerhäuser, Stadtteil- und Nachbarschaftstreffs, Begegnungszentren etc. sollen verstärkt mit den anderen Angeboten des sozialen Miteinanders im Sozial-, Kultur- und Freizeitbereich und den Wohnungsgesellschaften kooperieren. Sie erhalten unsere Unterstützung, weil sie Kommunikation, Bildung und die Begegnung von Generationen und Kulturen erhalten, initiieren und fördern.
- Weitere Sanierungen der Bürgerhäuser und -zentren sind energetisch und zur Verbesserung der Barrierefreiheit durchzuführen.

Sozialraumarbeit und Gemeinwesenarbeit

- Wir unterstützen die Idee des Oberbürgermeisters, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern Masterpläne für benachteiligte Veedel zu entwickeln. Die Erfahrungen u. a. aus dem Programm „Mülheim 2020“ und aus den bestehenden Sozialräumen müssen entsprechend einfließen.

- In den bestehenden elf und in zukünftig zusätzlichen Sozialräumen soll koordinierte Arbeit geleistet werden. Die dort gewonnenen Erkenntnisse müssen in das weitere sozialpolitische Wirken einfließen.
- Die Erkenntnisse aus den Gemeinwesenprojekten sind in die konzeptionellen Entwicklungen weiterer sozialraumorientierter Arbeit einzubeziehen. Insgesamt streben wir eine noch stärker gemeinwesenorientierte Ausrichtung von sozialer Arbeit an – ob durch städtische oder durch frei gemeinnützige Akteure erbracht. Entsprechende Leistungsvereinbarungen im Sinne unserer Zielsetzung, Partizipation, Selbsthilfe und Bürgerengagement zu befördern, sollen zwischen der Stadt Köln und allen Anbietern geschlossen werden. Auch stadintern sind entsprechende Vereinbarungen zu treffen. Bei der Ausgestaltung der Vereinbarungen ist die LIGA der Wohlfahrtsverbände partnerschaftlich zu beteiligen.
- Die „Lokale Ökonomie“ muss ausgebaut werden. Insbesondere müssen die vorgeschlagenen Projekte des „Integrierten Handlungskonzeptes Mülheim 2020“ intensiv begleitet und unterstützt werden.

KölnPass

Mobilität und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben muss auch für die möglich sein, die wenig verdienen. Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist „der Kitt“, der eine Großstadt zusammenhält und einer sozialen Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen vorbeugt. Die Sicherung einer würdigen Existenz und die Hilfe zur Selbsthilfe müssen bedarfsgerecht erfolgen.

Mit der Wiedereinführung des KölnPasses zum 01.01.2007 haben wir vielen Kölnerinnen und Kölnern, die – obwohl sie arbeiten oder jahrelang gearbeitet haben – wenig Geld in der Haushaltskasse haben, die Möglichkeit gegeben, Ermäßigungen bei der KVB-Nutzung und in städtischen Einrichtungen zu erhalten.

Besonders in wirtschaftlich schwierigen Zeiten gilt es für diesen Personenkreis das Leistungsspektrum des Passes wie auch den Anbieterkreis auszuweiten.

Unser Ziel ist, den KölnPass weiter bekannt zu machen, ihn ständig attraktiver zu gestalten und mit weiteren Leistungen zu verknüpfen. Konkret heißt das:

- Der Berechtigtenkreises wird beibehalten.
- Zur Finanzierung soll u. a. ein Bildungsfonds initiiert werden, mit dessen Unterstützung sich neben der Stadt auch Sponsoren an der Finanzierung beteiligen können.
- Ausgehend von der Forderung nach Sozialtarifen für Energiekosten werden in Köln Schritte zur Senkung des Energieverbrauchs/der Energiekosten für KölnPass-Inhaberinnen und -Inhaber eingeleitet. Dabei sind auch Anreize zur Energiekostensenkung in der Tarifstruktur zu überprüfen

Armut

- regelmäßiger Armuts- und Reichtumsbericht mit dem Ziel, 2011 einen umfassenden Lebenslageberichts vorzulegen

- Schaffung von Aktionsplänen gegen Kinderarmut
- Schaffung eines Aktionsplan gegen die Folgen von Altersarmut

Hilfen in sozialen Notlagen

- Es soll ein Bildungsfonds – gespeist von Bürgern, Firmen und der Stadt – initiiert werden zur Unterstützung bedürftiger Schülerinnen und Schüler z. B. durch Schulbücher, weiteren Schulmaterialien oder auch die Beteiligung an Schulaustausch.
- Alle wesentlichen gesundheits- und sozialpolitisch vernetzten Angebote kommunaler und freier Träger des Hilfesystems für Drogenabhängige und Wohnungslose, hier insbesondere auch Notdienste, Obdachlosenhilfe, sollen gesichert werden.
- Zur Vermeidung von wiederholtem Wohnungsverlust ist ein Nachsorgeprogramm zu entwickeln.
- Mädchen und Frauen sind leider häufig Opfer von Gewalt und Missbrauch. Neben der Unterstützung präventiver und begleitender Maßnahmen werden wir uns auch weiterhin für den Erhalt und den Ausbau von entsprechenden Angeboten (Mädchenarbeit, Wohngruppen, Zufluchtsstätten etc.) einsetzen.

Seniorinnen und Senioren

- Wir unterstützen alle Wohnformen für Seniorinnen und Senioren, die trotz Pflegebedarf ein höchst mögliches Maß an Selbstständigkeit und Selbstbestimmung ermöglichen.
- Kurzfristig wollen wir mindestens drei weitere Projekte des „generationsübergreifenden Wohnens“ geplant und realisiert sehen.
- Betreute Wohngruppen als Alternative zur frühen Heimunterbringung werden wir ausbauen.
- Die Wohnquartiere sollen gerade mit Blick auf die Bedarfe der Seniorinnen und Senioren entwickelt werden (Vernetzungen fördern, Infrastruktur entwickeln, Angebot besonderer Wohnformen). Der Wohnraumwechsel von Großwohnung in Kleinwohnung soll gefördert und unterstützt werden. Dabei muss darauf geachtet werden, dass die Menschen nicht durch den Umzug in eine kleine Wohnung zu Transferleistungsempfängern werden.
- Es sollen weitere Mehr-Generationen-Plätze für die Begegnung der Generationen bei Sport und Freizeitgestaltung geschaffen werden.
- Die Seniorennetzwerke sollen weiter ausgebaut werden.
- Die SBK Köln müssen in Öffentlicher Hand bleiben. Sie sollen weiterhin ohne kommunale Zuschüsse wirtschaftlich erfolgreich arbeiten.
- Die Beteiligungsrechte der Seniorenvertretungen (kommunal und bezirklich) sollen ausgeweitet werden.

16. Einwanderung und Integration (Migration)

Die Einwanderung der letzten 50 Jahre hat auch unsere Stadt grundlegend verändert. Köln ist vielfältiger geworden. Hier leben Menschen mit unterschiedlichen Sprachen, Nationalitäten, Kulturen und Religionen. Diese Vielfalt ist keine Problemlage, sondern eine Stärke und Ressource unserer Stadt!

Zuwanderung und kulturelle Vielfalt bieten große Chancen für Innovation und Fortschritt im Bereich der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung Kölns. Gleichzeitig ist diese Vielfalt aber auch Herausforderung, denn sozialer Zusammenhalt, Sicherung von Chancengleichheit sowie ein gelungener Interessenausgleich sind nicht selbstverständlich.

SPD und GRÜNE wollen den breiten und offenen gesellschaftlichen Dialog zu den wichtigen Themen von Integration und Migration stärken.

Verwaltung

- Aufrechterhaltung der Trennung zwischen Ausländerbehörde und Interkulturellem Referat
- Weiterentwicklung des Integrationskonzeptes als Querschnittsaufgabe
- interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung sowohl bzgl. der Steigerung der Zahl von Beschäftigten mit Migrationshintergrund als auch im Bereich der Förderung der interkulturellen Kompetenzen durch Aus- und Fortbildung
- anknüpfend an die Erfolge der letzten drei Jahre weitere Verbesserung der Ausbildungsmöglichkeiten von Migrantinnen und Migranten in Stadtverwaltung und städtischen Gesellschaften und Gewinnung der Privatwirtschaft für diese Ziele
- Aufstockung von qualifiziertem Personal in der Ausländerbehörde mit dem Ziel der Reduzierung der Fallzahlen
- rechtlichen Spielraum für Bleiberecht und Arbeitserlaubnis im Sinne derjenigen, die hier schon lange leben, ausschöpfen

Aufenthalt

- trägerübergreifende Entwicklung eines Konzeptes zur individuellen aufenthaltsrechtlichen Absicherung geduldeter Personen außerhalb von Bleiberechts- und Altfallregelungen (Dabei könnte die Entwicklung von individuellen Integrations- und Hilfeplänen für alle betroffenen Flüchtlinge ein Ziel sein. Dies gilt auch für die seit Jahren in Köln lebenden Roma.)
- Prüfung, ob und wie wissenschaftliche Institutionen die lange Tradition Kölns bei der Integration von Flüchtlingen erforschen und auswerten können (Ziel ist es, zusätzliche Erkenntnisse für die zukünftige Integration von Flüchtlingen zu gewinnen.)

- verbesserte Möglichkeiten zur Erwerbsarbeit für Menschen innerhalb der Bleiberechtsregelungen (verstärkte Schaffung kommunaler Programme unter Nutzung anderer öffentlicher Zuschüsse, z. B. aus der EU)
- verstärkte Anstrengungen gegenüber Bund und Land, die derzeit gültigen Bleiberechtsregelungen zu verlängern mit dem Ziel, die aktuelle Stichtagsregelungen zu flexibilisieren und die Aufenthaltsdauer in den Vordergrund zu stellen
- Klärung eines gefestigten Aufenthalts in einem angemessenen Zeitraum unter besonderer Berücksichtigung von Integrationsleistungen (Die Sicherung des Lebensunterhaltes darf insbesondere aufgrund des vielfach unzureichenden Arbeitsmarktzugangs und der fehlenden Kindergeldberechtigung nicht zwingende Voraussetzung für ein Bleiberecht im Rahmen von Altfallregelungen sein.)
- Gewährung eines längerfristig gesicherten Aufenthalts zur Durchführung notwendiger medizinischer/therapeutischer Behandlungen für die Betroffenen und ihre Familienangehörigen mit der Perspektive eines dauerhaften Aufenthalts in Deutschland
- Sicherung der Arbeit der Beratungsstellen für Flüchtlinge

Unterbringung von Flüchtlingen

- stadtteilgerechte Weiterführung des erfolgreichen Unterbringungskonzepts mit seiner erfolgreichen Integration in die Stadtteilstrukturen
- Sicherung eines Angebots humaner Unterbringungsangebote für Neuankömmlinge
- bedarfsgerechte Wohnprojekten nur für Frauen und Kinder und für allein lebende Männer mit chronischen psychischen Erkrankungen
- Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen nur in Verbindung zu Jugendhilfemaßnahmen

Sprache, Ausbildung, Arbeit, Ehrenamt

- Sicherstellung des Zugangs zu sämtlichen Angeboten der Beratung und Förderung bei ARGE, Arbeitsagentur, Beschäftigungsträgern und sonstigen relevanten Akteuren (Hierbei ist eine stärkere Einbindung von Unternehmerinnen und Unternehmern mit und ohne Migrationshintergrund gewünscht.)
- weitgehende Zusicherung des Aufenthaltes für die gesamte Ausbildungszeit bei Personen mit unsicherem Aufenthalt
- Förderung von Mehrsprachigkeit in Kitas und Schulen (auch weiterführende Schulen)
- dauerhafte und bedarfsgerechte Absicherung der Internationalen Förderklassen an Berufskollegs
- flächendeckende Ausweitung der interkulturellen Elternbildung

- Verbesserung der Unterstützung des „Bürgerschaftlichen Engagements“ und der Partizipation der Migrantinnen und Migranten u. a. durch Fortsetzung des Projektes „EngagementBrücken“
- Förderung der Beratungsarbeit für Migrantinnen und Migranten im schwul-lesbischen Bereich

Antirassismus und Antidiskriminierung

SPD und GRÜNE wollen, dass die Arbeit für Antirassismus und Antidiskriminierung in Köln weitergeführt und weiterentwickelt wird. Daher wollen wir:

- Unterstützung und Einbeziehung des neu gegründeten „Kölner Forums gegen Rassismus und Diskriminierung“ als Fachgremium in kommunale Aktivitäten und Konzepte gegen Rassismus und Diskriminierung
- kontinuierliche Sicherstellung einer angemessenen Beratungsstruktur durch das „3-Säulen-Modell“ und weiterer Träger
- eine städtische Antidiskriminierungsrichtlinie zur Umsetzung des AGG
- Ausstattung der/des städtischen Antidiskriminierungsbeauftragten mit weitgehenden Befugnissen im Rahmen der kommunalrechtlichen Möglichkeiten

Verschiedenes

- konsequente Umsetzung des neuen „Integrationskonzeptes“ und Begleitung der Umsetzung durch den Integrationsrat und die Integrationskonferenzen
- interkulturelle Öffnung der Kultureinrichtungen in Köln als eine strategische Aufgabe (Derzeit ist die Schaffung der „Akademie der Künste der Welt“ dabei ein wesentlicher Baustein. Das Konzept der Akademie muss präzisiert und danach realisiert werden.)
- Prüfung der weiteren Stärkung der Kompetenzen des Integrationsrates
- Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Runden Tisches für Flüchtlingsfragen zu „Menschen ohne Papiere“, insbesondere hinsichtlich der Beratungsstrukturen und des „Armenbettes“
- Einsatz der Stadt für ein kommunales Wahlrecht für alle Ausländer und Ausländerinnen, die dauerhaft hier leben; eine Ausweitung des Rechtes auf doppelte Staatsbürgerschaft und einen jährlichen Abschiebestopp im Rahmen „Wintererlass“
- Anregung einer Prüfung, wie eine erforderliche Diagnostik und ausreichende Behandlungsplätze bei Vorliegen einer psychischen Erkrankung sichergestellt werden können
- Prüfung der Möglichkeit einer Unterstützung der „save-me-Kampagne“ („resettlement“)

- weiteres geeignetes Maßnahmenkonzept „Rückkehrberatung“ für Köln mit haushaltsneutraler Auswirkung
- Sicherung der Arbeit von „Amaro Kher“ vor allem in den Bereichen Grund- und Hauptschule sowie Berufsvorbereitung

Alle Religionsgemeinschaften müssen ihren Glauben öffentlich und in würdigem Rahmen ausüben können. Dazu gehört auch, dass in Köln weitere baulich attraktive Moscheen gebaut werden können, sofern die Träger unsere Verfassung achten und akzeptieren. In diesem Zusammenhang sollte auch in Köln der Islamunterricht an den Schulen installiert werden. Es ist zu prüfen, inwieweit die Universität zu Köln eine Lehrerausbildung für diesen Unterricht aufbauen kann. Der begonnene interreligiöse Dialog wird fortgesetzt.

Die interkulturellen Zentren sollen gestärkt werden. Sie müssen sich vermehrt mit den anderen Angeboten im Sozialraum vernetzen. Die Zentren sind verstärkt – wie die Bürgerzentren – als Orte individueller Beratung mit dem Ziel, die soziale Kompetenz zu stärken, zu betrachten. Hier sollten auch neue Themen, wie z. B. Gewalt gegen Frauen, durch Fortbildung und bessere Kenntnis des Beratungsnetzes aufgegriffen werden.

Prüfung, inwieweit die Zusammenarbeit zwischen interkulturellen Zentren und Frauenberatungsorganisationen im Sinne eines Netzwerkes gegen Gewalt an Migrantinnen befördert werden kann

Interkulturelle Öffnung der Sozialen Dienste, vor allem im Bereich der Pflege und bei der aktivierenden offenen Altenarbeit

17. Gesundheit

Gesundheit ist wichtige Voraussetzung für Teilhabe. Der Zugang zu medizinischer Versorgung und Hilfe sowie die Chance auf ein gesundes Leben darf nicht abhängig von Einkommen oder Sozialstatus sein.

Grundsätzlich sollen alle nachfolgend aufgeführten Themen in der Planung und Umsetzung an den jeweils gültigen Qualitätsanforderungen ausgerichtet werden. Inbegriffen ist darin auch der Grundsatz der Zielfestlegung und Evaluation von Maßnahmen und Vorhaben, um eine systematische Wirksamkeitsüberprüfung entwickeln zu können.

Kinder- und Jugendgesundheit

Wir verstehen darunter eine gesunde Entwicklung als dauerhaften Prozess von Anfang an. Dazu müssen erstens Auffälligkeiten früh erkannt und zweitens Hilfen sichergestellt werden. Dies umfasst dort, wo die Ursache der Störung nicht medizinisch, sondern sozial ist, auch Hilfen außerhalb des medizinisch-therapeutischen Versorgungssystems.

Eine nicht geringe Anzahl von Kindern weist schon sehr früh gesundheitliche Gefährdungen und Entwicklungsauffälligkeiten auf, denen präventiv zu begegnen ist:

- So sind Programme zur Erkennung und Verhütung gesundheitlicher Gefährdungen vor allem in den Kindertagesstätten – auch schon bei U-3-Kindern – auszubauen und ein entsprechendes Netzwerk der Kindertagesstätten untereinander zu gründen. Dazu gehören insbesondere gesunde Ernährung und Bewegung sowie psychische Gesundheit.
- Der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst sowie der jugendärztliche Dienst des Gesundheitsamtes ist in diesen Prozess mit einzubeziehen.
- Ein Schwerpunkt ist bei der Diagnostik und Behandlung von frühkindlichen Gesundheits- und Entwicklungsstörungen zu setzen. Dazu gehört auch der konsequente Aufbau der flächendeckenden Vierjährigenuntersuchung des Gesundheitsamtes sowie der bedarfsgerechte Ausbau der Angebote der Frühförderung.
- Angebote für Eltern mit unheilbar krank geborenen Kindern sowie Kindern mit schweren angeborenen Behinderungen sollen verstärkt werden.
- Die kinder- und jugendpsychiatrische Beratungsstelle ist weiterzuführen, ebenso die Clearingstelle für frühe Hilfen und die Krisenintervention für besonders belastete Familien.
- Beratung und Betreuung junger Eltern durch einen bedarfsgerechten Einsatz von Familienhebammen, Sozialarbeitern und Sozialarbeiterinnen sollen beibehalten werden.

Gesunde Ernährung

- Alle Angebote, die dazu dienen, dass sich Kinder und Jugendliche gesünder ernähren und ihr Bewusstsein für die Notwendigkeit gesunder Ernährung schärfen, unterstützen wir – seien es Kochkurse oder gesunde Verpflegung in Schulen und in allen Betreuungsangeboten für Kinder und Jugendliche.
- Ältere und alleinstehende Menschen sind zunehmend mangelernährt. Wir setzen uns dafür ein, dass die Angebote für kostengünstige Mahlzeiten (Mittagstische etc.), die es zu fördern gilt, ein besonderes Augenmerk auf die Bedarfe und auch die Bedürfnisse älterer Menschen haben. Besonderer Beachtung bedürfen hierbei Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund.

Kliniken

Die Kliniken der Stadt Köln mit den Standorten in Merheim und Holweide und die Kinderklinik stellen wichtige Eckpfeiler der Daseinsvorsorge in Köln dar. Darüber hinaus sind sie ein wichtiger Arbeitgeber.

Ziel muss es auch in Zukunft sein, dass die Kliniken nicht privatisiert werden, sondern im Besitz der Stadt Köln bleiben. Darüber sollen auch die Arbeitsplätze in den Kliniken mit der notwendigen Qualität gesichert werden.

Die Kliniken müssen für die Zukunft aufgestellt werden.

- Das bedeutet, dass aktiv Kooperationen mit anderen kommunalen Kliniken im Umfeld gesucht und umgesetzt werden. Dies gilt sowohl für den medizinischen als auch für den Verwaltungs- und Versorgungsbereich, z. B. Küche, Reinigung, Wäscherei etc. Dabei sind vorrangig die Kliniken in Porz, in Gummersbach, Leverkusen, die LVR-Kliniken in Köln und in Langenfeld sowie die Tagesklinik Alteburger Straße auf eine mögliche Zusammenarbeit hin zu prüfen.
- Das bedeutet außerdem die Überarbeitung der fachlichen Ausrichtungen, der organisatorischen Abläufe und der betriebswirtschaftlichen Konzepte.
- Dazu gehört eine konsequente Patientenorientierung die im Sinne der UN-Konvention auch Konzepte zur Behandlung von Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen umfasst.

Gemeindenahe psychiatrische Versorgung

- In Zusammenarbeit mit dem LVR und den freien Trägern in Köln ist die konzeptionelle Weiterentwicklung der sozialpsychiatrischen Zentren anzustreben. Dies bedeutet insbesondere, dass die Angebotsstruktur für bestimmte Zielgruppen verbessert werden muss (z. B. für junge psychiatrisch kranke Menschen, Kinder psychisch kranker Eltern sowie wohnungslose psychisch kranke Menschen).
- Das ambulant betreute Wohnen ist auszubauen für alle Zielgruppen, und besondere Betreuungsansätze für junge psychisch kranke Menschen, die noch bei ihren Eltern leben, sind weiterzuentwickeln und zu finanzieren.
- Für forensische Patienten und Patientinnen ist eine sachgerechte Nachsorgeleistung sicherzustellen. Die Einbettung der Forensik in die Gemeindepsychiatrie ist eine immerwährende Aufgabe.
- Wir regen ein Konzept an für einen „24-Stunden-Kriseninterventionsdienst“ für ambulant betreute psychisch und psychiatrisch kranke Menschen – ggf. in Zusammenarbeit mit Fachkliniken soll dieses erarbeitete Angebot modellhaft in einem überschaubaren Bezirk erprobt werden.
- Für psychisch kranke und suchtkranke Menschen sind Beschäftigungsmöglichkeiten weiter aufzubauen im Sinne eines ineinandergreifenden und individuellen Modulsystems.

Gesundheit für Migrantinnen und Migranten

- Das kommunale Gesundheitskonzept für Menschen mit Migrationshintergrund ist umzusetzen. Hier ist insbesondere beim Gesundheitszentrum für Migrantinnen und Migranten in Köln der Aufbau einer Koordinierungsstelle zu fördern. Die Einrichtung von interkulturellen Gesundheitsstützpunkten ist im Rahmen der Sozialraumentwicklung zu prüfen.
- Eine ausreichende gesundheitliche Versorgung für Menschen ohne Papiere – entsprechend dem vom Rat beschlossenen Konzept – ist in dieser Ratsperiode umzusetzen

- Weiterhin ist an der interkulturellen Öffnung des gesamten Gesundheitsversorgungssystems zu arbeiten. Gemeinsam mit Migrantinnen und Migranten sind neue Konzepte zu entwickeln

Frauen und Gesundheit

- Die Beratungsangebote für Frauen, insbesondere im psychosozialen Bereich, sollen bedarfsgerecht entwickelt werden.
- Die auf dem Frauengesundheitstag 2004 entwickelten Maßnahmen sind bedarfsgerecht weiter zu verfolgen.

Medizinische Versorgung für Wohnungslose und Nichtversicherte

- Die medizinische Versorgung von Wohnungslosen und Nichtversicherten durch den mobilen medizinischen Dienst des Gesundheitsamtes ist sicherzustellen.
- Angebote für psychisch kranke Wohnungslose sind bedarfsgerecht zu entwickeln.

Sexuelle Gesundheit

Wir treten ein für selbstbestimmte und eigenverantwortliche sexuelle und reproduktive Gesundheit, unabhängig von Alter, Bildungsstand und sozialem Status. Dafür ist Folgendes notwendig:

- Die Kostenübernahme von Verhütungsmitteln für KölnPass-Inhaberinnen und -Inhaber ist weiterzuentwickeln. Auf eine bundesweite Lösung ist zu drängen.
- Die Präventionsarbeit für sexuell übertragbare Krankheiten ist auszubauen, ebenso der Ausbau der HIV-Test-Beratung. Hier soll die Zusammenarbeit mit freien Trägern und dem Gesundheitsamt verbessert werden. Der Ausbau der sexualpädagogischen Arbeit, insbesondere mit männlichen Jugendlichen, und die Multiplikatorenarbeit ist zu prüfen.
- Die Arbeit der Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen wird gesichert.
- Die sexualpädagogische Betreuung von Jugendlichen ist sicherzustellen und möglichst auszubauen.

Drogen/Sucht

- Das Kölner Drogenhilfesystem soll prinzipiell erhalten und auf Wirksamkeit geprüft werden. Ein bedarfsgerechter Ausbau ist anzustreben. Ebenso eine Verstärkung der Präventionsarbeit. Insbesondere sind sozialraumbezogene Angebote zur Prävention von Abhängigkeiten von legalen und illegalen Drogen weiterzuentwickeln.
- Die Angebote für die Drogensubstitution mit Polamidon bzw. Methadon wollen wir erhalten und stützen – ggf. ist auch eine Ausweitung des Angebots notwendig.

- Die Diamorphinabgabe an schwerst Drogenabhängige gilt es – auch in Hinblick auf die geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen – im bisherigen Umfang zu erhalten. Die Zusammenführung beider Angebote von städtischer Seite in der integrierten Substitutionsambulanz hat sich bewährt und soll weitergeführt werden.
- Eine bedarfsgerechte Anpassung der 2009 stadtbezirksübergreifend eingerichteten, niederschweligen aufsuchenden Hilfe für schwerst alkoholranke Menschen ist weiter zu verfolgen.
- Die beiden Angebote der Beratung von co-abhängigen Angehörigen wie Eltern und Ehepartner sollen erhalten bleiben.
- Den Kölner Drogenhilfeverbund werden wir weiter stabilisieren und – wo nötig und wenn möglich – weiter ausbauen.
- Die zunehmende Spielsucht (auch Online-Spielsucht) gerade jüngerer Menschen stellt uns vor neue Aufgaben. Wir werden prüfen, ob die bestehenden Angebote ausreichend und passgenau sind.
- Die beiden Drogenkonsumräume wollen wir erhalten.

Hilfen in besonderen Lebenssituationen

- Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen mit Demenz und ihren oft völlig überlasteten Angehörigen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht wird. Dazu gehört, die Angebote von Tagespflege und Kurzzeitpflege zu sichern und wo nötig auszubauen, die Finanzierung durch die entsprechenden Träger sicherzustellen und insbesondere die Möglichkeiten der Hilfe für die Betroffenen transparent zu machen. Die Gründung von Wohngruppen für demente Menschen unterstützen wir ausdrücklich.
- Unsere sozial-psychiatrischen Zentren (SPZ), auf die Köln zu Recht stolz sein kann, werden wir stützen und erhalten und wo nötig und möglich ausbauen.
- Die in unserer Stadt in weiten Teilen beispielhafte Palliativmedizin und Hospizbewegung findet unsere volle Unterstützung. Wo nötig und möglich, werden wir die Ausweitung der Angebote insbesondere der ambulanten Hospizbewegung unterstützen und fördern. Aber auch die ambulante Betreuung schwerstkranker Menschen muss bedarfsgerecht ausgebaut werden.
- Die Überleitungspflege, d. h. die Organisation der Entlassung von pflegebedürftigen Menschen aus dem Krankenhaus in ihre häusliche Umgebung, ist zurzeit noch deutlich mangelbehaftet. Wir unterstützen im Rahmen unsere Einflussmöglichkeiten die Initiativen der an dem Prozess beteiligten Gruppen, die sich um eine Verbesserung der Situation bemühen.

HIV und AIDS

Wir sind solidarisch mit Menschen, die HIV-infiziert oder an AIDS erkrankt sind. Wir verurteilen jede Form von Diskriminierung und Ausgrenzung.

- Prävention ist trotz vorhandener Behandlungsmöglichkeiten das wichtigste Mittel zur Bekämpfung von HIV.
- Wir setzen uns für die Bestandserhaltung und wo nötig und möglich für den Ausbau von passgenauer Präventionsarbeit ein.

Koordinierung und Vernetzung der Gesundheitsförderung

- Die tragende Rolle der Stadt ist hier zu stärken. Weitergeführt werden soll das Modellprojekt „Gesunde Lebenswelten“, um zu einer flächendeckenden, qualitätsgesicherten Gesundheitsförderung von Kindern und Jugendlichen in Schule, Kindergarten und Freizeit zu kommen. Die gesundheitsfördernden Aktivitäten für Seniorinnen und Senioren sind, auch in Verbindung mit dem Seniorennetzwerken, weiterzuentwickeln. Dies gilt auch für das Thema Zahngesundheit.
- Die Stadt soll sich an Netzwerken zur betrieblichen Gesundheitsförderung stärker beteiligen. Insbesondere soll die Stadt im Sinne eines „Musterarbeitgebers“ eigene vernetzte Konzepte der Gesundheitsförderung unter besonderer Berücksichtigung der demografischen Entwicklung und der Diversity-Konzepte für die eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entwickeln und umsetzen. Sie soll entsprechenden Einfluss auf die städtischen und stadtnahen Unternehmen entwickeln, damit diese sich an solchen Konzepten beteiligen.
- Dabei sind die besonderen Belastungen an spezifischen Arbeitsplätzen, aber auch allgemeine Fitness, Bewegung und Ernährung sowie die psychische Gesundheit zu berücksichtigen.
- Die kommunale Gesundheitskonferenz soll gestärkt und aktiviert werden, sodass insbesondere die Verzahnung städtischer Angebote mit denen des Gesundheitsversorgungssystems weiterentwickelt werden kann und in diese Konzepte auch andere Träger des Gesundheitssystems, insbesondere die Krankenkassen, einbezogen werden.
- SPD und GRÜNE bestärken die Stadt Köln darin, Langzeituntersuchungen zur Gesundheitsschädlichkeit des Nachtfluges in Form einer epidemiologischen Fall-Kontroll-Langzeitstudie in Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden durchzuführen.

Selbsthilfe

Die Selbsthilfebewegung in Köln soll erhalten und weiter ausgebaut werden. Aktivitäten der Bevölkerung sollen durch Gesundheitstage und Öffentlichkeitsarbeit unterstützt werden. Das „Gesunde-Städte-Netzwerk“ soll auch für Köln stärker genutzt werden.

Wohnortnahe Gesundheitsversorgung

Eine angemessene wohnortnahe Versorgung mit Ärzten aller Fachrichtungen,, insbesondere mit Kinderärzten, ist anzustreben.

Einzelprojekte

Folgende Projekte sollen weitergeführt bzw. entfristet werden:

- „jusch“ – jung und schwanger
- Kinder- und jugendpsychiatrische Beratungsstelle
- Clearingstelle (frühe Hilfen und Krisenintervention für besonders belastete Familien in Zusammenhang mit Geburt und den ersten Lebensmonaten des Kindes)

18. Kultur

Die Zusammenarbeit von SPD und GRÜNEN im sog. Kernbündnis hat mit ihren Initiativen positive Bewegung in die Kölner Kulturpolitik gebracht. Beispielhaft seien genannt der Kulturentwicklungsplan (KEP), die Einführung des KölnTages bei den Museen, die Akademie der Künste der Welt und die deutliche Stärkung des Kulturetats. Ziel der neuen Vereinbarung ist es, diese erfolgreiche Zusammenarbeit für Köln und für die Kultur dieser Stadt fortzusetzen.

Der Reichtum und die Vielfalt an kulturellen Angeboten und Gütern bestimmen die Lebensqualität in unserer Stadt. Kunst und Kultur sind nicht Selbstzweck, sondern unverzichtbares Gut. Investitionen in Kultur sowie die Möglichkeiten und Chancen der Teilhabe an Kunst und Kultur sind deshalb auch Investitionen in die Zukunft und dienen dem Zusammenhalt der Kölner Stadtgesellschaft. Kunst und Kultur sind wichtige Wirtschafts- und Standortfaktoren.

SPD und GRÜNE treten ein für eine Kölner Kulturpolitik, die alle Formen der künstlerischen und kulturellen Kreativität unterstützt, von der Kulturwirtschaft bis zur freien Kunst, von den unternehmerisch tätigen Kreativen bis hin zu den in öffentlichen Institutionen arbeitenden Kulturschaffenden, von der Subkultur bis zu arrivierten Künstlern und Künstlerinnen. Wir setzen uns dafür ein, dass sich alle Kunstrichtungen und Kunststile in Köln entwickeln können und hier auf eine offene und innovationsfreudige Atmosphäre treffen. Wir treten dafür ein, die Rahmenbedingungen für Kultur in Köln zu verbessern, um Köln auch überregional und international als innovativen und kreativen Kunst- und Kulturstandort nach vorn zu bringen.

Mehr Landes-, Bundes- und EU-Mittel müssen für die Kultur in Köln eingeworben werden. Ebenso muss der Umgang mit Förderern, Stiftern und Mäzenen durch die Stadtverwaltung nachhaltig verbessert werden. SPD und GRÜNE haben die Verwaltung bereits am 13.11.2008 mit einem Konzept zum Umgang mit Stiftungen und Schenkungen beauftragt.

Unsere Stadt muss offen sein für Kulturschaffende, Künstler und kreative Menschen. SPD und GRÜNE treten dafür ein, dass:

- die kulturelle Infrastruktur auch in finanziell schwierigen Zeiten gesichert und möglichst ausgebaut wird

- städtische Kulturpolitik Kulturschaffenden Verlässlichkeit und Unterstützung bietet
- soziale und kulturelle Ausgrenzung durch Öffnung der kulturellen Angebote überwunden wird, wie z. B. durch kostenfreien oder reduzierten Eintritt, offene und kostenfreie Proben
- Kunst und Kultur in der ganzen Stadt zu Hause sind, auch durch dezentrale Angebote in den Stadtteilen

Soziale Verantwortung gegenüber Künstlerinnen und Künstlern bedeutet für uns neben einer sachgerechten Kulturförderung vor allem, die für die künstlerische Lebensführung wichtigen Netzwerke zu stärken, um damit die künstlerische Selbstständigkeit zu unterstützen

Die Kulturverwaltung soll kompetente Anlauf- und Servicestelle für Kulturschaffende und Kreative sein. Zu ihren Aufgaben soll zukünftig insbesondere auch gehören:

- die Vermittlung von Kontakten sowie Arbeits- und Ausstellungs- bzw. Aufführungsräumen
- die Unterstützung bei Netzwerkbildung und Vermarktung
- die Beratung im Rahmen von Existenzgründungen und Förderung (Hierzu sollen Interessierten in Zusammenarbeit mit dem BBK, dem Kunstverein, der Kunsthochschule für Medien, der Fachhochschule, der Hochschule für Musik und Tanz und den Universitäten Seminare und Infoveranstaltungen angeboten werden.)

Wir brauchen eine ressort- und dezernatsübergreifende Arbeit für die Kultur dieser Stadt. Dabei muss sichergestellt werden, dass die Kulturverwaltung in alle Fragen, die das kulturelle Leben in der Stadt betreffen, eingebunden ist, andere Verwaltungsbereiche einbindet und die Interessen der Kultur adäquat vertritt; das gilt besonders bei der Umnutzung kulturell genutzter Räume und Flächen, der Möglichkeit kultureller Zwischennutzungen freier städtischer Räume und Flächen sowie bei der Schaffung von Nischen für experimentelle, neue und progressive Kulturtrends.

Eine bessere Vernetzung der Kultureinrichtungen innerhalb der Stadt und über die Grenzen der Stadt hinaus sowie eine bessere Zusammenarbeit in der Region sind wichtige Aufgaben für die kommenden Jahre. Köln muss dem Anspruch an eine moderne Stadt gerecht werden, die in konstruktiver Kooperation mit anderen Kommunen und dem LVR die Qualität der Kulturangebote steigert und dabei gleichzeitig die Kosten für die Beteiligten reduziert. Wir setzen uns ein für eine verstärkte Zusammenarbeit der Institutionen, gemeinsame Projekte oder Produktionen bzw. deren Austausch und eine Unterstützung des Austauschs der freien Szene.

SPD und GRÜNE treten dafür ein, den Kulturentwicklungsplan (KEP) regelmäßig fortzuschreiben. Der Plan ist dort zu schärfen, wo er konzeptionelle Lücken aufweist (z. B. beim Tanz). Dort wo Köln besondere Stärken hat, sollen diese zukunftsorientiert weiterentwickelt und profiliert werden. Ein erstes Vorhaben könnte dabei die Ausarbeitung eines Konzeptes für Musik in Köln sein („Zukunft(s)Musik“),

da Köln hier über besondere Potenziale und Möglichkeiten verfügt. Ausgehend von dem bundesweit einzigartigen und von der Bundeskulturstiftung geförderten Netzwerk „Neue Musik“ und dem Projekt eines Zentrums für aktuelle Musik soll in einem transparenten Fortentwicklungsprozess unter gleichberechtigter Beteiligung aller Akteure ein wertvoller Diskurs initiiert werden, der alle Potenziale aufzeigt und gemeinsame Ziele definiert. Ein vergleichbarer Diskussions- und Entwicklungsprozess wird auch für die Bildende Kunst angestrebt.

SPD und GRÜNE treten dafür ein, dass die Querschnittsaufgaben des Kulturentwicklungsplans vorrangig bearbeitet werden. Dazu gehören:

- Kulturmarketing als Standortmarketing – Eine professionelle Darstellung der Stadt Köln als Kunst-, Kultur- und Medienmetropole ist überfällig. Wir setzen uns dafür ein, ein gutes Kulturmarketing in das Stadtmarketing einzubeziehen, damit die Qualität und Vielfalt des kulturellen Angebots in die Außendarstellung der Stadt aufgenommen wird und damit die Kulturschaffenden und Kulturinstitutionen der Stadt in ihren eigenen Anstrengungen besser unterstützt werden.
- Kulturelle Bildung – Wir wollen einen ungehinderten Zugang zu allen Formen von Kunst und Kultur von früher Kindheit an. Das Konzept „Kulturelle Bildung“ muss unter Beteiligung aller wichtigen Akteure in der Stadt erarbeitet werden. Es muss konkrete Handlungsempfehlungen enthalten, wie Kunst und Kultur für alle Menschen zugänglicher gemacht und wie Fähigkeiten im künstlerischen und kulturellen Spektrum besser ausgebildet und gefördert werden können. Der Umgang mit und die sinnvolle Nutzung der Medien bilden hierbei eine unverzichtbare Schlüsselkompetenz. Wir wollen ein stärkeres Augenmerk auf die professionelle Theaterarbeit für Kinder- und Jugendliche richten. Ausbau und Unterbringung der Rheinischen Musikschule haben für uns in diesem Zusammenhang eine große Bedeutung.
- Interkultur – Mit dem Ratsbeschluss zur Errichtung einer Akademie der Künste der Welt haben wir ein bundesweit sichtbares Signal gesetzt. Wir wollen dieses Projekt zeitnah realisieren. Dabei werden wir dafür eintreten, dass ein möglichst hoher Anteil der Mittel in die eigentliche Projektarbeit und in den wertvollen interkulturellen Diskurs fließen kann. Insbesondere die geplante Jugend-Akademie liegt uns sehr am Herzen. Interkultur ist für uns eine Quelle künstlerischer Inspiration. Interkulturelle Kunst und Kultur soll sich entwickeln zu einem integrierten Baustein des kulturellen Lebens und der kulturellen Angebote. Langfristig sollen keine eigenen Konzepte zur interkulturellen Förderung mehr notwendig sein. Köln hat bereits ein großes Spektrum an interkulturellen Kulturangeboten sowohl bei den Institutionen als auch bei der Freien Szene. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Migrantinnen und Migranten sowohl als Zielgruppe für die Kulturangebote als auch als Produzierende von Kunst und als Anbieter von Kultur besser erreicht werden. Deshalb fordern wir, dass sich die Interkulturalität zukünftig auch in Jurys und Auswahlkommissionen und im Personal der Kultureinrichtungen widerspiegelt. Wir halten eine Erhebung für wichtig, die Aufschluss gibt über spezielle Bedarfe und verbesserte Zugangsmöglichkeiten, aber auch über bereits vorhandene Angebote.

- Kultur- und Kreativwirtschaft – Der Kulturwirtschaftsbericht hat anschaulich aufgezeigt, dass Kultur- und Kreativwirtschaft/Creative Industries Motoren der städtischen Wirtschaft sind, deren Ansiedlung weiter gefördert werden muss. Die Handlungsempfehlungen des Kulturwirtschaftsberichtes müssen schrittweise umgesetzt werden. Wir unterstützen deshalb die Pläne für ein Kompetenznetzwerk Kreativwirtschaft.

Für alle Sparten gilt: SPD und GRÜNE treten ein für eine Weiterentwicklung der bestehenden Förderkonzepte auf Basis der gewonnenen Erfahrungen und für die Erarbeitung der noch fehlenden Förderkonzepte. Eine enge Zusammenarbeit mit den Fachleuten der einzelnen Sparten setzen wir dabei auch weiterhin voraus. Enge Kooperationen zwischen den städtischen Angeboten und der Freien Szene sind auszubauen.

Darstellende Kunst

- Wir stehen für eine Stärkung der Theaterszene in Köln. Dies ist derzeit vorstellbar über eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, z. B. über ein Haus für Theater, Musik und Tanz und im Rahmen von Kooperationen oder über eine Unterstützung durch das Kulturamt, Marketingstrukturen etc. Die Theaterförderung soll weiterhin über die Konzeptionsförderung erfolgen.
- Köln braucht eine Konzeption für den Tanz und einen Produktions- und Aufführungsort. Ein Tanzhaus soll so variabel konzipiert werden, dass es auch als Aufführungsstätte für andere Darbietungen freier Gruppen dienen kann. Perspektivisch soll sich ein Tanzhaus als eigenständige Spielstätte für den Tanz in Köln entwickeln.

Bildende Kunst

- Das Angebot an günstigen Atelier- und Ausstellungsräumen sowie der internationale Ausstellungsaustausch müssen deutlich verbessert werden.
- Die Entwicklung freier Kunsträume soll unterstützt werden.
- Wir möchten die Art Fair in Köln halten
- Für die Kölner Museen ist eine Zukunftsperspektive zu entwickeln, die die Einzigartigkeit jeder dieser Einrichtungen respektiert, die Arbeitsbedingungen optimiert und mehr eigenständiges Handeln ermöglicht. Nach Auswertung des Pilotprojektes Wallraff-Richartz-Museum/Fondation Corboud wird entschieden, wie die Kölner Museen zukunftsfähiger zu entwickeln sind. Die Museen müssen alle möglichen und zulässigen Kompetenzen und Freiräume erhalten. Keine Stadt in Deutschland hat eine vergleichbare Zahl überregional bedeutender kommunal getragener Museen. Gerade dies zeigt die Notwendigkeit, zukünftig stärker unterstützende Mittel von Land, Bund und EU sowie von öffentlichen und privaten Stiftungen einzufordern.
- Wir wollen, dass sich alle Kunstfelder, z. B. auch Fotografie, neue mediale Kunstrichtungen, Film, Design oder Baukultur, in Köln entwickeln können, weil sie auf eine offene Atmosphäre treffen, die alle Chancen bietet.

Musik

- Die Musikszene soll unterstützt werden durch Probe- und Aufführungsräume sowie Strukturhilfen, wie z. B. Netzwerkplattformen.
- Die Musikfabrik wollen wir langfristig in Köln halten ebenso wie entsprechend bedeutungsvolle Kölner Ensembles, die in Köln entstanden sind und inzwischen den Namen Kölns in alle Welt tragen.
- Das Gürzenich-Orchester soll Landesorchester werden.

Gedächtnis der Stadt

- Der Einsturz des Historischen Archivs bedeutet einen tiefen und bitteren Einschnitt für die Stadt. Es kommt nun darauf an, nach vorn zu blicken. Für die Zukunft des Historischen Archivs ist ein umfassendes Konzept zu erarbeiten und Unterstützung über Köln hinaus einzufordern, da es sich um ein Vorhaben von nationaler Bedeutung handelt. Der Wiederaufbau der Archivarbeit verdient besondere Priorität. Wir wollen die neuen Notwendigkeiten als Chance nutzen zum Aufbau eines modernen Bürgerarchivs, das die wichtige wissenschaftliche Arbeit verstärkt, auch nach außen öffnet und für Besucher und Interessierte erlebbar macht. Daneben gilt es selbstverständlich auch, die Digitalisierung der Bestände sowie die Sicherung und Restaurierung der beschädigten Archivalien voranzutreiben und die Bestände wieder zugänglich zu machen. Es ist insbesondere sicherzustellen, dass für die Interimsphase bis zur Wiedereröffnung des neuen Archivgebäudes eine angemessene Anzahl von Arbeitsplätzen für wissenschaftliche Recherchen zur Verfügung steht.
- Das NS-Dokumentationszentrum soll als eigenständige und unabhängige Institution erhalten bleiben. Der Innenhof des ELDE-Hauses soll als Gedenkstätte nutzbar werden. Das Zeitzeuginnenprogramm im NS-Dok werden wir weiterhin unterstützen.
- Wir setzen uns für den langfristigen Erhalt des Lernortes „Jawne“ ein.
- Die Architekturnachlässe müssen akquiriert, adäquat aufbereitet, archiviert und öffentlich zugänglich gemacht werden.

Kultur für alle

Kultur für alle ist eine berechnete Forderung einer offenen Stadtgesellschaft. Wir wollen Hemmschwellen abbauen, Ausgrenzungen darf es in Zukunft nicht mehr geben.

- Mit dem „FreiTag in den Museen“ (KölnTag) ist ein erster Schritt vollzogen, den Zugang zu den städtischen Museen zu erleichtern und den Museumsbesuch unabhängig von finanziellen und sozialen Voraussetzungen zu gestalten. Nach Auswertung der ersten Projektphase ist perspektivisch zu prüfen, inwieweit andere kulturelle Einrichtungen kostenlose Einblicke in ihre Arbeit und ihr Angebot ermöglichen können. Ideen, wie z. B. den „Philharmonie Lunch“ begrüßen wir sehr. Am freien Eintritt für alle Kinder und

Jugendliche in die ständigen Sammlungen der Kölner Museen an allen Tagen der Woche halten wir weiter fest. Darüber hinaus sind im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten Kooperationen in der Region zu prüfen (z. B. Rheinlandtag mit dem LVR).

- Die kulturellen Angebote sollen für die Menschen gut erreichbar und nutzbar sein. Dafür ist es notwendig, z. B. die Öffnungszeiten und das Angebot der Stadtteilbibliotheken an die Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer vor Ort anzupassen.
- Wir wollen eine Stärkung der Jugendkultur. Junge Menschen brauchen Räume für Kreativität, z. B. Probe- und Präsentationsräume. Auch der öffentliche Raum muss jungen Menschen offenstehen für ihren speziellen Ausdruck von Kunst, Kultur und Kreativität.

Städtische Kulturpolitik muss die Vernetzung von Kultur und Medien fördern. Wir begrüßen Konzepte wie das „luxet“ und nehmen es zum Anlass, ein Gesamtkonzept Medien zu fordern, mit dem Ziel besserer Vernetzung und Entwicklung bestehender Institutionen.

SPD und GRÜNE werden darauf achten, dass die Kultur bei der Umsetzung des Masterplans als wichtiger Teil der Stadtentwicklung gesehen wird. In Zukunft sollen Künstler und Künstlerinnen verstärkt in die Gestaltung von Plätzen und anderen öffentlichen Orten einbezogen werden. Wir wollen, dass die künstlerische Gestaltung von Bauvorhaben mit Begleitung des Kunst- und Gestaltungsbeirates mehr Beachtung findet.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass in Stadtentwicklungsvorhaben Räume für künstlerische Nutzungen eingeplant werden, z. B. Ateliers und Ausstellungsräume (Clouth-Gelände) oder Proberäume. Dabei sind neue Formen öffentlicher und privater Zusammenarbeit exemplarisch zu entwickeln.

Das Kulturquartier am Neumarkt muss zügig fertiggestellt werden. In einer Schwachstellenanalyse müssen die Ursachen für die Verspätung und die Kostensteigerungen herausgearbeitet und Konsequenzen für den zukünftigen Umgang mit vergleichbaren Großprojekten gezogen werden.

Das Opernquartier wird zu einem Ensemble geformt, das einen neuen Kulturmittelpunkt im Herzen der Stadt setzt. Ein verlässlicher Kostenplan und ein professionelles Zeit- und Kostenmanagement sind unabdingbare Voraussetzung. Wir werden darauf achten, dass eine im Hinblick auf die Haushaltslage größtmögliche Funktionalität entsteht.

Die Domumgebung muss dringend als zentraler Ort der Kulturstadt Köln, als Ort der Begegnung zwischen dem Weltkulturerbe Dom, dem Museum Ludwig, dem Römisch-Germanischen Museum und der Philharmonie neu gestaltet werden. Die bereits 2002 empfohlene Aufwertung von Dionysoshof und Baptisterium ist dringend erforderlich; die notwendigen Fördermittel sind sach- und fristgerecht einzuwerben.

Hinsichtlich des Projekts Archäologische Zone/Jüdisches Museum wird erwartet, dass die Stadt zügig den Ratsbeschluss vom 10.09.2009 umsetzt.

Der Neubau des Historischen Archivs am Eifelwall zusammen mit dem Rheinischen Bildarchiv und der Kunst- und Museumsbibliothek ist beschlossen und muss umgehend in Angriff genommen werden.

SPD und GRÜNE stimmen darin überein, dass die Rheinische Musikschule ein den zukünftigen Anforderungen angemessenes Domizil benötigt.

Für das Gebäude des Rautenstrauch-Joest-Museums am Ubierring sind kulturwirtschaftliche Nutzungen denkbar. Eine mögliche Nutzung des Gebäudes durch die Rheinische Musikschule zusammen mit anderen Nutzungen, z. B. „Luxet“, wird weiter geprüft, allerdings müssen sich solche Nutzungen finanziell selbst tragen. Sofern sich in absehbarer Zeit keine Nutzungen aus dem kulturwirtschaftlichen und Bildungsbereich als realisierungsfähig erweisen, werden SPD und GRÜNE auch eine Veräußerung prüfen, da das Gebäude für repräsentative, privatwirtschaftliche Nutzungen attraktiv ist.

19. Sport

Sport und Bewegung nehmen an Stellenwert in der städtischen Gesellschaft zu. Fast 60 Prozent der Kölnerinnen und Kölner treiben in ihrer Freizeit aktiv Sport. Der Sport ist die größte Bürgerbewegung Kölns und verbindet alle Generationen, sozialen Schichten und Nationalitäten. Allein 190.000 Bürgerinnen und Bürger sind Mitglied in einem der rund 800 Sportvereine Kölns. Eine noch größere Anzahl von Kölnerinnen und Kölnern treibt Sport außerhalb von Vereinen, vor allem beim Joggen, Walken, Radfahren oder Schwimmen.

Sportvereine übernehmen eine wichtige soziale Aufgabe in der Stadt. Sie führen Kinder und Jugendliche an Sport und Bewegung heran, sind Orte der Integration. Wir wollen den vereinsgebundenen und den vereinsungebundenen Breitensport erhalten, stärken und fördern.

Das Kölner Sportangebot muss der alternden, multikulturellen und zunehmend gesundheitsorientierten Gesellschaft gerecht werden. Deshalb muss das Thema „Sport“ stärker in die „integrierte Stadtentwicklungspolitik“ einbezogen werden. Hierzu gehört auch eine Einbeziehung in Bauplanungs-, Verkehrs-, Wohnungs-, Jugend-, Bildungs-, Sozial- und Gesundheitspolitik.

Wir wollen Kinder und Jugendliche an Sport und Bewegung heranführen:

- Das Projekt „Sicher Schwimmen“ für Grundschulkinder ist erfolgreich angelaufen und muss weitergeführt werden.
- Die Jugendbeihilfe sichert die Angebote für Kinder und Jugendliche in den Sportvereinen und ist zu erhalten.
- Kinder mit KölnPass sollen weiterhin städtische Zuschüsse zum Vereinsbeitrag erhalten (Programm „Kids in die Clubs“).

- Die Kooperation von Offenen Ganztagschulen und Sportvereinen muss weiter verbessert werden. Auftretende Zeit- und Nutzungskonflikte müssen frühzeitig aufgegriffen und entsprechende Hemmnisse abgebaut werden.
- Wir setzen uns für ein qualitativ hochwertiges Bewegungs- und Sportangebot in den Kitas und im Rahmen der OGTS ein. Wir werden die bereits laufenden Projekte in diesem Bereich aufeinander abstimmen. Das Projekt „Kindergarten-Mobil“ ist flächendeckend auf alle Kindergärten auszudehnen. Hier bieten sich neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Kitas und Sportvereinen an.

Wir wollen die Voraussetzungen für bewegungsaktive Freizeitbeschäftigung und individuellen Sport verbessern:

- Es sollen mindestens drei großflächige „Bewegungsräume“ mit modernen Trainingsgeräten und Bewegungsangeboten in Grünanlagen der Stadt, in denen mehrere Sportarten betrieben und in denen Serviceleistungen angeboten werden, eingerichtet werden.
- Es sollen außerdem Mehrgenerationenplätze, beleuchtete Laufstrecken, Flächen für Skater und Inline-Skater, Basketballanlagen in Wohnortnähe eingerichtet werden.
- Die Kultur von Straßenkicks, Streetbasketball oder auch das bewegungsintensive Spielen auf Spielplätzen und Plätzen muss weiterhin ermöglicht werden. SPD und GRÜNE begrüßen die Aktionen „Körbe für Köln“ und „Basketball um Mitternacht“. Sie setzen sich für Erhalt und Ausbau dieser und vergleichbarer Angebote ein.

Das Prinzip des Gender Mainstreaming soll im Sport durchgehend berücksichtigt werden.

SPD und GRÜNE unterstützen eine Ausweitung des Angebots an Sport und Bewegung für ältere Menschen. Wir wollen Sportvereine dazu animieren, ihre Seniorenangebote auszuweiten. SPD und GRÜNE unterstützen Seniorenprogramme und Sportkurse u. a. in Seniorenheimen. Vorhandene Aktivitäten und wissenschaftliche Begleitprogramme der Deutschen Sporthochschule sollen weiter ausgebaut werden.

Die Zahl der Menschen mit körperlicher und geistiger Behinderung nimmt zu. Dieser Personenkreis hat ein besonderes Recht darauf, dass ihm angemessene Sportmöglichkeiten geboten werden. Sportstätten sind barrierefrei zu gestalten.

Durch das Projekt „Sport in Metropolen“ ist in Köln-Mülheim eine Vernetzung der Vereine, Schulen und Aktiven gelungen. Das Projekt wird jetzt in Nippes fortgesetzt. Wir wollen das Programm auf weitere Stadtteile übertragen.

Ein bedarfsgerechtes Angebot wohnortnaher Sportanlagen ist auf Dauer zu sichern. Die notwendigen Mittel für Instandhaltung und Sanierung wollen wir bereitstellen, das Programm zum Bau von Kunstrasenplätzen fortsetzen.

Die Organisation der Kölner Sportstätten wird neu geordnet. Ziel ist neben einer Kostenersparnis und Effizienzsteigerung die bessere Ausnutzung der Anlagen durch den Breitensport.

Gemeinsames Ziel ist es, dass der städtische Zuschuss für das RheinEnergie-Stadion tendenziell sinkt. Aufgrund der Konkurrenz unter den großen Stadien und Hallen soll das Stadion weiterhin intensiv vermarktet werden.

Die breitensportliche Nutzung des Sportparks Müngersdorf wollen wir schützen. Kommerzielle Nutzungen der Vorwiesen werden ausgeschlossen. Bei kommerzieller Nutzung der Jahnwiesen sind die Beeinträchtigungen des Breitensports auf ein Minimum zu reduzieren und die Aspekte des Umweltschutzes besonders zu berücksichtigen.

Die KölnBäder GmbH hat in den letzten Jahren ein Sanierungs- und Attraktivierungsprogramm der Kölner Bäder auf den Weg gebracht, das in den nächsten Jahren mit Neubau/Generalsanierung des Eis- und Schwimmstadions, des Stadionbades und des Zollstockbades fortgesetzt wird. Auf der Basis einer Analyse des tatsächlichen Bedarfs und der Besucherzahlen bei Parallelbetrieb aller Bäder werden wir 2011 über die Perspektiven für jedes einzelne Bad entscheiden.

Der Stadtsportbund erfüllt als Dachorganisation der Kölner Vereine eine wichtige Funktion. Wir wollen seine Arbeit weiter unterstützen.

Sportvereine und traditionelle Sportereignisse kommen zunehmend durch Rückzug von Sponsoren in Finanznöte. Sportamt und Stadtsportbund können die Betroffenen in Organisations- und Strukturfragen kompetent beraten. Die Stadt kann aber fehlende Sponsorenmittel grundsätzlich nicht kompensieren.

Für Köln sind große Sport-Events wichtig und Image fördernd. Engagement an dieser Stelle darf aber nicht zulasten des Budgets von Kindern und Jugendlichen gehen.

Der Sport nimmt wichtige soziale Aufgaben wahr. SPD und GRÜNE unterstützen daher Initiativen der Sportverbände zur Verhinderung von jeglicher Gewalt im Sport, so auch das Aktionsbündnis „ROTE KARTE gegen sexualisierte Gewalt im Sport“.

20. Vielfalt

Menschen mit Behinderungen und Bewegungseinschränkungen

- Das Handlungskonzept für Behindertenpolitik der Stadt muss konsequent umgesetzt werden. Dies beinhaltet selbstverständlich auch einen Ausbau der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, z. B. in Verkehrsmitteln und an Haltestellen. Insbesondere fordern wir auch die Entwicklung eines Tourismuskonzeptes für Menschen mit Behinderungen und den deutlichen Ausbau von barrierefreiem Wohnraum.
- Das „Beschützte Wohnen/Service-Wohnen“ für Menschen mit Handicaps werden wir ausbauen.

- Bei sämtlichen kommunalen Planungen muss die Prüfung auf Aspekte der „Barrierefreiheit“ Standard werden, in Analogie zur „Umweltverträglichkeitsprüfung“.
- Gemeinsamer Unterricht an allen Schulformen und Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderungen soll deutlich ausgebaut werden.
- Behindertenvereine und Selbsthilfeinitiativen werden gesichert.
- Integrationsfirmen und Werkstätten für behinderte Menschen erhalten besondere Unterstützung durch Auftragsvergaben der Stadt. Höhere Durchlässigkeit von Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) zu Firmen auf dem Ersten Arbeitsmarkt muss erreicht werden.
- Wir wollen, dass gemeinsame Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung ausgebaut werden.
- Die Stadt AG Behindertenpolitik erhält mehr Beteiligungsrechte (u. a. in den Bezirksvertretungen).
- Stadt und ihre Unternehmen sollen sich zu Musterarbeitgebern für Menschen mit Behinderungen entwickeln und dies mit einer Kampagne begleiten.

Lesben, Schwule, Bi-Sexuelle und Transgender

Wir setzen uns konsequent ein für den Abbau jeglicher rechtlicher und tatsächlicher Diskriminierung schwuler, lesbischer, bi- und transsexueller Menschen im gesamten Stadtgebiet. Weil Gleichstellung und Gerechtigkeit unser durchgängiges Prinzip ist, stehen wir für die Implementierung des Diversity-Gedankens auf allen Ebenen der Stadtverwaltung und des zivilen und wirtschaftlichen Lebens unserer Stadt.

Wir unterstützen die Erstellung und die Umsetzung eines Diversity-Konzeptes für Köln unter Einbeziehung der städtischen Beteiligungsunternehmen.

Das Referat Lesben, Schwule, Transgender wird umgehend, gemäß Ratsbeschluss, eingerichtet und besetzt. Es soll in enger Kooperation mit der Stadt-Arbeitsgemeinschaft auch nach außen wirken und im städtischen Internetauftritt präsent sein.

Die Aufklärungsarbeit gegen Homophobie wollen wir fördern. Dazu sollen u. a. die Arbeit der Youth-Work-Stellen und die Aufklärungsarbeit an Schulen („SchLAU-Projekt“) für Schüler, Lehrer und Eltern zur Verbesserung der Gewaltprävention und Antidiskriminierungsarbeit gesichert werden. Das gilt insbesondere für die Schulen und Jugendarbeit außerhalb der Innenstadt. Zur Unterstützung der Aufklärungsarbeit von „SchLAuKöln“ und zur Sicherung von deren Wirkung soll weiterhin alle sechs Monate ein Qualitätszirkel unter Beteiligung der Stadt Köln stattfinden. Darüber hinaus wird ein genereller Aktionsplan gegen Homophobie für die Stadt Köln erstellt.

Wir wollen die Potenziale der Stadt, die der Community geboten werden, stärker für den nationalen und internationalen Tourismus nutzen. Ein Gay-City-Management soll dem Tourismus in dieser Sparte ein stark verbessertes Profil verschaffen.

Der Austausch mit den Kölner Partnerstädten und deren lesbischen und schwulen Organisationen wird fortgesetzt. Eine weitere Förderung durch die EU wird angestrebt.

Die Gay Games 2010 werden unterstützt.

Die lesbisch-schwulen Beratungszentren wollen wir stärken. Da in vielen Bereichen bereits Familienberatung im klassischen Sinn geleistet wird, wollen wir eine Anerkennung als klassische Familienberatungsstellen in lesbisch-schwuler Trägerschaft unterstützen.

Wir wollen die Präventions- und Integrationsarbeit mit Migrantengruppen weiter fördern.

Die Präventionsarbeit der freien Träger bei sexuell übertragbaren Krankheiten wollen wir stärken. Die vielen Selbsthilfegruppen in diesem Bereich werden auch zukünftig – insbesondere in der personalkommunikativen Präventionsarbeit – solidarisch unterstützt. Ordnungspolitische Maßnahmen sind kein geeignetes Mittel der AIDS-Prävention.

Bei Fortbildungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter insbesondere in der Altenpflege oder der Arbeit für Menschen mit Behinderung, ist die Schulung zum Thema „sexuelle Identität“ zu fördern. Städtische Einrichtungen sollen hier eine Vorbildfunktion erfüllen.

Die Organisationen der Lesben und Schwulen sind gekennzeichnet durch einen hohen Grad an ehrenamtlicher Arbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Die Arbeit im Bereich der Selbsthilfe wollen wir weiter unterstützen und stärken.

Wir unterstützen die Seniorenarbeit für Lesben, Schwule, Bi-Sexuelle und Transgender in Köln und setzen uns dafür ein, bestehende Strukturen zu stärken.

Alternative Wohnformen für Lesben, Schwule, Bi-Sexuelle und Transgender (z. B. Villa Anders) wollen wir weiter fördern. Mehr-Generationen-Projekte und Wohnformen, die speziell auf ältere Lesben und Schwule zugeschnitten sind, werden von uns unterstützt. Die Erfahrungen mit diesen Wohnprojekten sollen wissenschaftlich begleitet bzw. ausgewertet werden.

Die Wiedereinführung eines lesbisch/schwulen Begegnungszentrums auf ehrenamtlicher Basis wird begrüßt.

21. Stadtverwaltung

Bürgernahe Dienstleistungen

Die Stadtverwaltung soll als effiziente, bürgerfreundliche und bürgernahe Dienstleisterin weiterentwickelt werden.

Wir wollen, dass die Verwaltung mit allen Dienstleistungsbereichen für Bürgerinnen und Bürger auf kurzen Wegen und zu bürgerfreundlichen Öffnungszeiten erreichbar ist. Die Sozialraumorientierung ist auch hier ein wichtiges Instrument. Dazu werden

wir den Service in Anlaufstellen der Verwaltung so dezentral wie möglich vorhalten und zentrale Einheiten zur Nutzung von Synergieeffekten, für notwendige Hintergrundarbeiten und zur besseren Steuerung der Abläufe einsetzen. Bürgernahe Dienstleistungen und Beratung werden wir in allen neun Bezirken anbieten.

Als wichtiger Baustein des Bürgerservice der Zukunft sind mobile und sinnvolle interaktive Lösungen dem Aufbau einer überdimensionierten technischen Infrastruktur vorzuziehen.

Das Internet-Stadtportal stadt-koeln.de ist – auch als Basisinformation für das Callcenter und für Auskunftsmöglichkeiten in den Bezirken – kundenfreundlich und mit der entsprechenden Informationstiefe weiter barrierefrei auszubauen und als Plattform für einen mobilen und interaktiven Bürgerservice zu nutzen. Die mobilen Bürgerdienste sowie die Ansätze des E-Governments sollen ausgebaut werden. Auch das Ratsinformationssystem soll weiter ausgebaut werden. Sämtliche Medien der Stadtverwaltung sollen barrierefrei gestaltet werden, z. B. auch Flyer und Broschüren.

SPD und GRÜNE sind für eine dezentrale Budget- und Ressourcenverantwortung. Wir sind uns darüber einig, die notwendige Optimierung des Verwaltungshandelns auch durch Dezentralisierung der Ressourcen- und Ergebnisverantwortung anzustreben. Daraus folgt, dass die politische Steuerung in deutlich höherem Maße über Zielvereinbarungen und ein daran gekoppeltes Controlling erfolgt.

Die Anforderungen an eine moderne Verwaltung unterliegen ständigen Veränderungen. Die kontinuierliche Überprüfung der Aufgaben der Verwaltung im Hinblick auf Synergien, interne Kooperationen und Schnittstellen wird fortgesetzt.

Interkommunaler Erfahrungsaustausch und Know-how-Transfer, sowie kommunale und regionale Kooperationen werden als Mittel zur Verbesserung der städtischen Dienstleistungen ausdrücklich begrüßt.

Die Stadtverwaltung als gerechte und vorbildliche Arbeitgeberin

In der Stadtverwaltung wollen wir eine tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern erreichen. Der aktuelle Frauenförderplan ist zeitgerecht umzusetzen. Der zukünftige Frauenförderplan soll vorsehen, dass ein 50-prozentiger Frauenanteil in den Führungspositionen des mittleren, gehobenen und höheren Dienstes erreicht wird. Der Frauenförderplan muss integraler Bestandteil des Umgestaltungsprozesses sein, damit sich die Stadtverwaltung selbst den Kriterien des Gender Mainstreaming anpasst.

Gender Mainstreaming wird ein Leitprinzip in der Verwaltung und ist als Querschnittsaufgabe umfassend zu implementieren. Dazu müssen konkrete Konzepte zur Einführung des Gender Mainstreaming in den einzelnen Dezernaten entwickelt werden, wobei Zielvorgaben und Prozessverlauf als zentrale Themen Berücksichtigung finden müssen. Der begonnene Prozess muss optimiert und schrittweise auf alle Verwaltungsbereiche ausgedehnt werden.

Vielfalt ist eine der Stärken der Stadtverwaltung. Die Stadtverwaltung soll eine Musterarbeitgeberin für alle sein, auch für Migrantinnen und Migranten, Menschen

mit Behinderungen, Lesben, Schwule, Bi-Sexuelle und Transgender sowie für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Die Wertschätzung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unabhängig davon, welcher Nationalität, Religion, sexueller Identität oder gesellschaftlicher Gruppe sie angehören, und der zielgerichtete Umgang mit dieser Heterogenität sind gleichermaßen zum Nutzen des Unternehmens und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu kultivieren. Mit der Unterzeichnung der Charta der Vielfalt hat sich die Stadt Köln zu einer Diversity-Politik verpflichtet. In diesem Sinne werden wir beantragen, dass die Stadtverwaltung innerhalb von 18 Monaten ein Konzept für Diversity-Politik in Köln erarbeitet, deren integraler Bestandteil ein Diversity-Management-Konzept für die Stadtverwaltung ist. Eine Stadtverwaltung soll ein Spiegelbild der Stadtgesellschaft sein. Wir wollen, dass sich die Vielfalt der Kölnerinnen und Kölner auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung zeigt. Deshalb fördern wir die verstärkte interkulturelle Öffnung der Verwaltung sowohl nach innen, als auch nach außen durch die Stärkung der interkulturellen Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die städtischen Beteiligungsgesellschaften sollen sich an Diversity ebenfalls beteiligen.

Familiengerechtes Arbeiten soll ein stärkeres Gewicht erhalten. Unterstützende Infrastruktur und Angebote wie Betriebskindergärten oder Beratungs- und Vermittlungsleistungen für pflegebedürftige Angehörige liegen auch im Interesse der Arbeitgeberin Stadt Köln. Gleiches gilt für die Beteiligungsunternehmen.

Die Anlaufstelle in Fragen des Antidiskriminierungsgesetzes (AGG) soll zukünftig in der Stadtspitze angebunden werden.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind das wichtigste Kapital der Stadtverwaltung. Die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wollen wir weiter ausbauen

Beförderungen und Neueinstellungen sollen nach transparenten Kriterien wie Eignung und Qualität erfolgen. Bei Führungskräften sollen freie Stellen auch wieder mit externen Bewerberinnen und Bewerbern besetzt werden, sofern geeignete interne Bewerberinnen und Bewerber nicht zur Verfügung stehen. Über Stellenbesetzungsverfahren soll dem Ausschuss hinsichtlich der Kriterien regelmäßig Bericht erstattet werden. Die Stellenbewertungen sollen unter Beteiligung der betroffenen Dezernate erfolgen.

Der demographische Wandel hat auch Auswirkungen auf die Beschäftigungsstruktur der Stadtverwaltung. Dieser Herausforderung muss mit entsprechenden Maßnahmen der Gesundheitsprävention sowie der Personalentwicklung und -gewinnung begegnet werden. Hierzu ist eine umfassende Konzeption zu entwickeln. Als Grundlage soll die Verwaltung den politischen Gremien darlegen, welche Maßnahmen sie in diesem Bereich bereits durchführt und welche weiteren konkreten Schritte geplant sind.

Die Stadt Köln bietet auch weiterhin im Rahmen der geltenden Beschlusslage des Rates Ausbildungsplätze an – dies auch über den eigenen Bedarf hinaus, insbesondere, wenn im Jahr 2013 zwei Abiturjahrgänge durch G8 auf den

Ausbildungsmarkt drängen. Darüber hinaus verstärkt die Stadt ihr Angebot an Volontariats-, Praktikums- und Traineeplätzen und trägt damit auch einer veränderten Hochschullandschaft Rechnung.

22. Sicherheit und Ordnung, Bürgerbeteiligung, Vergaben, Internationales

Köln soll eine lebenswerte und sichere Stadt bleiben. Die Bürgerinnen und Bürger müssen Straßen, Plätze und auch die öffentlichen Verkehrsmittel als sichere Räume empfinden. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass viele Probleme nachhaltig gelöst werden können, wenn der Grundsatz „Prävention und Hilfe vor Repression“ gilt. Mit diesem Ziel werden wir Konzepte zur Verbesserung sowohl der objektiven Sicherheit als auch des subjektiven Sicherheitsgefühls weiterentwickeln. Dazu gehört neben der ausreichenden Beleuchtung städtischer Anlagen auch ein gepflegtes Stadtbild.

Die vorhandenen Ordnungspartnerschaften zwischen Justizbehörden Ordnungsbehörden, Jugendamt, Arbeitsamt, Sozialamt, Wohnungsamt, Baubehörden, Bundesgrenzschutz, KVB, Taxiunternehmen, Wohnungsgesellschaften, Kirchengemeinden, Schulen, Kindergärten und Einzelhandel wollen wir stärken. Darüber hinaus sollen im Rahmen einer integrierten kommunalen Sicherheitspolitik alle Akteure aus den Bereichen Prävention, Hilfe und Sanktion vernetzt miteinander arbeiten, um Sicherheit in der ganzen Stadt zu erreichen. Die Arbeit der Stadtteilkonferenzen zur Sicherheit in den Bezirken ist konsequenter durchzuführen. Vereine und Initiativen von betroffenen Bürgerinnen und Bürgern sind mit einzubeziehen. Zielsetzung und eine regelmäßige Qualitätskontrolle durch eine übergeordnete Stelle sind zu überprüfen.

Die frühere Polizeikampagne „Hinsehen, handeln, Hilfe holen“ soll – auch mit kommunaler Unterstützung – reaktiviert werden. Ergänzungen sind notwendig, wie z. B. „Gewaltfrei in der KVB“.

Aufgrund häufiger Beschwerden der Anwohner über nächtlichen Lärm in den Kneipenvierteln, wollen wir die Präsenz des Ordnungsdienstes mit der Polizei an Wochenenden verstärken, damit diese mäßigend auf die Feiernden einwirken können. Das gilt auch für den respektvollen Umgang mit den städtischen Grünanlagen. Gegebenenfalls werden – wie am Brüsseler Platz – weitere Mediationsverfahren durchgeführt, um Nutzungskonflikte zu vermindern. Auch für die Karnevalstage sollen abgestimmte Lösungen mit den Beteiligten gefunden werden, um Alkoholexzesse, Gewalt und Vermüllung zumindest deutlich zu vermindern. Fachausschuss und Verwaltung sollen mit betroffenen Kommunen erfolgreiche Konzeptionen austauschen.

Wir unterstützen Streitschlichtungsprojekte und Netzwerke gegen Gewalt an den Schulen. Zur Erhöhung der Sicherheit in den öffentlichen Verkehrsmitteln wollen wir mehr Fahrgastbetreuer oder Schaffner einsetzen.

Die Kontrollen durch den Ordnungsdienst sollen intensiviert werden. Wir wollen darüber hinaus darauf hinwirken, dass sich Betriebe (z. B. aus dem Bereich Fast-Food, Kioske etc.) an der Stadtreinigung beteiligen.

SPD und GRÜNE wollen die Zahl von barrierefreien Toiletten an Erholungsschwerpunkten, in der Innenstadt und in den bezirklichen Stadtteilzentren und an den Knotenpunkten in den Stadtvierteln erhöhen.

Wohnungslose, Alkohol- und Drogenabhängige sind im Stadtbild präsent. Hier hat sich der Einsatz von Streetworkern bewährt. Dies wollen wir beibehalten.

Das Konzept zur Vergabe der zentralen Innenstadtplätze hat sich bewährt. Es stellt einen ausgewogenen Kompromiss zwischen den Interessen der Anwohnerinnen und Anwohnern der betroffenen Plätze und der Veranstalter dar. Die Vergabe der zentralen Innenstadtplätze für Veranstaltungen soll auch weiterhin nach festgelegten Qualitätskriterien erfolgen. Das Konzept soll regelmäßig evaluiert, fortgeschrieben und fortgeführt werden, auch um den Wert der Plätze als Freiraum zu steigern.

SPD und GRÜNE regen an, in enger Abstimmung mit dem Stadtbezirk Innenstadt die Floh- und Büchermärkte am Rheinufer vor der Altstadt in den Bereich des Tiefkais zwischen Hohenzollernbrücke und Zoo zu verlegen. Die Uferpromenade vor der Altstadt ist zu eng, um vor allem am Wochenende die Ausflugsgäste oder sonstigen Nutzerinnen und Nutzer, die zu Fuß oder mit dem Fahrrad unterwegs sind, noch zusätzlich mit Marktveranstaltungen zu belasten.

Zur Fußball-WM 2006 wurden aufgrund des hohen nationalen und internationalen Fanaufkommens öffentliche Plätze und öffentliche Gelder für Public Viewing zur Verfügung gestellt. Bei der folgenden Fußball-EM im Jahr 2008 hat sich gezeigt, dass private Veranstalter und die Gastronomie den Bedarf an Public Viewing gut bewältigen können. Diese Verfahrensweise ist auch für die kommenden sportlichen Großveranstaltungen angemessen.

Der Nichtraucherschutz ist durch die Gesetzeslage des Landes NRW nur völlig unzureichend gewährleistet. Der Zustand ist mehr als unbefriedigend und muss durch das Land dringend verbessert werden. Das Ordnungsamt wird bei der Durchsetzung der geltenden Bestimmungen ausdrücklich unterstützt, um ein Mindestmaß an Nichtraucherschutz zu gewährleisten.

Die Reinigungsfrequenz wollen wir an bestimmten kritischen Schwerpunkten, wie in touristisch stark frequentierten Gebieten oder in den Kneipenvierteln in den Abendstunden und an Wochenenden erhöhen. Die Vermeidung von Hundekot soll durch das Aufstellen von entsprechenden Tütenspendern in Kombination mit entsprechenden Abfallbehältern weiter unterstützt werden. Zur Verminderung von Taubenpopulationen sollen in anderen Städten erfolgreich durchgeführte Maßnahmen auch in Köln zum Einsatz kommen. Daran sollen Tierschutzgruppen beteiligt werden. Das Fütterungsverbot soll verstärkt kontrolliert und Verstöße dagegen geahndet werden.

Initiativen zur Beseitigung von Farbsprühereien werden von der Stadt Köln angemessen unterstützt.

Bürgerbeteiligung und Bezirke stärken

SPD und GRÜNE wollen die Rechte der Bezirksvertretungen, auch bei der Finanzverantwortung, stärken (siehe Kapitel „Nachhaltige und gerechte Haushaltspolitik“).

Wir wollen Bürgerinnen und Bürger aktiver in kommunalpolitische Entscheidungsprozesse einbeziehen. Dazu sind geeignete Instrumente zu entwickeln (siehe Kapitel „Nachhaltige und gerechte Haushaltspolitik“).

Bestehende Ansätze, wie z. B. der Bürgerhaushalt, sollen weitergeführt und ausgebaut werden (siehe Kapitel „Nachhaltige und gerechte Haushaltspolitik“).

Bestehende öffentliche Veranstaltungsräume, wie z. B. Bürgerzentren, Vereinslokale und Gemeindesäle, sollen stadtweit erfasst. Außerdem soll ein Entwicklungskonzept – einschließlich Prioritätenliste für die Schaffung weiterer Bürgerbegegnungsstätten – unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger erarbeitet werden.

Satzungen und Gebühren

Beim Erlass von Satzungen und Gebührenordnungen der Stadt wollen wir verstärkt soziale Aspekte (z. B. bei den Gebühren der Stadtbibliothek) berücksichtigen.

Die Parkgebühren der städtischen Parkplätze im öffentlichen Straßenraum in der Innenstadt sollen weiterhin deutlich über denen der städtischen Parkhäuser liegen, um das Aufsuchen der Parkhäuser attraktiver zu machen und unnötigem Parksuchverkehr entgegenzuwirken. Eine wirkungsvolle Kontrolle der Falschparkenden, die insbesondere auf Rettungswegen, Fahrrad- und Gehwegen oder auf öffentlichen Plätzen parken, durch das Ordnungsamt ist erforderlich.

Im Rahmen der regelmäßigen Verhandlungen über die Tarife für die Taxiunternehmen auf dem Kölner Stadtgebiet soll weiterhin darauf hingewirkt werden, dass die Unternehmen die vereinbarten Qualitätsvereinbarungen erfüllen.

Vergaben

Auf der Grundlage der inzwischen erfolgten GWB-Novellierung ist es öffentlichen Auftraggebern, wie z. B. der Stadt Köln, möglich, innovations- und umweltbezogene sowie soziale Kriterien bei der Beschaffung entsprechend der ILO-Konvention zu berücksichtigen und Ausschreibungsverfahren entsprechend zu gestalten. Dies wollen wir nun für städtische Vergabeverfahren umsetzen. Gleiches gilt auch für die Beschaffung und den Betrieb der städtischen EDV-Infrastruktur (Green IT) und soll auch für städtische Unternehmen gelten.

Internationales

Wir stehen dafür ein, dass die Stadt Köln ihre Entwicklungszusammenarbeit ausweitet und verstärkt. Dafür wird das Netzwerk „Köln in globaler Partnerschaft“ wird dafür gestärkt. Die Städtepartnerschaften werden weiterentwickelt.

Wir setzen uns ein für den aktiven Austausch in europäischen Städtenetzwerken wie Eurocities und Polis. Wir stehen für die europäische Handlungskompetenz der Verwaltung und die Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele vor Ort.

23. Selbstverständnis und Arbeitsweise

SPD und GRÜNE gehen zur gemeinsamen Gestaltung der Kölner Kommunalpolitik eine Koalition für die gesamte Wahlperiode ein.

Die Koalition beinhaltet auf allen Feldern die gemeinsame Gestaltung der Stadtpolitik in der Wahlperiode 2009 bis 2014 – insbesondere die Verständigung auf die städtische Investitions- und Haushaltspolitik mit der Verabschiedung der Haushaltssatzungen.

Sie umfasst auch die gemeinsame Gestaltung der strategischen Ausrichtung der städtischen Beteiligungsgesellschaften sowie die Strukturierung des Verwaltungshandelns einschließlich der Geschäftsverteilung der Dezernate.

SPD und GRÜNE stimmen ihre Entscheidungen zur Wahl von Beigeordneten der Stadt Köln ab. Beigeordnete sind politische Wahlbeamte. Ihre Wahl ist ureigenes Recht des Stadtrates. Es ist somit folgerichtig, dass ihre Wahl auf Vorschlag einer Fraktion bzw. einer konstituierten politischen Mehrheit im Rat erfolgt, nachdem eine Ausschreibung gemäß Gemeindeordnung und ein Auswahlverfahren erfolgte. Für die Dezernate I, III und IV übt die SPD-Fraktion und für die Dezernate II und V die grüne Fraktion das Vorschlagsrecht aus (vergleiche gemeinsame Vereinbarung zur Nominierung des gemeinsamen OB-Kandidaten [10.08.2008]).

Für die übrigen Dezernate werden SPD und GRÜNE gemeinsam mit anderen Fraktionen Gespräche führen.

SPD und GRÜNE streben gemeinsam an, zu besetzende Positionen für Vorstände und Geschäftsführer städtischer Beteiligungsgesellschaften grundsätzlich nicht bloß auszuschreiben, sondern geeignete Bewerberinnen und Bewerber in der Regel durch ein Personalberatungsunternehmen zu suchen, das seine Vorschläge dem dazu beauftragten Gremium zur Entscheidung präsentiert.

Abstimmungsverhalten

Gegenstände, die nicht ausdrücklich in der Koalitionsvereinbarung geregelt sind, werden zwischen den Partnern beraten und so abgestimmt, dass ein gemeinsam getragenes und einheitliches Verhalten bei Entscheidungen in Rat, Ausschüssen oder anderen Gremien ermöglicht wird.

Die Koalitionspartner verpflichten sich, alle in dieser Koalitionsvereinbarung festgelegten Inhalte und Maßnahmen durch geeignete Initiativen im Rat, in den Ausschüssen und gegenüber den Gremien der städtischen Beteiligungsgesellschaften umzusetzen. Angesichts der mittelfristigen haushaltspolitischen Lage steht die Umsetzung aller vereinbarten Ziele unter Haushaltsvorbehalt.

SPD und GRÜNE vereinbaren, sich über beabsichtigte politische Initiativen, die nicht Bestandteil dieser Koalitionsvereinbarung sind, vorab zu konsultieren mit dem Ziel Einvernehmen herzustellen.

Koalitionsausschuss

Die Koalitionspartner beraten sich regelmäßig – mindestens einmal im Monat – zur Abstimmung ihrer Politik im Koalitionsausschuss. Darüber hinaus tritt der Koalitionsausschuss auf Wunsch eines Partners zusammen. Der Koalitionsausschuss berät alle Fragen von grundsätzlicher Bedeutung sowie aktuelle politische Vorhaben, die zwischen den Partnern abgestimmt werden müssen. Er führt in Konfliktfällen Konsens herbei. Ihm gehören jeweils die Parteivorsitzenden, Fraktionsvorsitzenden und Fraktionsgeschäftsführer an. Der Oberbürgermeister oder ein von ihm entsandter Vertreter werden zu den Sitzungen eingeladen.

Darüber hinaus organisiert der Koalitionsausschuss zu relevanten Vorhaben der Verwaltung oder der Koalitionsfraktionen im Vorfeld von Entscheidungen die kontinuierliche Beratung mit dem Oberbürgermeister.

Das laufende politische Geschäft einschließlich der Vorbereitung der Ratssitzungen wird von den Fraktionsgeschäftsführern koordiniert, die sich dabei auf die Arbeit der Facharbeitskreise der Fraktionen stützen.

Die laufende fachliche Politik in Ausschüssen und sonstigen Gremien wird auf der Ebene der Facharbeitskreise der Fraktionen vorbereitet und abgestimmt. Hierfür tragen die jeweiligen fachpolitischen Sprecherinnen bzw. Sprecher die Verantwortung; sie bereiten die Ausschuss- und sonstigen Gremiensitzungen gemeinsam vor.

Köln, den 22. Dezember 2009

Jochen Ott
Vorsitzender der KölnSPD

Katharina Dröge Stefan Peil
Vorsitzende Bündnis 90/Die GRÜNEN Köln

Martin Börschel
Vorsitzender der SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Köln

Barbara Moritz
Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN
im Kölner Rat

Michael Zimmermann
SPD-Fraktionsgeschäftsführer

Jörg Frank
GRÜNE-Fraktionsgeschäftsführer

Zusammensetzung der Verhandlungskommission und der Facharbeitsgruppen

Verhandlungskommission

Jochen Ott, Vorsitzender der KölnSPD

Martin Börschel, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

Michael Zimmermann, Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

Katharina Dröge, Vorsitzende Bündnis 90/Die GRÜNEN Köln

Stefan Peil, Vorsitzender Bündnis 90/Die GRÜNEN Köln

Barbara Moritz, Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN im Kölner Rat

Jörg Frank, stv. Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN im Kölner Rat

	Arbeitsgruppen	GRÜNE-Sprecher/in	weitere Teilnehmer	SPD-Sprecher/in	weitere Teilnehmer
AG 1	Jugend- und Schulpolitik	Gaby Schlitt	Horst Thelen, Kirsten Jahn Sabine Ulke	Ulrike Heuer	Dr. Ralf Heinen, Franz Philippi Gabriele Hammelrath
AG 2	Sozial- und Integrationspolitik	Ossi Helling	Marion Lüttig, Horst Ladenberger, Arif Ünal	Jochen Ott	Susanna dos Santos Herrmann, Walter Kluth, Ulli Volland-Dörmann
AG 3	Wirtschaft/ Beschäftigungs- förderung	Jörg Frank	Elisabeth Thelen, Kirsten Reinhardt, Ossi Helling	Marc Jan Eumann	Alfred Schultz, Dr. Wittich Rossmann, Dr. Walter Schulz
AG 4	Stadtentwicklung/ Verkehr/ Flächenpolitik	Barbara Moritz	Bettina Tull, Manfred Waddey, Andreas Wolter, Jörg Frank	Michael Zimmermann	Susanna dos Santos Herrmann, Peter Kron, Dorothee Schneider
AG 5	Umwelt/ Grünflächen/ Abfallwirtschaft	Dr. Matthias Welpmann	Dr. Sabine Müller, Gerd Brust, Ralf Bilke	Stefan Gatter	Götz Bacher, Dr. Alexander Fladerer, Wilfried Becker
AG 6	Gesundheit und Sport	Elisabeth Thelen	Stefan Peil, Katrin Barion, Manfred Richter	Michael Paetzold	Dr. Jan Leidel, Peter Kron, Wolfgang Bosbach
AG 7	Kultur	Brigitta von Bülow	Stefan Peil, Peter Sörries, Maria Spering	Anke Brunn	Dr. Barbara Lübbecke, Dr. Eva Bürgermeister, Ingrid Hack
AG 8	Allgemeine Verwaltung	Andreas Wolter	Brigitta von Bülow, Dr. Matthias Welpmann, Ralf Klemm	Michael Neubert	Michael Zimmermann, Wolfgang Radic, Rudolf Reifferscheidt